Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

20. März 1978
Jg. 6 Nr. 12

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Der Interessenstandpunkt der Kapitalisten: Lohnsenkung, Lohnsenkung!

Die Regierung manövriert für Extraprofit der Kapitalisten / Nur hartnäckiger Kampf kann gegen dauernde Lohnsenkung helfen

Den Kapitalisten ist es gelungen, über Jahre eine Senkung des Arbeiterlohns durchzusetzen. Dabei handelt es sich um einen Angriff auf ganzer Front. Um in der gegenwärtigen weltweiten Waren- und Kapitalexportoffensive ihre Konkurrenten aus dem Feld schlagen zu können, ist der westdeutschen Finanzbourgeoisie der bisherige Angriff auf den Reallohn nicht ausreichend. Nach den Erfolgen der brutalen Lohnraubpolitik befragt, erklärte der parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Grüner vor wenigen Tagen im Bundestag, daß „in den letzten Jahren die Lohnstückkosten in der gesamten Wirtschaft um insgesamt 12,5%" gestiegen seien. „Im internationalen Vergleich", so erklärte er weiter, lag die „Entwicklung der Bundesrepublik damit am unteren Ende der Skala". Wenn auch nicht in bezug auf die Intensivierung der Ausbeutung, so doch in punkto Senkung des Reallohns sehen sich die westdeutschen Imperialisten inzwischen von ihren Konkurrenten überflügelt. „Die deutlichsten Erfolge hatte Großbritannien. Die Reallöhne waren (dort) im Frühjahr 1977 um 7% niedriger als zwölf Monate zuvor", teilte der Sachverständigenrat mit. Der westdeutschen Bourgeoisie hingegen gelang es 1976, die Lohnstückkosten gegenüber ihrem Vorjahresstand „nur um 2,4%" zu drücken, durch Abgruppierungen, Umbesetzungen, durch Entlassung und Neueinstellung in niedrigere Lohngruppen. Die jahresdurchschnittlich um mehr als 5% gestiegenen Reproduktionskosten für die Arbeitskraft fressen die tariflichen Lohnerhöhungen vollständig auf. Aber, so gibt der Staatssekretär den Besorgnissen der Bourgeoisie Ausdruck, „durch die Höherbewertung der D-Mark stiegen die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik stärker an als in einer Reihe von Partnerländern, insbesondere gegenüber den USA. Dabei sieht sie (die Regierung) in der gegenwärtigen Situation stärkere Risiken in einer zu *starken* als in einer zu *niedrigen* Lohnerhöhung".

Der Konkurrenzvorteil, den die westdeutsche Bourgeoisie durch die Intensivierung der Ausbeutung und die Senkung der Löhne erlangt hat, ist durch die Aufwertung der DM gegenüber dem US-Dollar seit 1969 um 90% „mehr als ausgeglichen"; hätten doch diese „Kostenvorteile die Basis eines Exportbooms bilden können – wie in den sechziger Jahren".

Den gewaltigen Extraprofit, den die westdeutschen Monopole in der Konkurrenzschlacht einzusacken gedenken, sehen sie aber keineswegs davonschwimmen. Der „Erfolg der lohnpolitischen Strategie braucht durch die Flexibilität der Wechselkurse" nicht in Frage gestellt werden, wenn es gelingt, die Arbeiterklasse zu Verschleißobjekten ihrer imperialistischen Expansionsbestrebungen zu machen. Bundesbankpräsident Emminger: Es dürfe nicht vergessen werden, daß von dem starken Kursauftrieb der DM auf die Wirtschaft auch positive Wirkungen ausgegangen seien.

Die Auspressung der Arbeitskraft je Stunde übertraf schon 1977 das „Vorjahresergebnis" um 5,5%. Vor allem in der Automobilindustrie, aber auch in der chemischen Industrie haben die Kapitalisten im Zeitraum von 1960 bis 1977 durch Intensivierung der Ausbeutung „zweistellige Zuwachsraten in der Produktivitätssteigerung" den Arbeitern abgepreßt. Der Sachverständigenrat empfiehlt in seinem Jahresgutachten, die tariflichen Stundenlöhne nur um so viel zu erhöhen, wie das Produktionsergebnis pro Stunde steigen wird, in jedem Fall nicht höher als 3%. Damit würde sich die „Reallohnposition der Arbeitnehmer" immerhin um 1,5% verringern und die Lohnstückkosten um 2%. Größere Stabilität des „Kostenniveaus", wie die Bourgeois die ständige Verelendung der Arbeiter nennen, wird die Aufwertung der DM tendenziell verstärken. Die Importgüter, vor allem die Rohstoff- und Energieversorgung verbilligen sich, was den BRD-Imperialisten erheblichen Spielraum gegenüber ihren Konkurrenten sichern soll.

In den 14 Monaten bis Ende letzten Monats stieg der Wert der DM um 16% gegenüber dem Dollar an. Das Handelsbilanzdefizit der US-Imperialisten setzt den Kurs des Dollars in der BRD immer wieder unter Druck, zumal die Kapitalzuflüsse aus den OPEC-Ländern in die USA nicht mehr so rasch zunehmen. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat 1977 mit 28,04 Milliarden Dollar die größten Totalreserven des sogenannten „Zehnerclubs" gehalten. Allein an ausländischer Währung hält sie sich 21,615 Milliarden Dollar, während die US-Imperialisten 0,013 Milliarden Dollar halten.

Am 13. März trafen sich in Bonn der amerikanische Finanzminister Blumenthal und Bundesfinanzminister Matthöfer. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie plant einen groß angelegten Deal mit den US-Imperialisten. Zu diesem Zweck haben sie folgende Punkte vereinbart: a) Verdoppelung der bestehenden gegenseitigen Kreditlinie um 2 Milliarden Dollar auf 4 Milliarden Dollar; b) Verkauf von 740 Millionen Dollar Sonderziehungsrechten (von 1,8 Mrd.) an die Bundesbank, um sich dadurch DM zu beschaffen; c) 5 Milliarden Dollar Reserveposition im Internationalen Währungsfonds (IWF) zur zusätzlichen Beschaffung von D-Mark. Zusätzlich vereinbarten sie gemeinsam Druck auf EG, OECD, IWF und die OPEC auszuüben, um in einem „kooperativen Rahmen für eine gründliche Analyse und, soweit nötig, für zusätzliche Maßnahmen zur Überwindung fundamentaler Wirtschaftsprobleme" zu sorgen.

Die BRD-Imperialisten planen gemeinsam mit den US-Imperialisten die Expansionsschlacht gegen ihre imperialistischen Konkurrenten und die russischen Sozialimperialisten auszutragen. Dabei rechnen sie sich aus, einen besonders profitträchtigen Schnitt zu machen, ist es doch den US-Imperialisten frühzeitig gelungen, „Störungen in den Kosten-Ertragsverhältnissen der Wirtschaft zu beseitigen". Mit der kräftig aufgewerteten D-Mark kaufen sie sich bei den US-Imperialisten ein. Noch stärker als 1976 konzentrieren sich die industriellen Direktinvestitionen ausländischer Kapitale in den USA auf die Übernahme bestehender US-Unternehmungen. Von den 155 angekündigten Kapital-

Fortsetzung Seite 2

Die zionistische Aggression erzürnt die Völker der Welt

Golda Meir hat einmal erklärt, daß sie so etwas wie ein palästinensisches Volk nicht kenne. Die zionistischen Truppen erfahren bei ihrer als Vernichtungsfeldzug begonnenen Operation gerade die Kampfstärke und das ungebrochene Selbstbewußtsein dieses von seinem Land vertriebenen, angeblich nicht existenten Volkes. Der Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO wird seit jeher von den Arbeitern aller Länder und den unterdrückten Völkern unterstützt. Der syrische Staatspräsident Assad kündigte am 18.3.1978, falls sich die Zionisten nicht zurückziehen sollten, den Einsatz von Truppen an. Ferner gestattete er allen Arabern die Benutzung des syrischen Luftraumes und syrischen Bodens, um die zionistische Aggression zu zerschlagen. *(siehe Seite 2)*

EG-Agrarminister: Krach um Währungsausgleich und Agrarpreise

Einig nur über die Vernichtung Hunderttausender europäischer Bauern

Schon Wochen vor den bevorstehenden Verhandlungen über die EG-Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1978/79 haben die EG-Agrarminister alle Hände voll zu tun, um berstende Kräche untereinander zu schlichten und – immer schmalere – Kompromisse zu finden, um überhaupt die Preisverhandlungsrunde zu erreichen.

Im Januar verlangte der englische Außenminister Wilkins plötzlich die Abwertung des „grünen Pfundes", der er sich bisher standhaft widersetzt hatte. Vor allem die westdeutschen Imperialisten, die ebenso standhaft darauf gedrängt hatten, legten sich voll Mißtrauen quer, bevor die EG-Agrarminister dann am 30./31. Januar doch noch die Abwertung des „grünen Pfundes" um 5% für die Produktionssektoren Rind- und Schweinefleisch, Milch und Zucker beschlossen und damit zugleich die Verringerung der Währungsausgleichszahlungen an Großbritannien.

Während die westdeutsche Bourgeoispresse noch Schimpf und Schande über „das Spiel der Engländer in Brüssel" goß, erklärten die französischen Imperialisten, daß sie die von der EG-Kommission beschlossene Erhöhung der französischen Währungsausgleichszahlungen von 21,5 auf 23% nicht anerkennen und ihre Märkte für alle davon betroffenen Agrarimporte schließen würden. Mühsam einigte man sich auf einen Kompromiß: als Ausgleich für die erhöhten Währungsausgleichszahlungen wurde der „grüne Franken" um 1,2% abgewertet.

Um ständige Änderungen der Agrarpreise infolge von Wechselkursänderungen zu verhindern, hatten die EG-Imperialisten Anfang der siebziger Jahre beschlossen, die alten Wechselkurse, „grüne Währungen" genannt, beizubehalten, von zeitweiligen Anpassungen abgesehen. Die Agrarpreise wurden in einer EG-Rechnungseinheit, dem gewichteten Durchschnitt der EG-Währungen, festgelegt. In den sogenannten „Abwertungsländern", vor allem Großbritannien, Frankreich, Italien, liegen dadurch die Agrarpreise niedriger als es dem tatsächlichen Wert ihrer Währungen entspricht. Bei der Einfuhr von Agrarimporten erhalten englische, französische, italienische Importeure die Differenz zwischen dem tatsächlichen Währungswert und den in der EG-Rechnungseinheit ausgedrückten Agrarpreisen als Währungsausgleichszahlung aus einem EG-Fonds bezahlt. Umgekehrt müssen sie bei der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen Abgaben, quasi eine Exportsteuer, bezahlen.

Für die englischen Imperialisten war dieses System bisher äußerst vorteilhaft, da der Wert ihrer Agrarimporte den ihrer Ausfuhren um mehr als das Doppelte übertraf, sie also Subventionen in Milliardenhöhe kassierten, ganz abgesehen davon, daß sie auf der Grundlage niedriger Nahrungsmittelpreise die Löhne der englischen Arbeiter im Vergleich zu ihren Konkurrenten enorm drücken konnten. Zunehmend beginnt sich jedoch die Subventionierung von Einfuhren und Quasi-Besteuerung von Ausfuhren für die Konkurrenzfähigkeit der englischen Landwirtschaft, in der die Konzentration ein hohes Maß erreicht hat und die Rationalisierung vorangetrieben wurde, hemmend auszuwirken. Deshalb Wilkins' plötzliche „Bereitschaft" zur Abwertung des „grünen Pfundes", die eine Verteuerung der Agrarerzeugnisse in Großbritannien, eine Verringerung der Währungsausgleichszahlungen, damit eine Erschwernis für Importe aus der EG und eine Erleichterung für englische Ausfuhren nach sich zieht.

Die französischen Imperialisten haben seit Bestehen der EG bedeutend mehr Agrarerzeugnisse exportiert und importiert. In ihrem Fall dienen die Währungsausgleichszahlungen vor allem den westdeutschen Konkurrenten als Waffe, um mit ihren teureren Produkten auf den französischen Agrarmarkt einzudringen und im Kampf um EG-Agrarmarktanteile die französischen Exporte zu erschweren. Sie sind es deshalb auch gewesen, die die Erhöhung der französischen Währungsaus-

Fortsetzung Seite 2

OPEC beschließt Sonderkonferenz

Aufgrund der enormen Verluste in den Öleinnahmen durch die Dollarentwertung will die OPEC am 3. April nach Mitteilung ihres Sekretariats in Wien eine Sonderkonferenz abhalten, auf der sowohl über die Frage der Ölpreiserhöhung als auch über die Ablösung des Dollars als Verrechnungseinheit verhandelt werden soll.

In den letzten Wochen haben mehrere OPEC-Staaten die USA aufgefordert, ihre Währungspolitik zu überprüfen. Kuwait hat eine Kommission eingerichtet, die zur Vorbereitung der Konferenz die Auswirkungen des Dollarverfalls auf die wirtschaftliche Lage des Landes untersuchen soll.

In der bürgerlichen Presse entfachen die Imperialisten altbekannte Hetz- und Spaltungsmanöver. Sie zitieren einen Sprecher der größten *privaten* Industriegruppe in Saudi-Arabien, der die Verbundenheit des Landes mit dem US-Imperialismus betont und versichert haben soll, Saudi-Arabien werde „auf keinen Fall" vom Dollar abgehen.

Das größte US-Bankmonopol Chase Manhattan hat durch seinen Vorstandsvorsitzenden David Rockefeller erklären lassen, man werde „erforderliche Gegenmaßnahmen" ergreifen, falls die OPEC vom Dollar abgehen sollte.

lassen, man werde „erforderliche Gegenmaßnahmen" ergreifen, falls die OPEC vom Dollar abgehen sollte.

Streik der spanischen Metallarbeiter in Madrid

Rund 170000 Metallarbeiter in der Region Madrid sind am 14.3. in den Streik getreten, um ihre Forderungen im jetzigen Tarifkampf durchzusetzen, die von den Kapitalisten unter Berufung auf die Lohnleitlinien der Regierung und aller im Parlament vertretenen Parteien abgelehnt worden waren. Der Streik wird von allen Gewerkschaften unterstützt. Die Arbeiter fordern einen Mindestlohn von monatlich 27000 Peseten und eine einheitliche Lohnerhöhung von 8700 Peseten monatlich. Außerdem fordern die Gewerkschaften die Festlegung einer Höchstarbeitszeit von 1954 Arbeitsstunden pro Jahr und gewerkschaftliche Freiheiten in den Betrieben.

Streik der Arbeiter, Angestellten und Lehrer des öffentlichen Dienstes in Portugal

Am 10. März streikten über 300000 portugiesische Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes und rund 100000 Lehrer für eine Lohnerhöhung, die die hohe Inflationsrate des Landes kompensieren soll. Alle staatlichen Dienststellen und alle Schulen des Landes blieben an diesem Tage geschlossen.

Die nationale Einheitsgewerkschaft der portugiesischen Arbeiter und die „Sindi- portugiesischen Arbeiter und die „Syndi-Streik aufgerufen. Schon am 2.2. hatten die Eisenbahnarbeiter in einem Streik für eine 15prozentige Lohnerhöhung nahezu den gesamten Bahnverkehr des Landes lahmgelegt.

Erst am 13.2. hatte Soares in der Parlamentsdebatte über seine Regierungserklärung Lohnbeschränkungen angekündigt. Um die Kämpfe der portugiesischen Volksmassen niederzuhalten, hatte Soares an die „nationale Solidarität" appelliert und erklärt, gerade „jetzt in Krisentagen" sei „nicht der geeignete Zeitpunkt, den Klassenkampf voranzutreiben".

Südkoreanische Arbeiter kämpfen für politische und gewerkschaftliche Rechte

Das südkoreanische Marionettenregime hat den 10. März zum „Tag der Arbeit" gemacht, um die südkoreanischen Arbeiter daran zu hindern, den 1. Mai, den Kampftag der internationalen Arbeiterklasse, zu feiern.

In diesem Jahr am 10. März wurden wieder Tausende von Arbeitern zu einer Kundgebung bei Anwesenheit des Ministerpräsidenten des Marionettenregimes „gerufen". Aber kaum daß der „Präsident" des staatlichen „Hanguk-Gewerkschaftsbundes" zu reden beginnen wollte, brachen empörte Rufe unter den Arbeitern aus. Hunderte von Textilarbeitern in den Uniformen einer Textilfirma standen auf und riefen Sprechchöre „Nieder mit den Arbeiterführern, die für die Regierung sind" und „Freiheit für die Gewerkschaftsbewegung". Auf dem Platz entstanden Tumulte und die Kundgebung wurde abgebrochen. Die Polizei des Marionettenregimes umstellte den Platz und verhaftete viele der Arbeiter. Während sie in Polizei-Lkws abtransportiert wurden, sangen die Arbeiter ein Kampflied.

Der Interessenstandpunkt der Kapitalisten: Lohnsenkung, Lohnsenkung!

Fortsetzung von Seite 1

exportvorhaben sind von den westdeutschen Imperialisten allein 33 vorgesehen. Schwerpunkte bilden der Maschinenbau und die chemische Industrie sowie der Fahrzeugbau. Für die Energie- und Rohstoffversorgung sowohl der US-Imperialisten als auch der BRD-Imperialisten wirkt sich dieser Deal gravierend aus, sobald die dollargebundenen Energie- und Rohstoffe in D-Mark bezahlt werden. Für einen Bruchteil an D-Mark kaufen die beiden imperialistischen Räuber das dollargebundene Erdöl. Venezuela hat seine Erdölproduktion erheblich drosseln müssen und ist schließlich gezwungen, Kredite aufzunehmen.

Beide, die US- als auch die westdeutsche Bourgeoisie werden mehr und mehr zu internationalen Parasiten, die wie ein Kropf an den Ländern der Dritten Welt hängen.

Die BRD-Imperialisten spielen auf eine hohe Karte. Wie eine blutrünstige Hyäne trachten sie danach, als „Lokomotive der Weltwirtschaft" auf den Gleisen der US-Imperialisten „mehr tun zu müssen". Weil sie im Alleingang keine Aussichten haben, setzen sie auf das gemeinsame Vorgehen mit der US-Monopolbourgeoisie. Dadurch erhoffen sie sich, im Konkurrenzkampf mit der sozialimperialistischen Supermacht um die Neuaufteilung der Welt an der Seite der US-Imperialisten einen solchen Vorteil, wie ihn die deutsche Reichsbourgeoisie zweimal „verspielt" hat.

Die britischen Imperialisten prognostizieren ihren westdeutschen Konkurrenten die düsteren Wolken eines aufziehenden „inflationären Drucks". Obwohl derzeit die Preise eher fallen werden als steigen, sehen sie aus dem „Liquiditätsüberhang" inflationäre Tendenzen, die sich gewaschen haben werden. Um den „Preisanstieg zu dämpfen", ist es erforderlich, eine „Kostendämpfung zu erzielen, die zum Rückgang oder zu einem Minderanstieg des Preisniveaus" führt, erklären die Sachverständigen.

„Gewiß, die niedrigen Lohnsätze bedeuten, daß den Arbeitnehmern weniger Nettolöhne ausgezahlt werden. Bei nach wie vor scharfem Wettbewerb bedeuten niedrigere Lohnkosten aber niedrigere Preise. Der Spielraum für Preiserhöhungen wird enger werden. Arbeitnehmer, die ihre Einkommenserwartungen enttäuscht sehen, mögen darauf verzichten, sich zu Lasten ihrer künftigen Einkommen zu verschulden. Bei anderen Arbeitnehmern wird die Verschuldungsbereitschaft gestärkt." (Sachverständigenrat)

Das ist das Programm für „Vollbeschäftigung und Wachstum", was nichts anderes heißt, als die Arbeiterklasse zum Verschleißobjekt des Expansionsdrangs der Finanzbourgeoisie zu machen. Dazu haben sie sich feine Techniken der Schweißauspressung ausgedacht. Für die Arbeiter bedeutet das eine enorme Erschwerung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Eine absolute Senkung der Reallöhne der westdeutschen Arbeiter um 1,5% muß die US-Imperialisten zu einer enormen Intensivierung der Ausbeutung zwingen, um den Konkurrenzdruck auszuhalten, was nur unter Beschneidung der elementarsten politischen Rechte der Arbeiter wie des Streik- und Koalitionsrechts geht. Die US-Bergarbeiter führen erbitterte Kämpfe für das Streikrecht, für Erhöhung der Renten und Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten sowie für höheren Lohn. 15 Wochen stehen sie mittlerweile im Streik. „Selbst wenn wir mit Gewalt in die Minen gebracht werden, kann uns niemand zwingen, Kohle zu fördern", sagen die Bergarbeiter.

Schon im letzten Jahr wollten die Metallarbeiter in der BRD mit den dauernden Lohnsenkungen Schluß machen, jetzt steht in Nordwürttemberg/Nordbaden der Streik, durch Solidarität aus dem Norden und Nordrhein-Westfalen gestützt. Die Arbeiter schließen sich nicht nur innerhalb der Gewerke, sondern über die Gewerke hinweg zusammen. Somit ist die Lage für einen erfolgreichen Streik ausgesprochen günstig. Man darf sich nur nicht spalten lassen, denn nur ein hartnäckiger Kampf kann gegen die dauernden Lohnsenkungen helfen.

EG-Agrarminister: Krach um Währungsausgleich

Fortsetzung von Seite 1

gleichszahlungen betrieben und die Abwertung des „grünen Franken", der die Wirkung ausgleicht, nur mit Zähneknirschen hingenommen haben.

Der große Krach wurde indes bis zu den Preisverhandlungen Ende März, Anfang April vertagt. Die EG-Kommission hat einen Vorschlag von 2% Preiserhöhungen im Durchschnitt (dahinter verbergen sich Erzeugerpreissenkungen z.B. beim Hartweizen und anderen Produkten) vorgelegt. Die englischen Imperialisten haben sich gegen jede Preiserhöhung ausgesprochen: sie haben ja bereits erhöht und wollen die Wirkungen ihres Schachzuges nicht gefährden. Die westdeutschen Imperialisten wollen aus genau entgegengesetzten Interessen möglichst höhere Preiserhöhungen durchsetzen; gleichzeitig drohen sie an, bei der „Intervention", durch die die EG den Bauern den Aufkauf sogenannter Überschußprodukte, gleichwohl zu niedrigerem Preis, garantiert, nicht mehr mitzuspielen, was den Ruin nicht nur zahlloser kleiner und mittlerer Bauern in *allen* EG-Ländern bedeuten würde, sondern auch manch großem Konkurrenten in Italien, Frankreich und Großbritannien an den Kragen ginge.

Es ist geradezu pervers, wie sich die EG-Agrarminister in schöner Eintracht als Vertreter jeweils „ihrer" Bauern aufspielen. Hunderttausende kleine und mittlere Bauern, die von den Währungsausgleichszahlungen nicht einen Pfennig, einen Pence, einen Franc oder eine Lira sehen, für die viele Erzeugerpreise im letzten Jahr gesunken sind und jede einzelne Erhöhung durch steigende Produktionsmittelpreise, Zinszahlungen und Bodenpreise dreimal aufgefressen wurde, sie sind in jedem Fall betrogen. Die EG-Imperialisten sind sich einig, daß Hunderttausende kleiner und mittlerer Bauern gelegt werden müssen – im jeweils eigenen Land, um die Konkurrenz der Landwirtschaft voranzutreiben, in den anderen Ländern, um Platz für die jeweils eigenen Nahrungsmittelkonzerne zu schaffen. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

dentenbericht Brüssel)

Solidaritätserklärung des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) an den Vorsitzenden des Nationalrats der Palästinensischen Volksbefreiungsfront (PLO) Yassir Arafat

Mit seinem blutigen Überfall auf den Libanon hat der israelische Kolonialstaat seinen Terrorakten und Aggressionen gegen das palästinensische Volk und gegen die Völker des Nahen Ostens ein weiteres Verbrechen hinzugefügt.

Überfälle und immer erneute Aggressionskriege, Vertreibung der palästinensischen Massen von ihrem Land, Ausrottung ganzer Dörfer, diese Verbrechen kennzeichnen den israelischen Kolonialstaat seit seiner Gründung.

Die Drahtzieher dieser Aggressionen sind und waren immer die amerikanischen Imperialisten, die sich mit dem israelischen Staat einen Brückenkopf geschaffen haben, um mit der Unterdrückung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes alle arabischen Völker unter Kontrolle zu bringen.

Von Anfang an hat das palästinensische Volk den zionistischen Kolonisationsplänen erbitterten Widerstand entgegengesetzt. Seit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes hat das palästinensische Volk nie die Waffe aus der Hand gegeben. Gestützt auf den Zusammenschluß der arabischen Völker, gestützt auf den Zusammenschluß der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, unbeirrt von den Windungen, die dieser komplizierte Kampf durchgemacht hat, hat das palästinensische Volk dem israelischen Kolonialstaat empfindliche Schläge versetzt.

Der israelische Kriegsminister Weizmann hat erklärt, mit dem verbrecherischen Überfall auf den Libanon sollten die Kräfte des palästinensischen Widerstandes ein für allemal ausgelöscht werden. Diese Pläne sind absolut zum Scheitern verurteilt. Die palästinensischen Widerstandskämpfer leisten den israelischen Invasionstruppen heftigen Widerstand. Wir sind fest davon überzeugt, daß das palästinensische Volk seinen Kampf bis zum vollständigen Sieg, bis zur Zerschlagung des israelischen Kolonialstaates, der Vernichtung der imperialistischen Herrschaft im Nahen Osten und der Errichtung eines unabhängigen Nationalstaates der Palästinenser fortsetzen wird.

In diesem Kampf stehen wir an Eurer Seite.

Mit solidarischem Gruß
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Der Plan zur Vernichtung des palästinensischen Volkes ist zum Scheitern verurteilt

In der Nacht zum 15. März haben die israelischen Kolonialisten einen feigen bewaffneten Überfall auf den Libanon gestartet. Mit Panzern, Flugzeugen und Kriegsschiffen sind nahezu 30000 israelische Soldaten in das Gebiet des Libanon eingedrungen. Ziel des Terrorüberfalls ist die Ausrottung der Palästinenser, die ihre Hauptstützpunkte dort haben. Die Zionisten haben erklärt, sie würden das Land erst wieder verlassen, wenn ein Abkommen getroffen sei, das es den Palästinensern unmöglich mache, dorthin zurückzukehren. Sie haben sich ausgerechnet, die Stützpunkte der Palästinenser mit einem Handstreich überrennen und zerschlagen zu können. Bereits am 15. März abends haben sie großspurig erklärt, sie hätten ihr Ziel erreicht. Sie hatten sich getäuscht. Gemeinsam mit den nationalen libanesischen Streitkräften leisten die Kämpfer der PLO erbitterten Widerstand. Durch geschickten Rückzug, Verminung der geräumten Stellungen und Gegenangriffe durch Artilleriebeschuß israelischer Stellungen hinter deren Linien bringen sie ihnen erhebliche Verluste bei. Einheiten der PLO operieren im Rücken der zionistischen Streitkräfte. Unterstützt werden sie durch Aufstände, Streiks und Demonstrationen der Palästinenser in den übrigen von Israel besetzten Gebieten.

Unter den jüdischen Volksmassen gibt es einen starken Wunsch danach, friedlich mit den Palästinensern zusammenzuleben, und sie sind es zunehmend leid, für Expansion und Raub ihre Knochen hinzuhalten. 400 Studenten haben beispielsweise in einem Brief an Begin gefordert, er solle das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung anerkennen, über 300 Reserveoffiziere forderten Begin in einem Brief auf, „den Weg des Friedens zu wählen". Scharfe Auseinandersetzungen im israelischen Parlament um die weitere Besiedlung der nach 1967 besetzten Gebiete sind eine Reaktion darauf.

Bis vor einigen Tagen streikten Festmacher, Schlepperbesatzungen, Lotsen- und Seeleute in den israelischen Häfen. Sie konnten nur mit einer Notverordnung und unter Androhung von Gefängnisstrafen wieder zur Arbeit gezwungen werden. Die Teuerungsrate betrug 1977 über 30%, was bei Tarifverträgen, die in Israel in der Regel über zwei Jahre laufen, eine gewaltige Verelendung der Arbeiterklasse bedeutet. 63% des israelischen Haushalts werden zur Schuldentilgung und für den Militärhaushalt ausgegeben.

Das Zionistenregime benötigt eine starke ideologische Fessel gegenüber den jüdischen Volksmassen, eine Ideologie, die die Klassengegensätze leugnet und Chauvinismus propagiert. Das ist die Idee des Anrechts der Juden auf die Besetzung Palästinas. „Das jüdische Volk hat ein ewiges historisches Anrecht auf Eretz Yisrael, das Erbe unserer Väter ... das Recht auf Existenz (des Staates Israel, d. Red.) wurde uns vom Gott unserer Väter im Glanz der Morgendämmerung der menschlichen Zivilisation vor fast 4.000 Jahren gewährt." (Begin in seiner Regierungserklärung) Eretz Yisrael umfaßt nach Vorstellung Th. Herzls, eines der Mitbegründer dieser Ideologie, das Gebiet zwischen Nil und Euphrat, einschließlich Jordanien, Teilen Ägyptens, Syriens und des Libanon.

Der konsequente Kampf des palästinensischen Volkes, der Zusammenschluß der Völker des Nahen Ostens gegen Israel hat scharfe Wirkungen auf die Entwicklung der inneren Widersprüche in Israel. Er wirkt ätzend auf die chauvinistische Propaganda der Zionisten. Ausbau Israels zu einem Militärzuchthaus gegenüber der eigenen Arbeiterklasse ist für die Zionisten lebensnotwendig geworden. Mit jeder Ausdehnung der besetzten Gebiete handeln sie sich neue Unruheherde ein. Das gesamte besetzte Gebiet des Westjordanlandes befindet sich seit Wochen im Aufstand. Streiks und Demonstrationen sind an der Tagesordnung. Die Bevölkerung hat einen Anschluß an das Elektrizitätsnetz Israels abgelehnt, um davon unabhängig zu bleiben. Sie wollen sich eigene Generatoren kaufen. Begin propagiert für diese Gebiete „Selbstverwaltung" unter israelischer Militärhoheit und bietet der dortigen Bevölkerung unter dem Vorwand der Gleichstellung die israelische Staatsbürgerschaft an. Dayan ließ jedoch im Parlament die Katze aus dem Sack, nämlich, daß die israelische Regierung „nicht zulassen werde, daß jemand in diesen Gebieten erklärt, er sei weder Israeli noch Jordanier, sondern ein Palästinenser." Auf die Frage, wie er die Bildung sogenannter „palästinensischer Kerne" in diesen Gebieten verhindern wolle, antwortete er: „mit militärischer Gewalt." Die Bevölkerung des Westjordanlandes hat längst erklärt, daß sie sich als Palästinenser versteht und daß die PLO ihre einzige legitime Vertretung ist. Anläßlich des Terrorüberfalls der Zionisten auf den Libanon hat sie sich verstärkt erhoben, um die PLO-Kämpfer zu unterstützen und die israelischen Militärkräfte zu zersplittern. 70000 Arbeiter aus diesem Gebiet, die zumeist in Jerusalem arbeiten, sind in den Streik getreten.

Hinter den Israelis stehen die US-Imperialisten. Um ihre Einflußsphäre im Nahen Osten, um die Bodenschätze und um die Beherrschung des Mittelmeerraumes geht es ihnen. Ohne US-Unterstützung, ohne US-Waffen gäbe es keinen Staat Israel. Gleichzeitig setzen sie Hoffnungen darauf, einzelne arabische Staaten aus der gemeinsamen Front herausbrechen zu können. Die sozialimperialistische Supermacht, die über keinen Kettenhund wie Israel verfügt, versucht über Spaltung der arabischen Front Einfluß zu gewinnen. Ein palästinensischer Staat unter ihrer Oberhoheit wäre ihnen gerade recht. Den nötigen Einfluß können sie nur gewinnen durch Aufrechterhaltung des Zustandes von weder Krieg noch Frieden. Deshalb billigen sie beispielsweise die UNO-Resolution 242, die Israel das Existenzrecht auf palästinensischem Boden zusichert.

Die Lage im Nahen Osten ist aufs äußerste gespannt. Die Zionisten werden freiwillig aus dem Libanon nicht verschwinden. Sie haben den Überfall als Verteidigungsakt deklariert. Begin hat am Beispiel des besetzten Jordanlandes anschaulich dargelegt, was er vorhat. „Wenn ein Verteidigungskrieg geführt wird, kommt demzufolge dem Verteidiger das Recht zu, territoriale Veränderungen vorzunehmen ... und angesichts der Erfahrungen einer Generation ist es unser Prinzip, daß wir keine einzige jüdische Siedlung ohne eine israelische Schutzmacht lassen. Sie werden der Rechtsprechung und der Verwaltung des Staates Israel unterstehen. Dieser Kompromißvorschlag ist fair, und er wird heute von den Vereinigten Staaten von Amerika wie auch von Großbritannien unterstützt."

Es zeichnet sich bereits heute ab, daß diese Strategie nicht aufgehen wird. Behalten die Zionisten ihre Truppen im Libanon, so werden sie sich einen langandauernden Volkskrieg einhandeln. Ziehen sie ihre Truppen wieder ab, so werden die Palästinenser ihre zerstörten Stützpunkte wiederaufbauen und ihren gerechten Kampf gegen das zionistische Regime bis zu dessen Zerschlagung fortsetzen. Dabei ist ihnen die Unterstützung der Völker der Welt gewiß. Die gegenwärtige militärische Operation der Zionisten trägt zur Verschärfung der Widersprüche in Israel bei und erleichtert dem palästinensischen Volk den Sieg.

Was die Lehrer in der Referendarzeit „vernünftiges" lernen sollen

Referendariat ist Dressur. Mindestens fünf Vorgesetzte bis zum Schulrat prüfen jedes Wort, was dem Referendar aus dem Mund oder aufs Papier kommt, und kauen es durch. Beispiele von Unterrichtsstunden werden in den Seminarstunden durchgeführt, damit die Unterrichtstechnik, die Disziplinierung der Schüler, sitzt.

Gegen die verschiedenen Widerstände der Schüler müssen die jungen Lehrer es lernen, die entsprechende Disziplinarmaßnahme anzuwenden. Z.B. muß der Lehrer ganz leise sprechen, wenn ein oder mehrere Schüler zu laut sind. Oder die Schüler müssen sich gegenseitig drannehmen, wenn sie nervös sind, wenn sie in Opposition zum Lehrer sind, wenn „Aufmerksamkeitsbedürfnis" in der Klassengemeinschaft besteht oder Interessenmangel am Unterricht sich lähmend breitmacht. Durch Halten von Lernobjekten, Tafelanschrieb, sich Zeigen lassen, sollen Schüler gezwungen werden, sich am Unterricht zu beteiligen. Die Liste sogenannter „kleiner Maßnahmen zur Disziplinierung" mit genauen Angaben über Verwendung umfaßt 43 Punkte, deren wesentliches es ist, die zu disziplinierenden Schüler im Klassenverband zu isolieren und die Klassengemeinschaft zu spalten.

Die Disziplinierung und Unterdrükkung kann mit jedem beliebigen Thema durchgeführt werden.

Nehmen wir einen Unterricht, wo neunjährigen Schülern, der deutschen Sprache mächtig, beigebracht werden soll, daß „a" in der Einzahl zum „ä" in der Mehrzahl wird. Der Lehrer könnte sich stützen auf das Wissen der Schüler, die Schreibregel erklären, um sie dann gemeinsam durch die Praxis der Schüler zu überprüfen, sodann die Fehlerquelle besprechen, die daher kommt, daß in der deutschen Sprache das „ä" ähnlich klingt wie das „e", um dann noch die Umlaute „ü" und „ö" zu besprechen. Die Schüler könnten sich darauf einigen, in Zukunft beim Schreiben auf die Umlaute zu achten, damit man sich das richtig einprägt. Jeder Referendar weiß, daß so ein Unterricht, der sich stützt auf die Selbständigkeit der Schüler, der sie in ihrem Selbstbewußtsein bestärkt, die Rechtschreibung der deutschen Sprache zu beherrschen, wo sie ja die ganze Gesellschaft beherrschen werden, die Unterstützung der Schüler fände. Die Pläne der Schulaufsicht sind anders.

9 Uhr: Lehrer-Schüler-Darbietung. Der Lehrer läßt eine Reihe von Schülern vor die Klasse treten, um sie einen Gegenstand hochhalten zu lassen, wie Kamm, Apfel usw. Ein Schüler erhält zwei Äpfel und muß sich neben den Schüler mit einem Apfel stellen. Nach fünf Minuten ist diese Motivationsphase beendet, länger würden das die Schüler auch sicher nicht mitmachen, und sie werden aufgefordert, die Sachen ordentlich auf das Pult zu legen und sich wieder hinzusetzen. Jetzt treten die Gegenstände als ungeordnete Bildkarten an der Tafel auf, und es folgen fünf Minuten „Tafelarbeit". Die Schüler müssen die Bilder jeweils nach Ein- und Mehrzahl ordnen. Nach diesen fünf Minuten kommt die nächste Überraschung. Der Lehrer klappt die andere Tafelseite auf, und dort finden sich die ungeordneten Wortkarten, die jetzt zu den Bildkarten passend gelegt werden müssen. Danach folgt das Lehrer-Schüler-Gespräch. Der Lehrer stellt die Frage, wieso die Wörter nicht mit „e" geschrieben werden und in der Unterrichtsvorbereitung hat er schon festgehalten, auf welche Antworten er hinaus will.

Dann folgt der neue Trick an der Tafel: mehrere Mehrzahl-Wörter, in denen Buchstaben fehlen, natürlich die „ä". Die Schüler müssen aus einem Buchstabensalat die „ä" raussuchen und einsetzen und die Regel jeweils wiederholen. Zur Überprüfung erhält dann jeder Schüler ein Arbeitsblatt. Von 9.25 bis 9.30 Uhr hat der Lehrer zweimal die Anweisung erklärt, und dann müssen die Schüler bis zum Ende der Stunde ruhig zu den jeweiligen Wörtern mit „a" die Mehrzahl mit „ä" bilden. Die beiden anderen Umlaute wurden in den nachfolgenden Stunden behandelt. Kein Wunder, daß die Schüler gegen solche Methoden rebellieren. Es gibt eine ganze Reihe von Lehrern, die das freut und die das unterstützen.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 12/78: 32000

BRD-Imperialisten im Kampf um das Energiemonopol in Brasilien

Die Gespräche zwischen dem brasilianischen Staatspräsidenten Geisel und Bundeskanzler Schmidt wurden von einem „kritischen Zaungast" beobachtet, bemerkt die bürgerliche Presse anläßlich des Staatsbesuchs des brasilianischen Präsidenten in Westdeutschland.

„Die USA haben sich nur scheinbar damit abgefunden, daß die Bundesrepublik mit dem größten Exportgeschäft ihrer Geschichte Brasilien eine komplette Atomindustrie liefert."

Den US-Imperialisten, die Brasilien als ihren „Hinterhof" betrachten, liegt das Kernreaktor-Geschäft ihres Rivalen noch schwer im Magen.

„Mit besondere Genugtuung nehmen wir von dem hohen Stand der Zusammenarbeit Kenntnis, die bei der Durchführung des Abkommens über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 27. Juli 1975 verwirklicht wird",

hat Schmidt frech in das gemeinsame Kommuniqué schreiben lassen, was einige Herren im Weißen Haus in Rage versetzt haben wird.

Die BRD-Imperialisten haben den Kampf um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären in Brasilien gewaltig intensiviert. Am gesamten Außenhandel Brasiliens sind die westdeutschen Kapitalisten heute mit über 10% beteiligt. Die Ausfuhren des BRD-Imperialismus nach Brasilien stiegen von 1966 bis 1976 von 596 Mio. DM auf 2737 Mio. DM; die Einfuhren erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 832 Mio. DM auf 2415 Mio. DM. Eisenerz, Ölfrüchte, Zucker, Kaffee, Baumwolle und andere Rohstoffe und Nahrungsmittel werden vor allem aus Brasilien in die BRD exportiert, während die westdeutschen Kapitalisten insbesondere elektrotechnische Erzeugnisse, Werkzeugmaschinen und Walzwerkstraßen nach Brasilien verkaufen.

Auf dem „deutsch-brasilianischen Unternehmertreffen" in Köln konnte der BDI-Präsident Fasolt stolz verkünden, daß das insgesamt nach Brasilien exportierte Kapital auf 7 Mrd. DM angewachsen und seit 1973 verdoppelt worden ist. Der Anteil des westdeutschen Kapitals an sämtlichen Auslandsinvestitionen in Brasilien stieg von 1969 bis 1977 von 10,4 auf 12,4%, während der US-amerikanische Anteil von 47,8% auf 31,8% zurückging.

„Brasilien erhielt in den letzten 14 Jahren mehr deutsches Privatkapital als jedes andere Land der Hemisphäre", schreiben die „Nachrichten für Außenhandel" und stellen beruhigt fest, daß die westdeutschen Monopole sich in allen wichtigen Industrien Brasiliens und dem gesamten Handel sowie im Bereich der Dienstleistungen festgesetzt haben, insbesondere in der Grundstoffchemie, der Kfz-Industrie, in der Elektro- und Nachrichtenindustrie, im Maschinenbau und der Bergbau- und Energieindustrie.

Die Konkurrenzschlachten, die die westdeutschen Monopole der US-amerikanischen Supermacht geliefert haben, zeigt die Steigerungsrate des Kapitalexports der US-Imperialisten, die mit 26,5% unter der der westdeutschen Imperialisten liegt.

Das gesamte ausländische Kapital, das die Imperialisten nach Brasilien exportiert haben, um es durch die Ausbeutung der brasilianischen Arbeiter profitabel zu verwerten, betrug im Dezember 1976 9 Mrd. US-Dollar. Die Auslandsverschuldung Brasiliens stieg von Januar 1977, als sie 28,6 Mrd. betrug, auf 30 Mrd. US-Dollar im Dezember 1977. Allein 7 Mrd. US-Dollar muß Brasilien 1978 für Zinsen und Tilgung von Schulden als Tribut für das Finanzkapital aufbringen, was der Hälfte des Werts des gesamten Exports Brasiliens entspricht.

Der wachsenden Abhängigkeit vom ausländischen Kapital ist Brasilien mit Beschränkungen des Kapitalexports entgegengetreten. Bei der Ausbeutung von Bodenschätzen und der Gewinnung von Elektrizität, der Erdölgewinnung und -verarbeitung, bei den inländischen Fluglinien, der Küstenschiffahrt und der Fischerei sowie bei Presse, Rundfunk und Fernsehen sollen die ausländischen Kapitalanteile an den Aktiengesellschaften die Minderheit bilden. Auf dem Gebiet des Nachrichten- und Fernmeldewesens strebt die staatliche Holding-Gesellschaft „Telebras" den Aufbau einer rein brasilianischen Fernmeldeindustrie an. Außerdem hat die brasilianische Regierung etliche Subventionsprogramme gestrichen und die staatliche Unterstützung auf die Steigerung der Erdölproduktion, der Stahlerzeugung sowie der Programme zur Selbstversorgung mit Rohstoffen und zur regionalen Entwicklung der Gebiete im Nordosten des Landes und im Amazonasgebiet beschränkt.

Gleichzeitig hat sie die Vergabe von Aufträgen an ausländische Konzerne für hochwertige Maschinerie und elektronische Ausrüstung an deren Zusage gebunden, einen Teil dieser Maschinerie in Brasilien zu produzieren und der brasilianischen Industrie die technischen Verfahren zu ihrer Herstellung zur Verfügung zu stellen. Durch diese Maßnahmen werden die westdeutschen Kapitalisten in ihrer Bewegungsfreiheit auf dem brasilianischen Markt eingeschränkt, was sie auf dem „deutsch-brasilianischen Unternehmertreffen" angriffen, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 9. März berichtet:

„Zu den deutschen Wünschen gehört gegenwärtig eine weniger starre und bürokratische Handhabung des brasilianischen Imports."

Andererseits wittern insbesondere die großen Banken und Konzerne, die selbst Fabriken in Brasilien besitzen, in diesen Maßnahmen der brasilianischen Regierung eine Chance, die US-Konkurrenz auszustechen. So sitzen z.B. in dem Firmenkonsortium, das die besten Chancen hat, den Auftrag für die Ausrüstung des Wasserkraftwerks Itaipu an dem brasilianisch-paraguayischen Grenzfluß Paraná mit Turbinen und Aggregaten im Wert von 2,5 Mrd. Dollar einsacken, Konzerne wie Siemens München und BBC Mannheim, die die Auflagen der brasilianischen Regierung – „hoher nationaler Fertigungsanteil", „Bereitschaft zum Technologie-Transfer" – erfüllen wollen, um damit den US-amerikanischen Konkurrenten General Electric, der sich gegen diese Maßnahmen sperrt, aus dem Feld zu schlagen.

1983 soll das Kraftwerk den ersten Strom liefern, woran die westdeutschen Kapitalisten beteiligt wären und somit den US-Konzernen den Strompreis diktieren könnten. Zusammen mit den Einflußmöglichkeiten, die sie sich über den „Vertrag zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" auf die Energieerzeugung Brasiliens geschaffen haben, hoffen sie, weiter gegen die US-Supermacht voranzukommen. Bei seinen „Gesprächen" mit dem brasilianischen Minister für Bergbau und Energie hat Bundesforschungsminister Hauff großen Wert auf den „Gedankenaustausch über Fortschritte und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der Energieforschung und -entwicklung, der Hochspannungs- und Gleichstromübertragung sowie der off-shore-Technik (Ölbohrtürme auf See) und der Kohlevergasung" gelegt. Dabei nutzen die BRD-Imperialisten die Tatsache, daß Brasilien seinen Rohölbedarf bisher nicht selbst decken kann und wegen der jährlichen Kosten für die Einfuhr von Rohöl in Höhe von 3,7 Mrd. US-Dollar bestrebt ist, so rasch wie möglich die eigenen Vorkommen im Festlandsockel der Atlantikküste zu fördern. Durch Beteiligung an der Förderung dieses Öls will der BRD-Imperialismus gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: 1. will er sich damit den Zugriff auf das brasilianische Öl sichern und dabei kräftig Profite scheffeln, 2. die Kosten für Rohöl der westdeutschen Konzerne in Brasilien drükken und 3. einen Teil seiner Forschungskosten von Brasilien zahlen lassen. So hat z.B. Mercedes Benz do Brasil auf Kosten des brasilianischen Staates Forschungen über den Ersatz konventioneller Treibstoffe für Dieselmotoren betrieben. In dieselbe Richtung läuft ein Forschungsprogramm im Zentrum für Luftraumtechnik in Sao Jose dos Campos, wo auf einem Versuchsgelände Höhenforschungsraketen des Typs Sonda 3 erprobt werden.

Über eine Reihe von Abkommen über die wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit und die dazugehörigen zahlreichen „deutsch-brasilianischen Kommissionen" (die Wirtschaftskommission wird vom ehemaligen Wirtschaftsminister Friederichs geleitet) hat der BRD-Imperialismus sich weitere Einflußmöglichkeiten in Brasilien geschaffen.

Die scharfe Kampfansage an die amerikanische Supermacht und ihre Monopolstellung in Brasilien und in anderen Ländern Lateinamerikas muß der US-Imperialismus seinerseits mit einer schärferen Gangart beantworten. Völlige Hegemonie über dieses Gebiet und diese Länder stellt ein politische Interesse des US-Imperialismus von hohem strategischen Rang dar, weil er in einem Krieg mit der sozialimperialistischen Supermacht um die Weltherrschaft Kämpfe in seinem strategischen Vorfeld – als das er diese Länder begreifen – vermeiden will. Deswegen wird er seine dortige Monopolstellung mit Zähnen und Klauen verteidigen. Daß der BRD-Imperialismus seinen Kurs in Lateinamerika aufrechterhalten will, trotz der strategischen Interessen der amerikanischen Supermacht, hat Schmidt bei dem Besuch des brasilianischen Staatspräsidenten in Westdeutschland festgehalten:

„Beide Seiten wollen ebenfalls die Entwicklung der Zusammenarbeit auf Drittmärkten fördern, insbesondere bei der Errichtung von Industrieanlagen und bei Vorhaben für die wirtschaftliche Infrastruktur."

Kann das westdeutsche Finanzkapital den Auftrag für das Wasserkraftwerk Itaipu an der Grenze zu Paraguay ergattern und damit die Beteiligung an dem Projekt sichern, hat der BRD-Imperialismus den nächsten Schritt auf dem von Schmidt vorgezeichneten Weg der Expansion in ganz Lateinamerika schon getan. – Z-Red.)

Carter geht mit dem „internationalen Energieprogramm" gegen Konkurrenz vor

Am 10. März unterzeichnete Carter das Gesetz über die Nicht-Weiterverbreitung von nuklearen Brennstoffen. „Einige unserer Freunde müssen ihre Politik wieder in Ordnung bringen", kommentierte er befriedigt und mit unmißverständlich drohendem Unterton.

In „Unordnung" war für die US-Imperialisten einiges geraten: Zwei ihrer stärksten westeuropäischen Konkurrenten, die BRD und Frankreich, hatten sich durch erpresserische Verträge über die Lieferung von Kernreaktoren nach Brasilien bzw. Pakistan, die ihnen zahllose „Nachfolgegeschäfte" und verstärkte Einmischungsmöglichkeiten verschaffen, erfolgreich und mit beträchtlichem Anteil in die Ausbeutung und Unterdrückung dieser Länder eingekauft – und damit den US-Imperialisten kräftig in die Suppe gespuckt, die solche Geschäfte sich selbst vorbehalten möchten. Gleichzeitig werden die US-Imperialisten immer wieder damit konfrontiert, wie Carter bei seinem letzten Besuch in Indien, daß zahlreiche Länder der Dritten Welt sich allen Drohungen zum Trotz weigern, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, auf den Bau von Atomwaffen zum Schutz gegen die beiden Supermächte zu verzichten und „internationale Inspektoren" für ihre Schnüffeleien ins Land zu lassen.

Mit dem neuen Gesetz wollen die US-Imperialisten die Kontrolle über die Uranlieferungen verstärken, nehmen sie sich das Recht heraus, jedem Land, das sich den Bedingungen des Atomwaffensperrvertrages nicht unterwirft, alle Lieferungen sofort zu sperren. Nicht zuletzt wollen sie damit zukünftige „Brasilien"- oder „Pakistan"geschäfte ihrer europäischen Konkurrenten verhindern. Ausdrücklich wird das Gesetz auf bestehende Verträge angewandt, und damit vor allem auf den 1960 geschlossenen und bis 1985 laufenden Vertrag zwischen den USA und der EG. Wenn sich die EG-Imperialisten nicht innerhalb von 30 Tagen nach Unterzeichnung des Gesetzes bereit erklären, über diesen Vertrag neu zu verhandeln und ihn in den nächsten zwei Jahren entsprechend den diktierten Bedingungen zu ändern, droht ihnen sofortiger Lieferstopp. Unter dem Druck der US-Imperialisten mußten Kanada und Australien, die beide über erhebliche Uranreserven verfügen, ebenfalls ihre Bereitschaft zu verstärkten „Sicherheitsmaßregeln" bei ihren Lieferungen an die EG erklären.

Ein schweres Geschütz, das Carter gegen seine leidigen Konkurrenten auffährt: Die USA, Kanada, Australien und Südafrika verfügen zusammen über 80% der bekannten Uranreserven in der für die Förderung bevorzugten Preisklasse bis zu 80 Dollar Abbaukosten pro Kilo (außerhalb der Volksrepublik China und der RGW-Staaten). Ihr Uranmonopol ist der Grund, warum die US-Imperialisten sich stark genug zur Erpressung ihrer gesamten verbündeten Konkurrenz fühlen. Aber es ist längst noch nicht entschieden, ob ihnen dieser Schuß nicht nach hinten los geht. Frankreich und die BRD haben scharf protestiert, die französischen Imperialisten drohen, die von Carter vorbereitete „Internationale Konferenz über den Gebrauch von nuklearen Brennstoffen" zu boykottieren. Unter der Drohung des Uranlieferstopps scheinen die EG-Imperialisten um so eher entschlossen, ihre Bemühungen, die einseitige Abhängigkeit von den USA zu lockern, zu forcieren. Begonnen haben sie damit bereits in den vergangenen Jahren: Heute importieren sie nur noch 55% anstatt wie ehedem 95% ihres Bedarfs an angereichertem Uran aus den USA; einen wachsenden Teil beziehen sie aus der Sowjetunion. Gleichzeitig erweitern sie ihre eigenen Kapazitäten: Das englisch-niederländisch-westdeutsche Urenco-Konsortium baut zwei Anreicherungsanlagen in den Niederlanden und in Großbritannien, das französisch-italienisch-spanisch-iranische Eurodif-Konsortium eine Anlage in Frankreich. Ab 1979 sollen diese drei Werke 25% des benötigten angereicherten Urans für die EG-Imperialisten liefern. Unmittelbar nach Carters Gesetzesunterzeichnung gab ein britisches Gericht dem Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Windscale statt. Um sich auch von Rohuranlieferungen unabhängiger zu machen, forcieren die EG-Imperialisten, von denen bisher nur Frankreich eine nennenswerte eigene Produktion hat, ihre Uransuche und sind dabei kürzlich in Grönland auf größere Vorkommen gestoßen.

Carter bezeichnete die Unterzeichnung des Gesetzes als wichtigen Schritt zur Durchsetzung eines „internationalen Energieprogrammes". Zweifellos haben die EG-Imperialisten andere Vorstellungen darüber, welches Energieprogramm *ihren* imperialistischen Interessen am besten nützt. Die Konkurrenz zwischen ihnen und den US-Imperialisten verschärft sich und nimmt teilweise drastische Formen an: So versuchen die US-Imperialisten z.B. über ihren Generalstaatsanwalt in Europa „Kriminaluntersuchungen" über ein europäisches Uran-„Preisfestsetzungskartell" durchzuführen und unter Verletzung der Souveränität der EG-Staaten ihre Bestrebungen zu größerer Unabhängigkeit zu behindern. Und lamentieren dann noch verwundert, daß die EG-Imperialisten ihren Herren Untersuchungsrichtern die Tür gewiesen haben. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Ausbeuterklasse der DDR will besser ins Geschäft kommen

Leipziger Frühjahrsmesse: DDR-Produkte nur bedingt exportfähig

„Was wir dringend nötig haben, das sind mehr verkaufsfähige Exporterzeugnisse ... um erfolgreich in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet zu exportieren", führte Honnecker auf einer Konferenz der Kreissekretäre im Februar aus (Der Spiegel Nr. 11/1978). Die Antreiber sollen in die Stiefel kommen, um zu gewährleisten, daß die bitter notwendige Exportoffensive endlich ins Laufen kommt.

Auf der Leipziger Frühjahrsmesse, getreu dem Motto „Für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt", will die Ausbeuterklasse der DDR besser ins Geschäft kommen.

„Die Werkzeugmaschinen- und Werkzeugindustrie der DDR (WMW) ist mit 51 Einzelmaschinen, sechs Maschinen in Verkettung, 15 Modellen und mit einem umfangreichen Sortiment von Werkzeugen vertreten. Von diesen Exponaten sind 20 als Sondermaschinen anzusehen. In ihrer Gesamtheit vermitteln die gezeigten Maschinen und Produktionslinien einen optimalen Querschnitt des gesamten, alle Sparten der Metallverarbeitung umfassenden Fertigungsprogramms von WMW, das auch komplette Industrieanlagen mit einschließt ... Die Futterteildrehmaschinen DF2NC, DF3NC-S und DF3NC-B entsprechen nach Weltstandsvergleich in ihren technischen Parametern und ihrer konstruktiven Konzeption dem internationalen Stand." (Die Maschine, „dima", Nr. 2/1978)

Eine davon ist mit numerischer Bahnensteuerung ausgestattet, d.h. die in Bahnen ablaufende Materialzufuhr wird ebenfalls numerisch gesteuert.

Ein einheitliches Niveau des Maschinenbaus in der DDR ist jedoch noch nicht erreicht.

„Es zeigt sich aber auch, daß bei einigen Erzeugnissen in bestimmten Kennziffern noch bessere Ergebnisse erzielbar sind. Gemeinsam mit der Zulieferindustrie sollen jetzt in der DDR weitere Möglichkeiten genutzt werden." (dima Nr. 2/1978)

Große Probleme hat die DDR mit der Elektronik. Sie ist nicht in der Lage, Mikroprozessoren zu bauen, und muß sich daher für die Maschinenelektronik noch auf einfachere Elektronik stützen (Robotron-Technik), was den Nachteil hat, daß vielfältige Programme für die verschiedensten Arbeitsabläufe nicht gespeichert werden können. Aus hochwertigen Werkzeugmaschinen werden so mit der veralteten Elektronik „anspruchslose Massenware mit solider Technik" (Der Spiegel Nr. 11/1978). So werden Maschinen ohne Robotron-Technik in die Bundesrepublik geliefert. Je nach Bedarf der westdeutschen Kapitalisten werden sie dann mit Siemens-, AEG- oder SAAB-Steuerung ausgerüstet. Dazu läßt der „Spiegel" Kapitalistenvertreter sprechen:

„Mit ihrem Robotron können die wohl gut vor den Russen bestehen, hier nicht ... Was unsere Leute brauchen, ist nicht der Konfektions-, sondern der Maßanzug."

Laut „Spiegel" ist die DDR der größte Maschinenbauer des RGW. Trotzdem fällt es der DDR schwer, sich gegen die internationale Konkurrenz durchzusetzen, weil die anderen RGW-Länder, vor allem aber die CSSR, Ungarn, Polen und die UdSSR, zur DDR stark aufgeholt haben, ihr arge Konkurrenz machen und drohen, ihr fette Happen im Geschäft mit den westlichen Imperialisten abzunehmen. So ragen z.B. aus dem Angebot der CSSR Werkzeugmaschinen wie die numerisch gesteuerte Kreuzschiebetisch-Fräsmaschine FC5ONC mit Revolverkopf, die mehrere Arbeitsfunktionen mit einer einzigen Aufspannung des Werkstücks erledigen kann und große Zeiteinsparung bringt, heraus.

„Kräne beispielsweise, lange Jahre ein DDR-Exportschlager, bauen nun auch die Polen, Werkzeugmaschinen vergleichbarer Qualität die Ungarn und in manchen Bereichen anspruchsloser Technik bremsen bereits die relativ hohen DDR-Löhne den West-Export. So war für den schwedischen Möbelkonzern Ikea ... die DDR lange Zeit ein wichtiger Lieferant, der größte innerhalb des Ostblocks, nunmehr auf Platz vier abgerutscht – andere Ost-Staaten schreinern billiger." (Der Spiegel Nr. 11/1978)

Die DDR will und muß mit den westlichen Imperialisten, vor allem aber mit den BRD-Imperialisten, ins Geschäft kommen. Sie brauchen Devisen, Technologien zur Modernisierung der Industrie, um den Vorsprung im Maschinenbau gegenüber den anderen RGW-Ländern aufrechtzuhalten und in anderen Branchen weiter voranzukommen. Der Exportdruck verstärkt sich vor allem durch die ständig steigenden Rohstoffpreise der Sowjetunion. Honecker:

„Hinter jeder Tonne Rohstoff steht ein angewachsener Wert, den wir durch mehr Exporte finanzieren müssen." (Der Spiegel Nr. 11/1978)

Den Preis für die Rohstoffe und die Erhöhungen legen die Sozialimperialisten fest. Das hat dazu geführt, daß die DDR bei den RGW-Staaten, vor allem aber bei der UdSSR ständig in der Kreide steht. So im vergangenen Jahr mit rund 3 Mrd. Valuta-Mark (1 Valuta-Mark gleich 0,68 DM). Festgelegte Preise werden über den Haufen geworfen und so wächst der Preis noch während der „Geschäftsabwicklung". Immer mehr Maschinen müssen für eine bestimmte Menge von Rohstoffen als Gegenleistung geliefert werden. Immer mehr sollen die Arbeiter in der DDR schuften für den Export. Der Gang der kapitalistischen Produktionsweise muß sich auch in der DDR Bahn brechen, wenn die neue Bourgeoisie was werden will. Lohnsenkung über Preissteigerung steht auf dem Programm. Die Schichtarbeit wird eingeführt. Die Akkordarbeit wird über das Prämiensystem verschärft. Überstunden und Nachtarbeit sollen fester Bestandteil der Ausbeutung werden. Der Mutterschutz wird angegriffen und die verdeckte Arbeitslosigkeit wird offen aufbrechen. Der Löwenanteil geht an die Sozialimperialisten.

„Der Zwang zu höheren Ausfuhren in die RGW-Länder aber blockiert die Produktion für den West-Export, und zwar so stark, daß DDR-Betriebe, die mit ihren bundesdeutschen Handelspartnern Kompensationsgeschäfte – Ware gegen Ware – vereinbart haben, nicht liefern können." (Der Spiegel Nr. 11/1978)

Die westdeutsche Kapitalistenklasse läßt nicht locker. Sie hat den Köder ausgelegt. Über Kompensationsgeschäfte und Gestattungsverträge haben sie die DDR an der Angel und lassen ihr noch Luft mit dem vereinbarten Überziehungskredit (Swing). Sie lauern auf den Kapitalexport. Die westdeutschen Imperialisten wollen rein in die DDR und weit mehr. Kooperationen in Drittländer sollen ins Rollen kommen, die bisher an den fehlenden „erforderlichen praktischen Voraussetzungen", laut Rohwedder scheiterten. (Tagesspiegel, 8.9.77) Auf der laufenden Leipziger Frühjahrsmesse sollen Kooperationsverträge, die Algerien, Äthiopien und den Irak betreffen, eingeleitet werden. Damit will die westdeutsche Kapitalistenklasse zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: über die Kooperation den DDR-Markt erobern und gleichzeitig in Länder, deren Märkte bisher hauptsächlich die Sozialimperialisten beherrschen, vorstoßen. – (Z-Red.)

Die Aktionseinheit im Kampf gegen Rationalisierung und Lohnsenkung ist stark

Westberlin. Über 3500 Druckarbeiter sowie Arbeiter und Angestellte aus anderen Branchen demonstrierten am Freitag ihre Entschlossenheit, die Kapitalisten mit ihren Rationalisierungsprogrammen und Lohnsenkungsplänen nicht durchkommen zu lassen. In verschiedenen Belegschaften ist diskutiert worden, eine ausreichende Lohnerhöhung jetzt als Streikziel mit zu erheben. „Nach monatelangen Überstunden geht der Unternehmer jetzt mit Aussperrung über die Runden", steht am Druckhaus Tempelhof.

Hamburg. 3000 Druckarbeiter demonstrierten am 16.3. ÖTV-Beschäftigte trugen ein Transparent „ÖTV-Kollegen solidarisch mit dem Kampf der Drucker". Lehrer haben sich mit Schülern getroffen, um sich zu beteiligen. Arbeiter von AEG trugen ein Transparent für den Siebenstundentag. Arbeiterinnen von Bauer haben beschlossen, die Hafenarbeiter mit den Flugblättern der IG Druck zu informieren.
Am 17. März fand ein Solidaritätsfest statt mit über 1000 Beschäftigten aus den Druckbetrieben. Schon eine halbe Stunde nach Eröffnung wurde der Saal wegen Überfüllung geschlossen. Zeichen der Kampfbereitschaft ist ein Beschluß der Arbeiter beim Auerdruck (Hamburger Morgenpost, die nicht ausgesperrt hat): Sie haben Unterschriften für Streik gesammelt und erklärten, notfalls auch ohne Streikgeld zu streiken. – (N-Red.)

Göttingen. Am Freitag und Samstag haben Druckarbeiter einen Stand am Markt gemacht. Da die Solidaritätsplaketten bereits ausverkauft waren, wurden Plakate und Aufkleber versteigert und Spenden für die Streikkasse gesammelt. Oberschüler kauften ein Plakat und wollen es in der Schule aushängen. Ein Sozialarbeiter verteilte beim Einkaufen Flugblätter an die Verkäuferinnen und mußte sich Nachschub holen. „Wir müßten auch streiken", sagte eine Kepa-Verkäuferin und berichtete über die Hetzerei bei dem niedrigen Lohn.

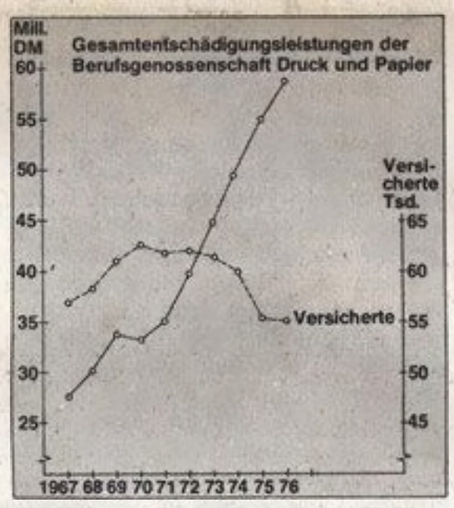
Münster. Am 15. und 16.3. haben die 200 ausgesperrten Druckarbeiter in der Innenstadt demonstriert.

Bielefeld. Als am Dienstag bekannt wurde, daß beim Druckbetrieb Gundlach ausgesperrt werden soll, haben die Arbeiter sofort die Arbeit niedergelegt. Die ÖTV-Mitglieder und Vertrauensleute bei den Bodelschwinghschen Anstalten wollen zu ihrer nächsten Sitzung einen Druckarbeiter einladen, der berichten soll über die Rationalisierung und den Lohnkampf.

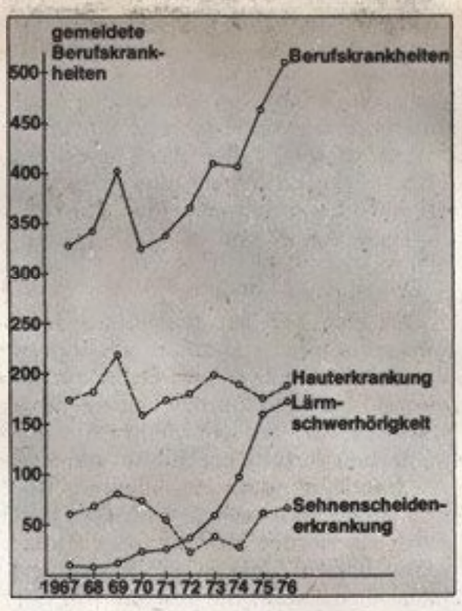
Eimerweise Reformismus

Die IG Druck hat während der Streiks und Aussperrung in der Druckindustrie fast täglich Informationsblätter herausgegeben. Das wäre verdienstvoll, wenn es in diesen Blättern wirklich um die Stärkung des Streiks gegangen wäre. So ist es aber nicht. Eimerweise Reformismus haben die sozialdemokratischen Schreiber der Informationsblätter über die streikenden Druckarbeiter ausgeschüttet. Was ist Reformismus? Reformismus besteht darin, einen absoluten Widerspruch, der nur durch Klassenkampf und Revolution gelöst werden kann, abzustumpfen und zu behaupten, daß es bei ein bißchen gutem Willen der Gegenseite schon gelingen könnte, die entgegengesetzten Interessen unter einen Hut zu bringen. Was treiben die Druckkapitalisten? Mit der Einführung neuer Maschinerie verschärfen die Druckkapitalisten die Ausbeutung. Sie haben vor, an den neuen Satzgeräten die Unterwerfung der Arbeiter unter die Gesetzmäßigkeiten der Profitproduktion zu verschärfen und die Vereinfachung der Arbeit zu nutzen, um die Arbeitshetze ins Unerträgliche zu beschleunigen. Dazu brauchen die Druckkapitalisten junge Leute, die in ihren Lebensäußerungen möglichst vollständig den Bedürfnissen der Maschinerie angepaßt werden sollen. Werden sie älter und damit sperriger, dann sollen sie aus der Produktion von Satz ausgespuckt werden und können schauen, wo sie bleiben. Zweifellos ist es eine gewerkschaftliche Aufgabe, diese Pläne der Kapitalisten zu durchkreuzen. Die neue Technik selber enthält durchaus die Möglichkeit, zu verhindern, daß die Vereinfachung der Arbeit Hand in Hand geht mit immer stärkerer und immer einseitigerer Auspressung von Arbeitskraft. Die Satzeingaben können vermehrt werden, die Arbeitszeit und die Dichte der Arbeit ist nicht durch die Maschine, sondern durch ihre Eigenschaft als Privateigentum der Kapitalisten, als Instrument zur Auspressung von Mehrarbeit bedingt. Solange die Kapitalisten die Maschinen haben, kann man der Ausbeutung nur Schranken ziehen. Das aber können die Arbeiter, wenn sie sich zusammenschließen. Die Sozialdemokratie stellt das Problem anders dar: „Die Politik der Unternehmerverbände ist darauf ausgerichtet, uns zu einem Volk von billigen Hilfsarbeitern zu machen." Aus einem Problem der Arbeiterklasse, die zu einem großen Teil aus „billigen Hilfsarbeitern" besteht, ist das Problem der Maschinensetzer geworden, die keine billigen Hilfsarbeiter werden wollen. So aber ist das Problem nicht mehr richtig zu behandeln. Spaltung paßt bloß den Kapitalisten ins Konzept. In einer Chemiefabrik haben die Arbeiter gesagt: Wir haben keinen Beruf. Damit haben sie der bornierten Kampfführung der Sozialdemokratie das Urteil gesprochen. Die Verteidigung einzelner Berufsstände ist ein hoffnungsloses Unterfangen. Es geht darum, der Aussaugung von Arbeitskraft Schranken zu ziehen und die Arbeit von den Zwangsgesetzen der Profitmaximierung zu befreien.

„Erstaunliche Fotosatzkapazitäten . . . bis zu 55 Zeitungsseiten am Tag . . . schaffen die fleißigen weiblichen Bedienerinnen im Stundendurchschnitt 8000 bis 9000 Zeichen, in der Spitze bis zu 11000 Zeichen. Nettoleistung, also in der Zeitung verwendbar; denn die Fehlerrate liegt bei höchstens drei Fehlern pro 100 Zeilen." So berichtet der „Druckspiegel" über die Ausbeutungsbedingungen bei der Drukkerei Hachenburg. „Weibliche Bedienerinnen", das sind die Bestrebungen der Kapitalisten, Abschaffung des Setzerberufes ist nur der Nebenaspekt. Senkung des Lohns, mehr Arbeiter in den unteren Lohngruppen, Intensivierung der Arbeit sind ihre Ziele.



In der letzten KVZ hatten wir ein Schaubild über die unmittelbaren Arbeitsunfälle bezogen auf die Anzahl der Arbeiter abgedruckt. Wir haben gesehen, daß sie trotz sinkender Anzahl der Arbeiter erheblich anstiegen. Die Berufskrankheiten sind die Krankheiten, die nach längerem Verschleiß der Arbeitskraft auftreten. Auch sie steigen erheblich. Insbesondere die Lärmschäden. Der erhöhte Einsatz von Maschinerie hat den Anstieg der Lärmgeschädigten zur Folge. Dabei ist nicht die Lautstärke entscheidend, sondern ein Dauerton mit der gleichen Frequenz. Der Kampf um ausreichende Pause ist dagegen eine richtige Forderung. Daß durch erhöhte Anzahl der Berufskrankheiten auch die Ausgaben der Unfallversicherung steigen, ist nicht verwunderlich.



Montagearbeiter – die ganze Woche unterwegs

Viel Geld kann man schnell auf Montage verdienen, und selbständig ist man auch noch – das hört man oft. Doch dieser scheinbare Weg aus dem Elend niedriger Löhne führt zur Zerrüttung der Familie, vorzeitigem Verschleiß der Arbeitskraft, und das Geld reicht trotzdem nicht. Die Arbeit auf Montage ist eine elende Schinderei, tatsächlich hat der Kapitalist seinen Arbeiter genauso in der Zange, als wenn er hinter ihm steht.

Letzten Dienstag z.B. waren es 13 1/4 Stunden Arbeit. Vier Kunden mußten besucht werden. Tanks von dreitausend bis fünftausend Litern mußten gereinigt, in einem Tank ein Einbau gemacht werden. Für diese einzelnen Arbeiten gibt es Akkordstundensätze, für die Tankreinigung bei dreitausend Litern 3 1/4 Stunden, mit Systempflege 4 1/2 Stunden. Für Tanks mit fünftausend Litern die gleichen Zeiten. Für einen Tankeinbau sind zehn Stunden vorgesehen, für den Einbau von zwei galvanischen Trennstücken 1/2 Stunde, dazu kamen an diesem Tag noch 2 1/2 Fahrstunden und eine halbe Stunde Normalarbeitszeit, insgesamt also 25 3/4 Stunden, gar nicht zu schaffen an einem Tag. Also treibt sich der Arbeiter „selber" an, denn bevor die Aufträge nicht erledigt sind, ist die Arbeit nicht zu Ende. Pausen werden nur zwischen zwei Aufträgen gemacht, das ist sehr unregelmäßig. Das Essen wird irgendwo in einer günstigen Raststätte eingenommen und in Eile.

Kein Wunder, daß der Mann einen kaputten Magen hat, häufig Magenkrämpfe und Erbrechen. Ein Arzt verschrieb Transquilizer (Beruhigungsmittel) gegen den nervösen Magen, doch die kann er nicht nehmen, weil er bei der Arbeit viel mit gefährlichen Stoffen arbeitet und Auto fahren muß.

Für die Übernachtung und das Essen zahlt der Kapitalist einen Zuschuß, die Pauschale deckt die tatsächlichen Kosten aber bei weitem nicht. Auf dem Lohnzettel schlägt sich diese Schinderei dann so nieder: 3190 DM im Monat für 342,25 Stunden Arbeit, 9,80 DM die Stunde. Dabei hat er Abzüge in Steuerklasse III von 1016,85 DM. Bleiben im Monat 2212,20 DM netto übrig. Das ist wenig, wenn man bedenkt, daß das Leben auf Montage teuer ist und die Kosten für die Familie zu Hause auch höher liegen. Auf das Auto kann nicht verzichtet werden, das ist Bedingung für diese Arbeit. Die Familie muß von der Frau allein versorgt werden, Kochen, Einkaufen, Wäsche, Kinder, Wege zu Behörden, mit den Kindern zum Arzt und zur Schule, da bleibt keine Zeit, wegen Sonderangeboten quer durch die Stadt zu fahren.

Die meisten Frauen können nicht mitarbeiten, solange die Kinder klein sind; geht die Frau trotzdem arbeiten, kommen die Kosten für den Kindergartenplatz dazu, der Lohn ist weg, bevor alles Notwendige bezahlt ist.

Mann und Frau sehen sich nur am Wochenende, darauf muß dann alles konzentriert werden – Besuch von der Familie, von Freunden, Reparaturen in der Wohnung, Besprechung von Ärger und Schwierigkeiten, die es die Woche über gegeben hat, vieles unterbleibt dann, weil der Mann müde und abgespannt ist und man sich den Ärger für die wenigen Stunden ersparen will. Teilnahme am Klassenkampf ist unter diesen Bedingungen nur beschränkt möglich. Damit man sich überhaupt die Woche über verständigen kann, braucht die Familie ein Telefon, die Kosten dafür trägt auch nicht der Kapitalist.

Der „hohe Verdienst" der Monteure wird teuer erkauft. In diesem kleinen Tankreinigungsbetrieb können sich die Arbeiter gegen die Schinderei und den niedrigen Lohn nur schlecht zusammenschließen, weil sie überhaupt nicht gemeinsam produzieren. Der Kampf gegen die Lohndrükkerei und für einen ausreichenden Lohn bei acht Stunden Normalarbeitszeit muß von der ganzen Klasse geführt werden. – (Bezirk Holstein/N-Red.)

Die Aktionen der Druckarbeiter beginnen die Front der Kapitalisten zu sprengen

Hannover. Mehrere Druckkapitalisten sabotieren die vom Arbeitgeberverband angeordnete Aussperrung. So wird zum Beispiel bei Popp-Sofort-Druck in Hannover bei Verdunkelung weitergearbeitet. Der Kapitalist Leunismann hat abgelehnt, der Aufforderung des Kapitalistenverbandes zu folgen, die bei ihm beschäftigten Drucker auszusperren.

Westberlin. In Westberlin sperren neben zwei oder drei kleineren Betrieben das Druckhaus Tempelhof und der Axel Springer Konzern aus. Dem Kapitalistenverband gelingt es nur mühsam, den Aussperrungsbeschluß durchzusetzen. Wir haben Kenntnis, daß jetzt in den täglichen Rundschreiben des Kapitalistenverbandes die ersten Verbandsstrafen angekündigt wurden. Die Zeitungskapitalisten vom „Tagesspiegel" und „Abend" bringen die Zeitungen mit erhöhter Auflage weiter heraus.

Dortmund. Die Konkurrenz unter den Zeitungsverlagen bringt die Druckkapitalisten zu allerlei Manövern. WAZ-Manager Grotkamp hat laut der Notzeitung der IG Druck und Papier vom 15.3.78 allen Nichtorganisierten „die Zahlung des vollen Lohns während der Aussperrung und allen Gewerkschaftern die Differenz zwischen Streikgeld und Nettolohn" angeboten, wenn sie bei Aufhebung der Aussperrung sofort an die Arbeit gingen, um möglichst noch für den 16.3. eine Notzeitung herauszugeben.

Dortmund. Auf einer Streikversammlung der Dortmunder Westfalendruck (WAZ-Konzern) waren am 16.3. etwa 70 bis 80 ausgesperrte Arbeiter anwesend. Gewerkschaftsfunktionäre berichteten, daß einzelne Kapitalisten aus der Aussperrungsfront ausscheren, so z.B. in Bielefeld die „Westfälischen Nachrichten" und in Minden. Zwei Druckbetriebe im Dortmunder Raum haben die Arbeiter zurückgerufen und die Aussperrung beendet. In Siegen hat die IG Druck in einem Fall eine einstweilige Verfügung gegen die Aussperrung erwirkt.

Gießen. Bei Wetzlar-Druck (250 Beschäftigte) wollte die Geschäftsleitung im Akzidenzbereich die Aussperrung aussetzen. Sie steht wegen eines eiligen Auftrages unter Druck. Die Belegschaft hat die Arbeit aber nicht aufgenommen.

IG Chemie: Verhandlungen

IG Chemie: Verhandlungen zum Manteltarifvertrag

Kassel. Am 12.4. sind in Kassel Verhandlungen zum Manteltarifvertrag für gewerbliche Arbeiter. Die Sozialdemokraten beabsichtigen, die Paragraphen 13 und 14 (Akkordlohn und Prämienlohn) in einem Punkt zusammenzufassen. Bei den Verhandlungen zum Manteltarifvertrag für Angestellte der chemischen Industrie, die am 16.3. in Hannover stattfanden, wurde festgelegt, die Zahl der Gehaltsgruppen für T, K und M-Angestellte auf neun zu erhöhen. Die IG Chemie hatte 16 Gehaltsgruppen angeboten, die Kapitalisten sieben Gehaltsgruppen. Nadler, Betriebsrat der Gummiwerke Fulda und Mitglied der Tarifkommission, hat mitgeteilt, daß die Lohntarife für die hessische Kautschukindustrie ab 20.3. kündbar sind.

Telegramm zum ersten Verhandlungstag bei HBV

Heidelberg. Die Landesbezirksvorstände Hessen, Bayern und Baden-Württemberg haben für den Lohnkampf die Forderungen „Streichung der ersten beiden Tätigkeitsjahre der Lohngruppe 1, Streichung des 1. Tätigkeitsjahres der Lohngruppe II, 110 DM für die 1. Lohngruppe, 130 DM für die 2., 150 DM für die 3., 170 DM für die 4. und 190 DM für die 5." beschlossen.

Die Beschäftigten des Decker's Verlages haben ein Telegramm an die Kapitalisten und an die Große Tarifkommission am ersten Verhandlungstag, dem 15. März, geschickt mit den Forderungen: Streichung der 1. und 2. Lohngruppe, unter 150 DM nichts, sofortiges Angebot auch für den Manteltarif.

Sie haben ein Buch des Decker's Verlages, in dem die „soziale Marktwirtschaft", der Lohnraub und die Ausplünderung der Völker der Dritten Welt gepriesen wird, kritisiert und 31,15 DM für den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe gesammelt.

Tarifabschluß private Transportbetriebe in NRW

Münster. Für die privaten Speditions- und Lagerbetriebe, Güternah- und -fernverkehr in Nordrhein-Westfalen haben die Kapitalisten am 7. März ein vollständiges Lohnraubabkommen durchsetzen können: Bei 14 Monaten Laufzeit werden rückwirkend ab 1.1.78 die tariflichen Stundenlöhne um 5% erhöht. Am 1.10.78 erfolgt eine weitere Anhebung der Stundenlöhne um 3%. Darin ist aber der „Ausgleich" für die zum 1.10.78 vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen um eine Stunde in der Woche enthalten, d.h. nichts davon wird in der Tasche zu sehen sein. Mit diesem Lohnabschluß (Stundenlohn für Kfz-Fahrer: 7,35 DM, für Packer: 6,51 DM) ist der schon immer starke Druck für Transportarbeiter, sich mit Überstunden über Wasser zu halten, noch verstärkt. Gegenwärtig beträgt die im Manteltarifvertrag festgelegte Wochenarbeitszeit für Kraftfahrer 47 Stunden.

Die Aktionseinheit im Kampf gegen Rationalisierung und Lohnsenkung ist stark

Westberlin. Über 3500 Druckarbeiter sowie Arbeiter und Angestellte aus anderen Branchen demonstrierten am Freitag ihre Entschlossenheit, die Kapitalisten mit ihren Rationalisierungsprogrammen und Lohnsenkungsplänen nicht durchkommen zu lassen. In verschiedenen Belegschaften ist diskutiert worden, eine ausreichende Lohnerhöhung jetzt als Streikziel mit zu erheben. „Nach monatelangen Überstunden geht der Unternehmer jetzt mit Aussperrung über die Runden", steht am Druckhaus Tempelhof.

Hamburg. 3000 Druckarbeiter demonstrierten am 16.3. ÖTV-Beschäftigte trugen ein Transparent „ÖTV-Kollegen solidarisch mit dem Kampf der Drucker". Lehrer haben sich mit Schülern getroffen, um sich zu beteiligen. Arbeiter von AEG trugen ein Transparent für den Siebenstundentag. Arbeiterinnen von Bauer haben beschlossen, die Hafenarbeiter mit den Flugblättern der IG Druck zu informieren.
Am 17. März fand ein Solidaritätsfest statt mit über 1000 Beschäftigten aus den Druckbetrieben. Schon eine halbe Stunde nach Eröffnung wurde der Saal wegen Überfüllung geschlossen. Zeichen der Kampfbereitschaft ist ein Beschluß der Arbeiter beim Auerdruck (Hamburger Morgenpost, die nicht ausgesperrt hat): Sie haben Unterschriften für Streik gesammelt und erklärten, notfalls auch ohne Streikgeld zu streiken. – (N-Red.)

Göttingen. Am Freitag und Samstag haben Druckarbeiter einen Stand am Markt gemacht. Da die Solidaritätsplaketten bereits ausverkauft waren, wurden Plakate und Aufkleber versteigert und Spenden für die Streikkasse gesammelt. Oberschüler kauften ein Plakat und wollen es in der Schule aushängen. Ein Sozialarbeiter verteilte beim Einkaufen Flugblätter an die Verkäuferinnen und mußte sich Nachschub holen. „Wir müßten auch streiken", sagte eine Kepa-Verkäuferin und berichtete über die Hetzerei bei dem niedrigen Lohn.

Münster. Am 15. und 16.3. haben die 200 ausgesperrten Druckarbeiter in der Innenstadt demonstriert.

Bielefeld. Als am Dienstag bekannt wurde, daß beim Druckbetrieb Gundlach ausgesperrt werden soll, haben die Arbeiter sofort die Arbeit niedergelegt. Die ÖTV-Mitglieder und Vertrauensleute bei den Bodelschwinghschen Anstalten wollen zu ihrer nächsten Sitzung einen Druckarbeiter einladen, der berichten soll über die Rationalisierung und den Lohnkampf.

Die Aktionen der Druckarbeiter beginnen die Front der Kapitalisten zu sprengen

Hannover. Mehrere Druckkapitalisten sabotieren die vom Arbeitgeberverband angeordnete Aussperrung. So wird zum Beispiel bei Popp-Sofort-Druck in Hannover bei Verdunkelung weitergearbeitet. Der Kapitalist Leunismann hat abgelehnt, der Aufforderung des Kapitalistenverbandes zu folgen, die bei ihm beschäftigten Drucker auszusperren.

Westberlin. In Westberlin sperren neben zwei oder drei kleineren Betrieben das Druckhaus Tempelhof und der Axel Springer Konzern aus. Dem Kapitalistenverband gelingt es nur mühsam, den Aussperrungsbeschluß durchzusetzen. Wir haben Kenntnis, daß jetzt in den täglichen Rundschreiben des Kapitalistenverbandes die ersten Verbandsstrafen angekündigt wurden. Die Zeitungskapitalisten vom „Tagesspiegel" und „Abend" bringen die Zeitungen mit erhöhter Auflage weiter heraus.

Dortmund. Die Konkurrenz unter den Zeitungsverlagen bringt die Druckkapitalisten zu allerlei Manövern. WAZ-Manager Grotkamp hat laut der Notzeitung der IG Druck und Papier vom 15.3.78 allen Nichtorganisierten „die Zahlung des vollen Lohns während der Aussperrung und allen Gewerkschaftern die Differenz zwischen Streikgeld und Nettolohn" angeboten, wenn sie bei Aufhebung der Aussperrung sofort an die Arbeit gingen, um möglichst noch für den 16.3. eine Notzeitung herauszugeben.

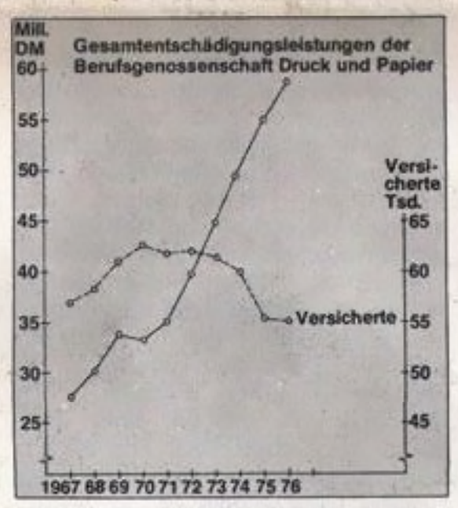
Dortmund. Auf einer Streikversammlung der Dortmunder Westfalendruck (WAZ-Konzern) waren am 16.3. etwa 70 bis 80 ausgesperrte Arbeiter anwesend. Gewerkschaftsfunktionäre berichteten, daß einzelne Kapitalisten aus der Aussperrungsfront ausscheren, so z.B. in Bielefeld die „Westfälischen Nachrichten" und in Minden. Zwei Druckbetriebe im Dortmunder Raum haben die Arbeiter zurückgerufen und die Aussperrung beendet. In Siegen hat die IG Druck in einem Fall eine einstweilige Verfügung gegen die Aussperrung erwirkt.

Gießen. Bei Wetzlar-Druck (250 Beschäftigte) wollte die Geschäftsleitung im Akzidenzbereich die Aussperrung aussetzen. Sie steht wegen eines eiligen Auftrages unter Druck. Die Belegschaft hat die Arbeit aber nicht aufgenommen.

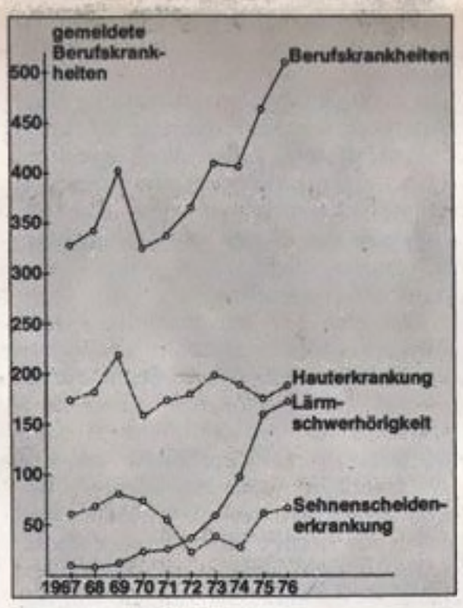
Eimerweise Reformismus

Die IG Druck hat während der Streiks und Aussperrung in der Druckindustrie fast täglich Informationsblätter herausgegeben. Das wäre verdienstvoll, wenn es in diesen Blättern wirklich um die Stärkung des Streiks gegangen wäre. So ist es aber nicht. Eimerweise Reformismus haben die sozialdemokratischen Schreiber der Informationsblätter über die streikenden Druckarbeiter ausgeschüttet. Was ist Reformismus? Reformismus besteht darin, einen absoluten Widerspruch, der nur durch Klassenkampf und Revolution gelöst werden kann, abzustumpfen und zu behaupten, daß es bei ein bißchen gutem Willen der Gegenseite schon gelingen könnte, die entgegengesetzten Interessen unter einen Hut zu bringen. Was treiben die Druckkapitalisten? Mit der Einführung neuer Maschinerie verschärfen die Druckkapitalisten die Ausbeutung. Sie haben vor, an den neuen Satzgeräten die Unterwerfung der Arbeiter unter die Gesetzmäßigkeiten der Profitproduktion zu verschärfen und die Vereinfachung der Arbeit zu nutzen, um die Arbeitshetze ins Unerträgliche zu beschleunigen. Dazu brauchen die Druckkapitalisten junge Leute, die in ihren Lebensäußerungen möglichst vollständig den Bedürfnissen der Maschinerie angepaßt werden sollen. Werden sie älter und damit sperriger, dann sollen sie aus der Produktion von Satz ausgespuckt werden und können schauen, wo sie bleiben. Zweifellos ist es eine gewerkschaftliche Aufgabe, diese Pläne der Kapitalisten zu durchkreuzen. Die neue Technik selber enthält durchaus die Möglichkeit, zu verhindern, daß die Vereinfachung der Arbeit Hand in Hand geht mit immer stärkerer und immer einseitigerer Auspressung von Arbeitskraft. Die Satzeingaben können vermehrt werden, die Arbeitszeit und die Dichte der Arbeit ist nicht durch die Maschine, sondern durch ihre Eigenschaft als Privateigentum der Kapitalisten, als Instrument zur Auspressung von Mehrarbeit bedingt. Solange die Kapitalisten die Maschinen haben, kann man der Ausbeutung nur Schranken ziehen. Das aber können die Arbeiter, wenn sie sich zusammenschließen. Die Sozialdemokratie stellt das Problem anders dar: „Die Politik der Unternehmerverbände ist darauf ausgerichtet, uns zu einem Volk von billigen Hilfsarbeitern zu machen." Aus einem Problem der Arbeiterklasse, die zu einem großen Teil aus „billigen Hilfsarbeitern" besteht, ist das Problem der Maschinensetzer geworden, die keine billigen Hilfsarbeiter werden wollen. So aber ist das Problem nicht mehr richtig zu behandeln. Spaltung paßt bloß den Kapitalisten ins Konzept. In einer Chemiefabrik haben die Arbeiter gesagt: Wir haben keinen Beruf. Damit haben sie der bornierten Kampfführung der Sozialdemokratie das Urteil gesprochen. Die Verteidigung einzelner Berufsstände ist ein hoffnungsloses Unterfangen. Es geht darum, der Aussaugung von Arbeitskraft Schranken zu ziehen und die Arbeit von den Zwangsgesetzen der Profitmaximierung zu befreien.

„Erstaunliche Fotosatzkapazitäten . . . bis zu 55 Zeitungsseiten am Tag . . . schaffen die fleißigen weiblichen Bedienerinnen im Stundendurchschnitt 8000 bis 9000 Zeichen, in der Spitze bis zu 11000 Zeichen. Nettoleistung, also in der Zeitung verwendbar; denn die Fehlerrate liegt bei höchstens drei Fehlern pro 100 Zeilen." So berichtet der „Druckspiegel" über die Ausbeutungsbedingungen bei der Druckerei Hachenburg. „Weibliche Bedienerinnen", das sind die Bestrebungen der Kapitalisten, Abschaffung des Setzerberufes ist nur der Nebenaspekt. Senkung des Lohns, mehr Arbeiter in den unteren Lohngruppen, Intensivierung der Arbeit sind ihre Ziele.



In der letzten KVZ hatten wir ein Schaubild über die unmittelbaren Arbeitsunfälle bezogen auf die Anzahl der Arbeiter abgedruckt. Wir haben gesehen, daß sie trotz sinkender Anzahl der Arbeiter erheblich anstiegen. Die Berufskrankheiten sind die Krankheiten, die nach längerem Verschleiß der Arbeitskraft auftreten. Auch sie steigen erheblich. Insbesondere die Lärmschäden. Der erhöhte Einsatz von Maschinerie hat den Anstieg der Lärmgeschädigten zur Folge. Dabei ist



nicht die Lautstärke entscheidend, sondern ein Dauerton mit der gleichen Frequenz. Der Kampf um ausreichende Pause ist dagegen eine richtige Forderung. Daß durch erhöhte Anzahl der Berufskrankheiten auch die Ausgaben der Unfallversicherung steigen, ist nicht verwunderlich.

Montagearbeiter – die ganze Woche unterwegs

Viel Geld kann man schnell auf Montage verdienen, und selbständig ist man auch noch – das hört man oft. Doch dieser scheinbare Weg aus dem Elend niedriger Löhne führt zur Zerrüttung der Familie, vorzeitigem Verschleiß der Arbeitskraft, und das Geld reicht trotzdem nicht. Die Arbeit auf Montage ist eine elende Schinderei, tatsächlich hat der Kapitalist seinen Arbeiter genauso in der Zange, als wenn er hinter ihm steht.

Letzten Dienstag z.B. waren es 13 1/4 Stunden Arbeit. Vier Kunden mußten besucht werden. Tanks von dreitausend bis fünftausend Litern mußten gereinigt, in einem Tank ein Einbau gemacht werden. Für diese einzelnen Arbeiten gibt es Akkordstundensätze, für die Tankreinigung bei dreitausend Litern 3 1/4 Stunden, mit Systempflege 4 1/2 Stunden. Für Tanks mit fünftausend Litern die gleichen Zeiten. Für einen Tankeinbau sind zehn Stunden vorgesehen, für den Einbau von zwei galvanischen Trennstücken 1/2 Stunde, dazu kamen an diesem Tag noch 2 1/2 Fahrstunden und eine halbe Stunde Normalarbeitszeit, insgesamt also 25 3/4 Stunden, gar nicht zu schaffen an einem Tag. Also treibt sich der Arbeiter „selber" an, denn bevor die Aufträge nicht erledigt sind, ist die Arbeit nicht zu Ende. Pausen werden nur zwischen zwei Aufträgen gemacht, das ist sehr unregelmäßig. Das Essen wird irgendwo in einer günstigen Raststätte eingenommen und in Eile.

Kein Wunder, daß der Mann einen kaputten Magen hat, häufig Magenkrämpfe und Erbrechen. Ein Arzt verschrieb Transquilizer (Beruhigungsmittel) gegen den nervösen Magen, doch die kann er nicht nehmen, weil er bei der Arbeit viel mit gefährlichen Stoffen arbeitet und Auto fahren muß.

Für die Übernachtung und das Essen zahlt der Kapitalist einen Zuschuß, die Pauschale deckt die tatsächlichen Kosten aber bei weitem nicht. Auf dem Lohnzettel schlägt sich diese Schinderei dann so nieder: 3190 DM im Monat für 342,25 Stunden Arbeit, 9,80 DM die Stunde. Dabei hat er Abzüge in Steuerklasse III von 1016,85 DM. Bleiben im Monat 2212,20 DM netto übrig. Das ist wenig, wenn man bedenkt, daß das Leben auf Montage teuer ist und die Kosten für die Familie zu Hause auch höher liegen. Auf das Auto kann nicht verzichtet werden, das ist Bedingung für diese Arbeit. Die Familie muß von der Frau allein versorgt werden, Kochen, Einkaufen, Wäsche, Kinder, Wege zu Behörden, mit den Kindern zum Arzt und zur Schule, da bleibt keine Zeit, wegen Sonderangeboten quer durch die Stadt zu fahren.

Die meisten Frauen können nicht mitarbeiten, solange die Kinder klein sind; geht die Frau trotzdem arbeiten, kommen die Kosten für den Kindergartenplatz dazu, der Lohn ist weg, bevor alles Notwendige bezahlt ist.

Mann und Frau sehen sich nur am Wochenende, darauf muß dann alles konzentriert werden – Besuch von der Familie, von Freunden, Reparaturen in der Wohnung, Besprechung von Ärger und Schwierigkeiten, die es die Woche über gegeben hat, vieles unterbleibt dann, weil der Mann müde und abgespannt ist und man sich den Ärger für die wenigen Stunden ersparen will. Teilnahme am Klassenkampf ist unter diesen Bedingungen nur beschränkt möglich. Damit man sich überhaupt die Woche über verständigen kann, braucht die Familie ein Telefon, die Kosten dafür trägt auch nicht der Kapitalist.

Der „hohe Verdienst" der Monteure wird teuer erkauft. In diesem kleinen Tankreinigungsbetrieb können sich die Arbeiter gegen die Schinderei und den niedrigen Lohn nur schlecht zusammenschließen, weil sie überhaupt nicht gemeinsam produzieren. Der Kampf gegen die Lohndrükkerei und für einen ausreichenden Lohn bei acht Stunden Normalarbeitszeit muß von der ganzen Klasse geführt werden. – (Bezirk Holstein/N-Red.)

IG Chemie: Verhandlungen zum Manteltarifvertrag

Kassel. Am 12.4. sind in Kassel Verhandlungen zum Manteltarifvertrag für gewerbliche Arbeiter. Die Sozialdemokraten beabsichtigen, die Paragraphen 13 und 14 (Akkordlohn und Prämienlohn) in einem Punkt zusammenzufassen. Bei den Verhandlungen zum Manteltarifvertrag für Angestellte der chemischen Industrie, die am 16.3. in Hannover stattfanden, wurde festgelegt, die Zahl der Gehaltsgruppen für T, K und M-Angestellte auf neun zu erhöhen. Die IG Chemie hatte 16 Gehaltsgruppen angeboten, die Kapitalisten sieben Gehaltsgruppen. Nadler, Betriebsrat der Gummiwerke Fulda und Mitglied der Tarifkommission, hat mitgeteilt, daß die Lohntarife für die hessische Kautschukindustrie ab 20.3. kündbar sind.

Telegramm zum ersten Verhandlungstag bei HBV

Heidelberg. Die Landesbezirksvorstände Hessen, Bayern und Baden-Württemberg haben für den Lohnkampf die Forderungen „Streichung der ersten beiden Tätigkeitsjahre der Lohngruppe 1, Streichung des 1. Tätigkeitsjahres der Lohngruppe II, 110 DM für die 1. Lohngruppe, 130 DM für die 2., 150 DM für die 3., 170 DM für die 4. und 190 DM für die 5." beschlossen.

Die Beschäftigten des Decker's Verlages haben ein Telegramm an die Kapitalisten und an die Große Tarifkommission am ersten Verhandlungstag, dem 15. März, geschickt mit den Forderungen: Streichung der 1. und 2. Lohngruppe, unter 150 DM nichts, sofortiges Angebot auch für den Manteltarif.

Sie haben ein Buch des Decker's Verlages, in dem die „soziale Marktwirtschaft", der Lohnraub und die Ausplünderung der Völker der Dritten Welt gepriesen wird, kritisiert und 31,15 DM für den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe gesammelt.

Tarifabschluß private Transportbetriebe in NRW

Münster. Für die privaten Speditions- und Lagerbetriebe, Güternah- und -fernverkehr in Nordrhein-Westfalen haben die Kapitalisten am 7. März ein vollständiges Lohnraubabkommen durchsetzen können: Bei 14 Monaten Laufzeit werden rückwirkend ab 1.1.78 die tariflichen Stundenlöhne um 5% erhöht. Am 1.10.78 erfolgt eine weitere Anhebung der Stundenlöhne um 3%. Darin ist aber der „Ausgleich" für die zum 1.10.78 vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen um eine Stunde in der Woche enthalten, d.h. nichts davon wird in der Tasche zu sehen sein. Mit diesem Lohnabschluß (Stundenlohn für Kfz-Fahrer: 7,35 DM, für Packer: 6,51 DM) ist der schon immer starke Druck für Transportarbeiter, sich mit Überstunden über Wasser zu halten, noch verstärkt. Gegenwärtig beträgt die im Manteltarifvertrag festgelegte Wochenarbeitszeit für Kraftfahrer 47 Stunden.

Wolfsgeheul der deutschen Flagge – Weltschiffahrtstag 1978

Er wolle „ein Postulat setzen", erklärte Brinkmann, Bremens Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr dem Rundfunk-Reporter unmittelbar vor dem Senatsempfang aus Anlaß des „Weltschiffahrtstages 1978". Notwendig sei dies Postulat – so Brinkmann auf dem Empfang – aufgrund des mit Frachtenverfalls und ruinöser Konkurrenz geführten verschärften Wettbewerbs im Seehandel: 50prozentige Ladungsvorbehalte einiger Staaten für ihre eigene Flagge im Linienverkehr; einseitige Regulierung von Seeverkehr und Beförderungsbestimmungen, der der deutschen Flagge die freie Wahl der Transportmittel und Beförderungsbedingungen nehme; der wachsende Anteil der Handelsflotte der Comecon-Länder am Seehandel der BRD, sowie die hohe Subventionierung der Flaggen der meisten Länder, die zu Wettbewerbsverzerrungen führe – all das würde auf der „Deutschen Flagge" lasten.

Hiergegen müsse das „Erfordernis einer angemessenen, leistungsfähigen Handelsflotte unter deutscher Flagge bekräftigt" werden. Gewiß seien die Schwierigkeiten erheblich, diese „angemessene" Seehandelsposition „harmonisch" durchzusetzen, wie sich zum Beispiel an der Auseinandersetzung des Subventionsabbaus beim Schiffbau zeige.

Den Weltschiffahrtstag, dies Jahr zum ersten Mal, nutzt die Bourgeoisie in Westdeutschland, um ihren Zielen dabei näher zu kommen.

Sozialimperialistische Fischereipläne in Australien

Die Sowjetunion hat Australien vorgeschlagen, neue australische Fischgründe vor der Südostküste „gemeinsam mit örtlichen Fischern" zu befischen. Außerdem solle für 10 Mio. australische Dollar eine Fischkonservenfabrik errichtet werden. Sie würden die australische Fischereiindustrie mit russischen Forschungsergebnissen und Technologie umwandeln können, erklärten die Sozialimperialisten (Radio Australia, 3.3.). Die Abteilung Fischerei der Bauernvereinigung des Staates Victoria mit 550 Mitgliedern protestierte gegen den Plan. Die Fischer sagen, daß russische Trawler die Fischgründe in zwei Jahren leergefischt haben können. Sie veranstalteten Protestmärsche zum Staatsparlament.

In Tasmanien veranstalteten Fischer Protestmärsche gegen die japanische Abfischung der Fischbestände vor der Nord- und Nordostküste. Australien will in allernächster Zeit die 200-Meilen-Zone einführen. Die japanische Regierung hat bereits Verhandlungen über Fischereirechte verlangt.

Trawler die Fischgründe in zwei Jahren leergefischt haben können. Sie veranstalteten Protestmärsche zum Staatsparlament.

In Tasmanien veranstalteten Fischer Protestmärsche gegen die japanische Abfischung des Fischbestände vor der Nord-

Streiks im Iran

Die iranische Arbeiterklasse führt im Augenblick eine Reihe von Streiks durch, vor allem gegen imperialistische Monopole. General Motors, Union Carbide und Fluor Corporation, drei US-imperialistische Firmen, wurden bestreikt, General Motors für zwei Wochen. Streiks wurden auch aus Teilen des Staatsapparates, z.B. den Postbehörden, gemeldet. Gegen die Streiks, die grundsätzlich verboten sind, wird Militär eingesetzt. Die iranische Arbeiterklasse hat trotzdem mehrere Erfolge durchsetzen können, wie man der imperialistischen Presse entnehmen kann: „Die Verantwortlichen der Firmen reden ungern darüber, wie die Streiks geendet haben. Aber es wird angenommen, daß die Geschäftsleitungen normalerweise nachgegeben haben, entweder ganz oder zu weiten Teilen, wenn eindeutige finanzielle Forderungen von einer vereinten Arbeiterschaft vorgelegt wurden." (Financial Times, 14. März 1978)

Anhaltende Streikkämpfe in der belgischen Automobilindustrie

Der Streik bei Ford Genk – die Gewerkschaften fordern die 36-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und 1000 Neueinstellungen – dauert in seiner zweiten Woche mit unverminderter Entschlossenheit auf seiten der Arbeiter und wütenden Attacken seitens der Kapitalisten an. Der Verband der belgischen Metallkapitalisten Fabrimetal hat den Fordkapitalisten seine volle Unterstützung zugesagt und erklärt, daß eine Arbeitszeitverkürzung auf 36 Stunden auf jeden Fall verhindert werden müsse. Die Fordkapitalisten sind indes mit ihren Versuchen, durch Streikbrecher den Streik niederzuschlagen, nicht weitergekommen. Die streikenden Arbeiter streuten vergangene Woche Krähenfüße auf die Zufahrtswege und verhinderten damit teilweise den Einsatz der Reichswache zum Schutz der Streikbrecher. Die Produktion ist nach wie vor weitgehend lahmgelegt. Inzwischen hat sich die belgische Regierung durch ihren Arbeitsminister Spitaels voll Sorge über die mögliche Ausweitung des Kampfes für die 36-Stunden-Woche in die Auseinandersetzung bei Ford eingeschaltet und für den 18./19. März ein „Versöhnungsgespräch" anberaumt. – Bei DAF in Oevel wurde die Arbeit Ende vergangener Woche noch nicht wieder voll aufgenommen, obwohl die Gewerkschaftsführung den Streik für beendet erklärt hatte. 54,5% der Arbeiter hatten in einer Urabstimmung den ausgehandelten Tarifvertrag, der die wesentlichen Forderungen der Arbeiter (siehe KVZ Nr. 11/1978) nicht erfüllt und nur die Zahlung einer Jahresprämie und zwei einmalige Zahlungen von insgesamt 5000bfr (325 DM) vorsieht, abgelehnt – 66% wären nach der Gewerkschaftssatzung notwendig gewesen. Dennoch erschienen am Donnerstag keine 20% der 1100 Arbeiter, am Freitag morgen keine 100 der ersten Schicht zur Arbeit.

EG-Werfthilfeabkommen: Subventionierung der Handels- und Kriegsflotten der großen imperialistischen Staaten

Letzte Woche verabschiedete der EG-Ministerrat als Gegenmaßnahme zur weltweiten Überkapazitätenkrise die 4. Richtlinie über Beihilfen für den Schiffbau. Die Bourgeoisie meldete dies kaum sichtbar als Notiz im „Handelsblatt". Ist diese Richtlinie für sie unbedeutend, daß sie ihr kaum öffentlich Beachtung schenkt? Im Gegenteil. Es ist ein zu heißes Eisen, mit den geplanten Maßnahmen offen herauszukommen. Bis Anfang der 80er Jahre sieht dies Programm eine Kürzung der derzeitigen 165000 Arbeitsplätze im Schiffbau in der EG um runde 80000 vor, also knapp die Hälfte. Die Schiffbaukapazität soll auf 46% reduziert werden, unter Annahme eines weltweiten Rückgangs auf 40%. Die Kosten sollen ab 1978 für fünf Jahre 4,65 Milliarden RE* betragen und in Form von Beihilfen den Werften der EG-Länder zur Verfügung gestellt werden. (Aus: „Sanierung des Schiffbaus in der Gemeinschaft", Ergänzungsschrift zur Richtlinie).

Der Schiffbau hat entscheidende Bedeutung für die Bourgeoisie. Neben dem eignen Bedarf an einer Handelsflotte für den Außenhandel (90% des Außenhandels der EG-Länder werden als Seefracht transportiert) und der Versorgung im Kriegsfall, sowie an Kriegsschiffen, ist sie interessiert, möglichst hohe Profite beim Verkauf von Frachtern und Tankern und beim Seefrachtverkehr zu realisieren. Wesentlicher Konkurrent für die EG-Kapitalisten ist Japan (neuerdings auch Südkorea), das seit Anfang 1950 durch Konzentration von Kapital in großen Industriekonzernen und durch hohe staatliche Subventionen modernste Werften der Massenproduktion aufgebaut haben und die EG-Länder nach und nach von einem 70%-Anteil an der Weltschiffahrtsproduktion 1955 auf 22,6% 1976 verdrängt haben. Die USA und die UdSSR spielen mit ihren relativ nach außen abgeschlossenen Märkten in dieser Hinsicht keine Rolle.

Um aber gegen Japan anzukonkurrieren, im wesentlichen auf dem Gebiet des Tankerbaus und der Massengutfrachter, wird Kapital benötigt, um Investitionen in einem wesentlich stärkerem Umfang als bisher zu tätigen.

600 Mio. RE jährlich zahlten die EG-Länder bisher in den Schiffbausektor als Beihilfen. Die EG-Kommission berechnete aber einen zusätzlichen Bedarf von mindestens 1 Milliarden RE jährlich neben einem Kapitalaufwand von 2,9 Mrd. RE durch die Kapitalisten selber. Diese zusätzlichen Kapitalmengen wäre selbst die BRD nicht in der Lage aufzubringen. Ein Zusammenschluß war und ist zur Zeit aufgrund der andauernden Krise unumgänglich, um sich auf dem Weltmarkt durchzusetzen. Es liegt aber auf der Hand, daß diese Gelder, die aus dem Regional- und Sozialfonds und dem Erlös der Gemeinschaftsanleihen genommen werden sollen, nicht „gerecht" auf alle Werften der EG-Länder gleichmäßig verteilt werden, sondern von den Kapitalisten der großen imperialistischen Staaten, allen voran der BRD, einkassiert werden.

„. . . ihre Gewährung (der Beihilfen) muß an die Durchführung von Maßnahmen gebunden sein, die die Umstrukturierung des Wirtschaftszweiges zum Ziele haben, durch die die Industrie wettbewerbsfähig wird und ohne Beihilfen weiterarbeiten kann", heißt es in der neuen Richtlinie im Gegensatz zur vorherigen, die ausdrücklich Beihilfen zum „Fortbestand der Unternehmen" gewährte.

Mittels dieser Regelung werden die größten und aggressivsten Räuber innerhalb der EG ihre Vormachtstellung in Europa auszubauen versuchen, indem sie gleichzeitig ihr Handelsflottenprogramm durch die EG bezahlen lassen. Damit dies auch auf Kriegsschiffe ausgedehnt werden kann, wurde der Artikel 1 der 3. Richtlinie (zur zivilen Verwendung) ersatzlos gestrichen. – (N-Red.)

* 1 RE gleich ca. 3 DM (gewichteter Durchschnitt aller Gemeinschaftswährungen)

Streik der Metallarbeiter in Baden-Württemberg

Streikende Arbeiter bei Porsche Stuttgart

Das Finanzkapital auf „goldenem Boden"

Internationale Handwerksmesse in München

„Der Welt größter Handwerksmarkt", „diese unbestritten prächtigste Darstellung des Handwerkes", schwadroniert der „Bayernkurier" über die „internationale Handwerksmesse" in München, die vom 11. bis 19.3. veranstaltet wurde.

In seiner Eröffnungsrede erklärte Bundespräsident Scheel: Das Handwerk habe sich ein humanes Verhältnis zur Technik bewahrt und beziehe nicht zuletzt daraus seine geistige Stärke.

Auf diesem, „der Welt größtem Handwerksmarkt" ist allerdings von Handwerksprodukten und Ausstellungsstücken von Mechanikern, Schreinern, Schneidern oder Blechnern nichts zu sehen.

Der eine Teil der gezeigten Handwerksprodukte stammt aus Ländern der dritten Welt, es sind Beutestücke, die um den Pavillon des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit herum aufgestellt wurden. An Länderständen aus Ägypten, Benin, der Elfenbeinküste, Marokko und Paraguay werden Heimtextilien, Holzschnitzereien, Masken und Berberteppiche ausgestellt. Sie zeugen von der großen Geschicklichkeit dieser Völker – dieser Teil der Ausstellung ist auch dafür gedacht, den Kapitalisten das Maul wässrig zu machen beim Gedanken daran, welcher Profit sich aus solch geschickten Händen herauspressen ließe – bei angemessen niedrigen Löhnen natürlich. Wie Schutzbestrebungen dieser Länder zu unterlaufen wären, darüber informiert das Bundesministerium zusammen mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern:

Angeboten werden Kontaktaufnahmen mit Partnerländern, Information über Einfuhrvorschriften, Importnachweise, Nachweis von Absatzmöglichkeiten, Vertragsabschlüsse und Zollauskünfte.

Der andere Teil der Handwerksprodukte dient der Versorgung der durch die Messe streunenden Bourgeoisie. Da ist Handarbeit noch gefragt: Alphörner für die Halle – auch beim Swimmingpool aufzuhängen, Patentaller, mechanisches Läutwerk, fürs Dinner eine Zinnbechergaranitur oder Familienwappen für den rustikalen Frühschoppen.

Der größte Teil der Ausstellung wird von den Maschinenbaukapitalisten eingenommen. Gezeigt werden Kompaktlader zur Reduzierung der Transportwege im Betrieb, Trennschleifmaschinen, mit denen die eigentliche Schleifarbeit beträchtlich verkürzt werden kann, Messerschleifmaschinen mit denen höhere Präzision und Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden kann. Universalhobel- und -kehlmaschinen werden ausgestellt, wie sie bereits 50% der Schreiner anschaffen mußten, und die rund 100000 DM kosten. An einem Stand „REFA im Handwerk" wird profitable Kapitalanlage durch Einführung der Akkordarbeit an den neuen Maschinen demonstriert.

Herz der Messe ist der „zentrale Informationsstand ‚Handwerk – Partner der Industrie'". Beratend tätig war dort bei unserem Besuch ein Vertreter der Handwerkskammer Passau: „Die (Handwerker – Red.) meinen, wenn sie einen Überschuß von 100000 DM im Jahr machen, das wär was, und sie könnten sich davon modernisieren. Wir rechnen ihnen dann vor, wieviel noch übrig bleibt, wenn die Steuer bezahlt ist . . ., und dann muß man auch noch abziehen, was die zum Leben brauchen. Da bleiben dann noch 20000 bis 30000 DM. Das ist gar nichts. In einem solchen Fall raten wir zu einer Umschulung."

„Wo es sich lohnt, vermitteln wir Bankkredite. Da ist aber die Voraussetzung, daß der Absatz gesichert ist. Da empfehlen wir, als Zulieferer für die Industrie feste Verbindungen einzugehen."

Das handwerkliche Eigentum, die handwerkliche Produktion, durchgeführt mit veralteten Produktionsmitteln, kann der Konkurrenz des Kapitalisten, der moderne Produktionsmittel und statt Einzel- und Kleinproduktion gesellschaftliche Produktion einzusetzen vermag, nicht standhalten. Die Preise des Handwerkers werden unterboten, und er wird vernichtet. Das geschieht massenhaft. In der Zeit von 1968 bis 1977 wurden in Bayern 30000 von 130000 Handwerkern ruiniert.

Das ist der erste Teil vom „humanen Verhältnis zur Technik", den sich das Handwerk nach Walter Scheel bewahrt hat. Der zweite ist: Auf der Suche nach profitabler Anlage durchdringt und unterwirft sich das Kapital alle Bereiche. Die Handwerker zwingt es zum Übergang zur industriellen Produktion, was Schuldknechtschaft bei Banken und Staat bedeutet. Nach Angaben des Präsidenten der Handwerksvereinigung Schnitker ist die Eigenkapitalbasis der Handwerker in den letzten Jahren im Durchschnitt um 27% auf etwa 40% gesunken.

Die Volksbank hat eigens Buslinien eingerichtet, um die Handwerker aus dem ganzen Land zu dieser Messe zu schaffen, damit sie dort entsprechend beraten werden. Zu demselben Zweck unterhalten die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank und die Landessparkasse Pavillons auf der Messe.

Sei es, daß das Kapital über die Vermittlung der Vertreter der Handwerkskammer oder im Rahmen der Mittelstandsförderung im Bereich des Handwerkes nach Anlage sucht, die 774000 Beschäftigten in den bayerischen Handwerksbetrieben, die Handwerker, die einen 12- bis 14-Stunden-Tag haben und ihre ganze Familie in die Produktion einspannen, quälen sich, um dem Finanzkapital seine Verzinsung zu sichern. Diese Tributzahlungen, das Preisdiktat für die zuliefernden und dienstleistenden Handwerker, die Senkung des Lohnniveaus und die Möglichkeit, scheinheilig im Namen des notleidenden Handwerkes – „das erhalten werden muß" – die Streichung ausbildungshemmender Vorschriften zugunsten der Monopole zu fordern – das ist es, was eine derartige Leidenschaft für die sittlichen Werte des Handwerkes bei den Vertretern des Finanzkapitals hervorgerufen hat und sie zu so fanatischen Anhängern der Mittelstandsförderung macht. – (S-Red)

Kfz-Handwerk Hamburg: 6,8 Prozent mehr Lohn

Am 16. März waren die Kfz-Kapitalisten in Hamburg gezwungen, einen Vertrag zu unterschreiben, wonach sie für die 8.000 Arbeiter und Angestellten ab dem 1. April 6,8% mehr Lohn und Gehalt, 40 DM für März zahlen müssen.

Die Forderungen der IG Metall waren 9%, mindestens 76 Pfennig sowie Leistungszulagen für Angestellte. Die Kapitalisten wurden gezwungen, von ihrem „Angebot" von 50 Pfennig die Stunde, was schon relativ hoch war, runter zu gehen, weil die Stimmung der Kfz-Arbeiter für Kampf war. Klar war der Wille, Schluß zu machen mit den dauernden Lohnsenkungen: „Im Kfz-Handwerk lassen wir den Hund raus – volle Erfüllung der Forderungen!".

Wie ist die Lage in den Kfz-Werkstätten? Hier muß man unterscheiden zwischen den Großwerkstätten von VW, Opel, BMW, Renault und kleineren Werkstätten. Alle haben die Auftragsbücher voll. Die Autos, die im Akkord am Band hergestellt werden, verschleißen frühzeitig, weswegen die Arbeiter ihr Auto heute öfters reparieren lassen müssen als früher. Die Konkurrenz unter den Werkstätten ist jedoch scharf, immer mehr kleinere Betriebe gehen ein. Für die Arbeiter bedeutet das den verschärften Zwang zu Überstunden. Durch ein Leistungslohnsystem, das dem Akkord entspricht, aber für ganze Reparaturen oder Autos gilt, sollen die Arbeitskräfte verschärft ausgebeutet werden. Von den 45 bis 70 DM, die die Kfz-Kapitalisten von den Autohaltern kassieren, bekommt der Arbeiter nur zwischen 8,55 und 12 DM. In keinem anderen Bereich ist die Schwarzarbeit so verbreitet wie im Kfz-Handwerk, die die Arbeiter machen, um die Familie ordentlich ernähren zu können. Diese Lage zwang zum Kampf. Bei VW-Wichmann streikten in den Werkstätten Billstedt und Bergedorf die Arbeiter am 14. März. Genauso bei BMW. Knapp 700 Arbeiter beteiligten sich nach Angaben der Gewerkschaft an den Kurzstreiks. Die Konkurrenz und ihre Lage auf dem Markt hat die Kfz-Kapitalisten gezwungen, aus der Front der Metallkapitalisten auszubrechen nach den Streiks und einen Tag vor Ablauf des Ultimatums der Tarifkommission – am 17. März sollte beim Hauptvorstand der IG Metall das Scheitern beantragt werden – bei 6,8% abzuschließen.

Was bedeutet der Abschluß für die Arbeiter? Aufgrund der Situation, daß im Kfz-Handwerk . hauptsächlich Facharbeiter arbeiten (Mechaniker, Lackierer, Karosserieschlosser), wirkt die Prozentforderung für sie wie ein Festbetrag. Die Arbeiter bekommen im Monat zwischen 100,40 bis 120 DM mehr. Das ist ein Erfolg im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen. Die Forderungen der Angestellten wurden nicht erfüllt. Das macht den Abschluß knapp. Für die Lehrlinge, die in kleineren Werkstätten oft die Mehrheit der Belegschaft ausmachen, reicht der Abschluß nicht. Sie bekommen nur 20 bis 30 DM mehr. Dagegen zeichnet sich jedoch der Kampf schon ab, eine gewerkschaftliche Jugendgruppe der IG Metall im Kfz-Handwerk soll gegründet werden.

Der Abschluß in diesem Tarifkampf war nur durch die Streiks möglich. Ausgehend von diesem Erfolg werden die Kfz-Arbeiter zusammen mit den Lehrlingen den Kampf führen für die Abschaffung des Leistungslohns. Dieser Akkord wurde z.B. bei der Deutschen Renault nach Forderungen der Arbeiter und des Betriebsrates abgeschafft. Der Erfolg dieses Vertrages ist nur zu halten, wenn sich die Arbeiter mit den Angestellten und Lehrlingen zusammenschließen für die Forderung nach 8 Stunden-Normalarbeitstag und Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich. – (KJB Metallzelle, Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Tarifkalender

Metallverarbeitende Industrie

Nordverbund (Schleswig-Holstein, Hamburg, Unterwesergebiet, Nordwestliches Niedersachsen): Ecklohn 7,99 DM. Forderung: Erhöhung Tariflöhne um 8%, für die Lohngruppen unter Ecklohn um 0,64 DM pro Stunde (gleich 111 DM), Tarifgehälter um 8% mindestens 111 DM, 50 DM für jedes Ausbildungsjahr. Am 23. Februar Verhandlungen abgebrochen, Kapitalisten hatten 3% als Ultimatum gestellt. Gewerkschaft beschloß Scheitern und Anrufung der Schlichtungsstelle am 1.3. Schlichter benannt, Friedenspflicht bis 11.4.

Niedersachsen: Ecklohn 7,95 DM. Forderung: 7,8%, für LG I–VI 107 DM, 60 DM für Lehrlinge, Anhebung Leistungszulage im Gehaltstarifvertrag von 7,5% auf 10% im Betriebsdurchschnitt, Beseitigung Lohnschlüssel, Monatslohn. Angebot der Kapitalisten 3%. Am 16.2. brach IGM die Verhandlungen ab, am 23.2. erklärte die IGM das Scheitern. Schlichtung läuft. Friedenspflicht bis 28.3.

Westberlin: Ecklohn 7,99 DM. Forderung: 7,5%, zusätzliche Anhebung der LG 1 und 2 um 2%, 50 DM für Lehrlinge. 3%-Angebot, Verhandlungen am 23.2. von der IGM als gescheitert erklärt. Schlichter: Professor Erwin Gaber (ehemals Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte)

VW: Lohngruppe 6 (unterste Facharbeitergruppe): Grundlohn 9,55 DM, Akkordverdienst 12,80 DM, erste Zeitlohnstufe 11,47 DM. Kapitalisten haben bisher kein Angebot vorgelegt. Am 14.3. hat Hauptvorstand IGM das Scheitern erklärt. Forderung bei VW: Vorweganhebung der Lohngruppen 3b bis 5 um 0,20 DM bis 0,10 DM, 8%, für Lehrlinge 90 DM.

Nordrhein-Westfalen: Ecklohn 7,99 DM. Forderung 8%, 1. und 2. Lehrjahr 50 DM, 2. und 3. Lehrjahr 40 DM. Kapitalisten boten 3%. In Urabstimmung 86% für Streik. Hauptvorstand hat Termin des Streiks noch nicht festgelegt. Samstag 18.3. erneute Verhandlungen. Schlichter: Professor Otto Blume

Hessen: 7,99 DM Ecklohn. Forderung 8%, 50 und 40 DM für Lehrlinge, Tarifvertrag zur Besitzstandssicherung. Angebot der Kapitalisten: 3%. Schlichtung ist bis Montag verlängert worden. Schlichter: Gutowski (Sachverständigenrat)

Saarland: 7,99 DM Ecklohn. Forderung wie Hessen. Scheitern erklärt, vom Hauptvorstand bisher noch nicht beschlossen. Kapitalisten boten 3%.

Rheinhessen-Pfalz: 7,99 DM Ecklohn. Forderung wie Hessen, zusätzlich Streichung § 23 Absatz 6 Manteltarif (Urlaubskürzung bei Freistellung). Schlichtung beginnt Dienstag, 21.3. Angebot der Kapitalisten: 3%.

Nordwürttemberg/Nordbaden: Ecklohn 7,99 DM. Forderung 8%, Anhebung LG 1 und 2 auf Höhe LG 3, Tarifvertrag zur Besitzstands- und Eingruppierungssicherung. Erstes Angebot der Kapitalisten: 3,5%, die Kapitalisten wollen keinem Angebot mit mehr als einer 4 vor dem Komma zustimmen. Derzeit 80000 im Streik, Aussperrung für Montag in 90 Betrieben für 200000 Lohnabhängige angekündigt. Samstag, 18.3., sind erneut Verhandlungen. Schlichter: Horn (Oberlandesgerichtspräsident)

Südbaden: Ecklohn 7,99 DM. Forderung wie Nordwürttemberg / Nordbaden. Am 9.3. Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen, keine Schlichtung beantragt. Kapitalisten hatten 3,5% geboten.

Südwürttemberg / Hohenzollern: Ecklohn 7,97 DM. Forderung wie Nordwürttemberg / Nordbaden. Verhandlungen am 2.3. ohne Ergebnis vertagt. Angebot ebenfalls 3,5%.

Bayern: Ecklohn 7,99 DM. Forderung 8%. Erhöhung zur Errechnung der Leistungszulagen. Tarifkommission hat am 13.3. Scheitern erklärt und Schlichtung beantragt.

Öffentlicher Dienst, Bahn und Post

Der staatliche Dienstherr hat am 17.3.78 ein Angebot von 3,7% vorgelegt und 1 Tag Urlaub. Die Forderung der Gewerkschaft ÖTV: 7,5% mehr Lohn und die Angleichung des Urlaubs an die Regelung in der Industrie. Die Forderung der DAG: 6,5% mehr Lohn. Die nächsten Verhandlungen sind am 5. April.

Chemieindustrie

Tarifverträge der Bezirke Rheinland-Pfalz, Nordrhein, Hessen und Niedersachsen zum 30. März bzw. 30. April sind gekündigt. Die Schlichtung zum Manteltarifvertrag ist gescheitert, es besteht keine Friedenspflicht mehr.

Druckindustrie

Forderung der IG Druck: Erhöhung der Löhne und Lehrlingslöhne um 7,5%, für die regionalen Angestellten-Tarifverträge empfahl der Hauptvorstand ebenfalls 7,5%.

Bauindustrie

Forderung der IG Bau: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,7%, Verdoppelung des Einstiegs in das tariflich abgesicherte 13. Monatseinkommen von 36 auf 72 Gesamttarifstundenlöhne. Kapitalisten machten am 2.3., dem ersten Verhandlungstag, kein Angebot. Nächster Verhandlungstermin: 20. März. Bei den Verhandlungen um den Manteltarif ist die Schlichtung gescheitert und damit die Friedenspflicht erloschen.

Sachliche Probleme im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen

Die gegenwärtigen Lohnbewegungen scheinen – vor allem in jenen Forderungspunkten, die als „Nebenforderungen" bezeichnet werden – sehr verschiedener Natur zu sein. Und es ist ja auch schon reichlich versucht worden, über solche Verschiedenheiten zu spalten. Auf der anderen Seite besteht ein starker Zusammenhang aller dieser einzelnen Kämpfe. Die gegenseitige Unterstützung ist groß. Woher kommt diese Zersplitterung und Vielseitigkeit und woher der starke Zusammenhalt?

Die schleichende, langsame, kaum merkliche Senkung des Reallohns, die in dem kapitalistischen Lohnsystem unvermeidlich ist, wurde von den Kapitalisten in den letzten Jahren in eine jähe, abrupte, plötzliche, absackende Bewegung der kaufkräftigen Löhne verwandelt. Welche Methoden wendeten die Kapitalisten an?

1. Zuerst nutzten die Kapitalisten die Möglichkeiten der Fälschung der Preissteigerungsrate aus und setzten Bruttolohnerhöhungen durch, die der wirklich vom Arbeiter zu tragenden Teuerungslast nicht entsprachen. Dabei nutzten sie die Verschiedenheit der Teuerungsraten für die unabdingbaren Konsumgüter der Arbeiter und für ihren Luxuskonsum aus. Um einen Ausgleich zu erzielen, wären Lohnforderungen nötig gewesen, die beim Anderthalbfachen bis Doppelten der Teuerungsrate gelegen hätten, vor allem aber wären Abschlüsse erforderlich gewesen, die in den unteren Entlohnungsklassen erheblich mehr gebracht hätten als in den höheren.

Auf diesen Schachzug der Kapitalisten antwortete die Arbeiterklasse mit der immer breiteren Entwicklung der Forderung nach Festgelderhöhungen oder nach Mindesterhöhungen, deren Notwendigkeit seitdem im Bewußtsein jedes kämpfenden Proletariers fest verankert ist.

2. In jenem Zeitraum, ungefähr beginnend 1968, entschlossen sich die Kapitalisten ferner, durch Erhöhung der fixen Kosten des Arbeiterhaushaltes einen Teil des Lohnes in ihre Schatulle zurückschaffen zu lassen. Sie vereinheitlichten die staatlichen Verwaltungen auf Erhöhung der Preise von Strom, Gas, Wasser, Straßenbahn, Sozialmieten. Gegen diese Erhöhungen gab es Kämpfe der Volksmassen. Der Kampf gegen die Mieterhöhungen wurde durch das Wohngeldmanöver abgefangen. Im Kampf gegen die Erhöhungen von insbesondere den Straßenbahnpreisen wurden die Massen in Straßenkämpfen geschlagen.

Im Effekt fließt heute ein enormer Teil der Lohngelder auf diesen Wegen zurück in die Kassen der Kapitalisten; insbesondere auch, weil die Ölpreisrichtigstellungen der OPEC-Länder brutal auf die Mineralölsteuer geschlagen wurden, so daß Umsteigen auf den PKW zu einer enormen Besteuerung des mobilen Verkehrs führte.

Der Versuch, durch politische Kämpfe damals, 1973 im Herbst, die Aufhebung dieser Notstands- und Krisenmaßnahmen zu erzwingen, führte infolge der Gegenarbeit des Opportunismus zu keinem Erfolg. Wenigstens zu keinem wirtschaftlichen Erfolg.

3. Sodann beschlossen die Kapitalisten, die unmittelbare Steuer auf den Lohn drastisch heraufzusetzen. Die sozialdemokratische Regierung begann eine Steuerreform. Die sozialdemokratische Regierung war dazu in der Lage, weil die Reformisten eine wuchtige Propaganda für Besserung der „öffentlichen Leistungen" durchführten. Klar, daß man für diesen Fortschritt auch das Geld brauchte. Die Steuerlast auf dem Bruttolohn wuchs ins Absurde. Diesen Weg, da er automatisch und also unauffällig zu begehen ist, gingen die Sozialdemokraten bis vergangenen Herbst.

In der Arbeiterbewegung breitete sich die Forderung nach einem Steuerfreibetrag aus, der den Arbeiter von der gesetzlichen Pflicht enthebt, die Kosten seiner Unterdrückung auch noch aus Lohngeldern bestreiten zu müssen.

Die Sozialdemokraten antworteten mit einer Abfangbewegung; sie lockerten mit der letzten Reform den Würgegriff der Lohnsteuer um ein weniges und schafften sich so etwas Luft und Spielraum. Außerdem: Ganz wie sie das Wohngeld erfunden hatten, als der Lohn zur Zahlung der Miete nicht mehr reichte, erhöhten sie das „Kindergeld", um eine abstumpfende Wirkung zu erzielen.

Aber die Kapitalisten tropfen inzwischen von dem Lohnsteuergeld, die Steuerlast auf ihre Kapitalien wird gesenkt und über die Zinszahlungen für die Staatsschuld verwandelt sich die abgezogene Lohnsteuer direkt in Profit der Kapitalisten.

4. Ungefähr zu dem Zeitraum, in dem die Steuerschraube angedreht wurde, erkannten die Kapitalisten, daß es möglich sein würde, den von der Sozialdemokratie betrogenen Arbeitermassen weitere ungeheure Summen über die Versicherungen abzuknöpfen. Besserung der Leistung der Krankenkassen, Besserung der Leistung der Rentenkassen, Besserung der Leistung der Arbeitslosenversicherung wurden „groß geschrieben" und *dick* bezahlt. Als dann die kapitalistische Wirtschaft die Arbeitslosigkeit von einer Million hervorbrachte, als dann die Kapitalisten die Ausbeutung so gnadenlos steigerten, daß frühe Rente, dauernde Krankheit und entsprechende Kosten der Profitproduktion enorm anwuchsen, erklärten sie sich in allen Fällen für unzuständig und seitdem ist die Rede vom „Rentenloch", vom „Loch in der Arbeitslosenversicherung", von der „Kostenexplosion im Gesundheitswesen".

Unter diesen fadenscheinigen Vorwänden wurden enorme Beträge aus den Arbeitern herausgelockt, alles unter dem Schlachtruf „Solidarität". Die Arbeiterbewegung antwortete mit Kritik der Beraubung der Versicherungskassen. Heute fordern große DGB-Gewerkschaften die Selbstverwaltung der Versicherungskassen. Dabei schwebt den Sozialdemokraten weniger vor, diese Versicherungskassen von den Arbeitern selber verwalten zu lassen, sondern vor allem, sie exklusiv allein zahlen zu lassen.

Politische Kämpfe gegen die Gesetze zur Kostendämpfung, gegen die Beitragserhöhungen und für die Selbstverwaltung waren die Antwort der Arbeiterbewegung. Umkämpft ist die Forderung nach Bezahlung ausschließlich durch die Kapitalisten, die in den Gewerkschaften bisher nicht gegen die Sozialdemokratie durchgesetzt werden konnte.

5. Zu diesen Maßnahmen, durch die aus der ganzen Arbeiterklasse und nicht selten per Zugriff auf die Börse jedes einzelnen Lohnabhängigen, ob er nun in Arbeit für einen Kapitalisten stand oder nicht, Mittel, die aus dem Arbeitslohn kommen, in Profite der Kapitalisten verwandelt wurden, gesellten die Kapitalisten die Maßnahmen der Senkung des Lohnes durch Umstrukturierung der Arbeit selber.

Legion sind die sogenannten „Umsetzungen", durch die bei Einführung neuer Produktionsmethoden oder auch nur unter entsprechenden Vorwänden Arbeiter bis zu dreißig Prozent ihres Bruttolohnes beraubt wurden. Beliebt auch die Methode, Arbeiter eine Lohngruppe oder auch zwei höher zu entlassen im Vertrauen darauf, daß der Arbeitsmarkt schon Kräfte auf die niedrigere Gruppe zwingen würde.

Von diesen Methoden waren auch die mittleren Entlohnungsklassen erheblich betroffen. Sie mußten große Einbußen hinnehmen. Die richtige und passende Antwort auch hier: Festgeldforderungen, Mindestforderungen, die allein den Lohn auch für die niedrig und niedrigst gezahlte Arbeit erträglich machen und so alle schützen. Notwendig auch die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen.

6. Um diese ganzen Angriffe auf den Lohn durchführen zu können und den Widerstand der Arbeiter abzustumpfen, hatten die Kapitalisten von ihren Geldfachleuten eine besonders gemeine Methode aushecken lassen. Sie erfanden das 312-, später 624-Mark-Gesetz, nach dem Arbeiter zum Zwangssparen gezwungen werden, wenn sie nicht einen dicken Lohnverlust hinnehmen wollen. In den ganzen letzten Jahren kam es auf diese Methode zustand, daß die Sparguthaben der Arbeiter zunahmen, während der Lohnstandard absank. Die Reserve auf dem Konto schafft selbstverständlich eine gewisse Beruhigung. In bezug auf größere Anschaffungen sozusagen auch mit materieller Grundlage. Als jetzt Zug um Zug diese Sparverträge ausgelaufen sind, kam es zu dem großen PKW-Boom, den ja jedermann vor Augen hat.

Die Automobilkapitalisten haben von dieser Sparerei einen wuchtigen Boom. Die Arbeiter haben davon die ökonomische Täuschung, denn von dem Geld, von dem sie sich heute das erforderliche Auto kaufen können, dies Geld, das jetzt im Zusammenhang mit Krediten reicht, um zu kaufen, wird auf Basis der bereits jetzt wachsenden Vefschuldung bei den Banken nicht mehr ausreichen, wenn das jetzt angeschaffte Auto kaputt ist.

Die Verhüllung, die durch das Zwangssparen eintritt, ist enorm und die Zwangssparerei hat nicht nur den Kapitalisten während der ganzen Ansparzeit äußerst billiges Kreditgeld verschafft, sondern dies Geld hat auch noch dazu gedient, als Spaltmittel in den erforderlichen Lohnkampf geworfen zu werden, weil es über die tatsächliche wirtschaftliche Lage des Arbeiterhaushalts hinwegtäuscht.

7. Alle diese Maßnahmen haben die Kapitalisten damit verbunden, schneller arbeiten zu lassen. Durch pure Schinderei wollten sie Profite herausholen, die hinreichen, um ihre Maschinerie für die imperialistische Konkurrenzschlacht umzurüsten.

In der Druckindustrie ist die Umrüstung verhältnismäßig weit gediehen. Seitdem sieht man, daß die Kapitalisten durchaus wissen, was sie mit dem sogenannten „Schülerberg" anfangen wollen. Wie das?

In der Druckindustrie werden jetzt Arbeitsmethoden eingeführt, die tatsächlich nur noch mit Hochleistungssport wie Bundesligafußball oder Profiboxen vergleichbar sind.

Im großen und ganzen ist es eine physiologische Unmöglichkeit, 260 Anschläge per Minute über ein Alter von vielleicht 35 Jahren hinaus durchzuhalten. Diese Anschlagzahl wird aber an den neuen Bildschirmgeräten verlangt. Die Kapitalisten der Druckindustrie maßen sich an, Generation um Generation von Arbeitern im Zustand gänzlicher Frische für ihren Profit zu verspeisen und sie als gebrauchte und verbrauchte Ware auf den Arbeitsmarkt zurückzustoßen, wenn *sie* sich gesund gestoßen haben.

Der hartnäckige Kampf der Drucker gegen diese bestimmte Sorte *Unmenschlichkeit* ist kein Wunder. Eher schon erstaunlich, daß sich die anderen Kapitalisten diesem Exklusivansinnen der Druckkapitalisten nicht ein wenig widersetzen. Aber der „Schülerberg" ist ja so groß. Und wird nicht vom Lehrstellenmangel geredet? Es ist genug für alle da, mögen die Kapitalisten denken.

Wir vermuten, daß der nächste Bereich, in dem Derartiges durchgesetzt werden soll, die Verwaltungen der öffentlichen Dienste sind. Wir wissen, daß die Arbeit an den neuen Texterfassungssystemen enorm intensiv ist und nicht sehr lange ausgehalten werden kann. Im öffentlichen Dienst, insbesondere den Verwaltungen ist aber viel durch Textverarbeitungsanlagen herauszuholen. Und die oberen Dienstherren der öffentlichen Dienste sprechen auch schon von der breiten Einführung der Teilzeitarbeit; es sollen Arbeiten eingeführt werden, die einen binnen vier Stunden völlig müde machen und ganz und gar erschöpfen.

Alle diese Punkte zusammengenommen machen den Inhalt der gegenwärtigen Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen aus, der innere Zusammenhang sticht ebenso ins Auge wie auch die politischen Aufgaben ins Auge stechen, die unvermeidlich von dieser Bewegung gelöst werden müssen.

Die nächste Aufgabe ist gewiß der Kampf um Erhöhung des Bruttolohnes in den abzuschließenden Tarifen, aber jetzt schon muß die Bezahlung aller Versicherungskosten der Arbeitskraft von den Kapitalisten verlangt werden, die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung ist ja so gut wie geplant und die Erhöhung der Versicherungskosten für die Renten ist bereits beschlossen. Eine politische Antwort tut not. – (Z-Red.)

Beginn der Schlichtungsverhandlungen für Nordverbund

Hamburg. Stimmberechtigter Vorsitzender der Schlichtungsstelle ist der ehemalige Hamburger Bürgermeister und jetzige Rechtsanwalt Peter Schulz. Nicht stimmberechtigter Vorsitzender ist der Präsident des Landesarbeitsamts Schleswig-Holstein/Hamburg Eduard Bovensiepen. Nach Zusammentreten der Schlichtungsstelle muß innerhalb von fünf Werktagen ein Einigungsvorschlag unterbreitet werden. Ist dies innerhalb dieser Frist nicht möglich, kann sie um weitere drei Werktage verlängert werden.

Betriebsrat Mannesmann Huckingen gegen 4-%-Abschluß

Duisburg. Für die Stahlarbeiter bringt der 4-Prozent-Abschluß gerade 20 bis 25 DM netto mehr. Das ist drastische Lohnsenkung. Weisweiler, Vorstandsmitglied bei Mannesmann und Verhandlungsführer der Stahlkapitalisten, hat vor dem Abschluß geäußert, daß Mannesmann in der Lage sei, mehr zu zahlen als die 4%. Nach dem Abschluß hat er erklärt, daß er das ja nun nicht mehr nötig habe. Die eingesparten Lohngelder will er für Rationalisierungsinvestitionen nutzen, im Werk Hukkingen allein wurden 125 Arbeitsplätze wegrationalisiert, bei Mannesmann insgesamt 3%. Die Vertrauensleuteversammlung Mannesmann Huckingen hat den 4-%-Abschluß einhellig verurteilt. Daraufhin mußte auch der Betriebsratsvorsitzende Knapp auf der Betriebsversammlung am 14. März den Stahltarifabschluß als zu niedrig ablehnen. Der Betriebsrat forderte von den Mannesmann-Kapitalisten 7%. Diese Forderung wurde durch den Beifall der Arbeiter bekräftigt.

IGM-Vorstand erklärt Scheitern der Verhandlungen bei VW

Wolfsburg. Am Mittwoch, den 15. März, hat der IG-Metall-Vorstand das Scheitern der Tarifverhandlungen bei VW beschlossen. Damit beginnt die Schlichtung. Die IG Metall hat als Schlichter den früheren Arbeitsdirektor von Peine und Salzgitter benannt.

VW-Werk Kassel: Arbeiter demonstrieren zur Tarifkommission

Kassel. Am Donnerstag, den 9. März, tagte die Große Tarifkommission in der Kantine der Halle 2. Ab 8.30 Uhr legten 400 Arbeiter aus den Hallen 1, 2, 4 und 8 bis zu zwei Stunden die Arbeit nieder und machten einen Demonstrationszug zur Tarifkommission, um sie aufzurufen, sofort ein Angebot von Schmücker einzuholen und insbesondere die geforderte Vorweganhebung umgehend durchzusetzen. Die Gießerei-Arbeiter gingen voran, sie hatten ein Transparent gemalt: „Wir sehen rot – kein Angebot!" Im Getriebebau, wo die Arbeiter zunächst noch unentschlossen waren, änderte sich die Haltung schnell, als bekannt wurde, daß die Sozialdemokraten im Vertrauensleutekörper dem Betriebsrat den Vorschlag gemacht hatten, drei Samstagsschichten zu fahren, um die erste Maiwoche vorzuholen.

Japan baut Lkw-Produktionsanlagen in Irland aus

„Schwere Lastwagen werden nicht direkt von Japan nach Großbritannien exportiert werden", hat der japanische Handels- und Industrieminister der britischen Regierung in einem Brief mitgeteilt, die eine Zusicherung über Importbeschränkungen bei japanischen Autos verlangt hatte. Der Brief ist eine Ankündigung einer neuen Exportoffensive. Der japanische Konzern Hino, nach Mercedes-Benz zweitgrößter Lkw-Hersteller der Welt, hat große Produktionsanlagen in Irland, die weiter ausgebaut werden sollen. Nachdem Hino den irischen Lkw-Markt über 2,5 Tonnen zu 63% beherrscht und bei schweren Lkw Ford aus der ersten Position verdrängt hat, soll jetzt von Irland aus der britische Markt erobert werden.

Ford Genk: Arbeiter verhindern Einsatz von Streikbrechern

Köln. Arbeiter des Hauptwerkes Köln-Niehl, die Transporte nach Genk durchführten, haben berichtet, daß auch in den letzten beiden Tagen die streikenden Genk-Arbeiter das Einschleusen von Streikbrechern trotz Polizeieinsatzes verhindert haben. Im Werk steht die Produktion. Inzwischen hat sich auch die belgische Regierung eingeschaltet, um den Streik zu unterdrücken.

Österreich: Metalltarifkampf eröffnet

„Nur 86 Streikstunden in Österreich – Das bisher niedrigste Jahresergebnis" hatte die „Süddeutsche Zeitung" noch melden können. Die Meldung war falsch plaziert. In Österreich stehen die Tarifauseinandersetzungen für etwa 600000 Arbeiter verschiedener Branchen, darunter Metall, bevor. Anfang März traten die ca. 780 Arbeiter und Angestellten der Austria Tabakwerke in Linz, Wien und Hainburg erfolgreich gegen Prämienkürzungen in den Streik. Die Metallarbeiter der Maschinenfabrik Koenig und Bauer/Mödling (bei Wien) streikten für eine innerbetriebliche Lohnerhöhung zwei Tage lang. Die Kapitalisten müssen eine einmalige Prämie von 1500 Schilling (210 DM) zahlen und Verhandlungen über den von ihnen gestrichenen Fahrtkostenzuschuß aufnehmen. Die Belegschaft von Sacher Technik Wien (Halbleiterproduktion) hat auf einer Betriebsversammlung einstimmig für den Metalltarifkampf die Festgeldforderung von 1000 Schilling (140 DM) beschlossen. Donnerstag, den 16. März, wurde der Metalltarifvertrag, der letztes Jahr unbefristet abgeschlossen wurde, gekündigt.

Ölschieferabbau: In 30 Jahren 100 Millionen Tonnen Öl

Braunschweig. „Das wirtschaftliche Wachstum Niedersachsens ist abhängig von der Ausweitung des Energieangebots. Deshalb müssen alle verfügbaren Möglichkeiten auch im eigenen Lande ausgeschöpft werden, die die Verfügbarkeit an Energieträgern erhöhen", beschreibt der Landesentwicklungsplan Niedersachsen bis 1985 die angestrebte Sicherung „heimischer" Rohstoffbasen für die westdeutschen Imperialisten.

Ab 1984 sollen in einem 64 qkm großen Gebiet zwischen Braunschweig und Wolfsburg um Schandelah 2,0 Milliarden Tonnen Ölschiefer abgebaut werden, so die Pläne der Braunschweigischen Braunkohlebergwerke (BKB) und der Bundesregierung. Zu 85% wird das Projekt von der Regierung gefördert. Der bundeseigene VEBA-Konzern ist an dem Projekt direkt beteiligt. 4 Mrd. DM sind bisher ausgegeben worden.

Ölschiefer, das ist ein tonartiges Gestein mit Gehalt an organischer Substanz, dem Kerogen (Ölerzeuger). Durch Erhitzen in besonderen Schwelöfen bei Temperaturen von 400 bis 500 Grad wird das Rohöl gewonnen. Innerhalb von 30 Jahren sollen aus dem Schandelaher Schiefer rund 100 Millionen Tonnen Öl gewonnen werden (nach Angaben der Bundesanstalt für Geowissenschaften, BZ 21.7.77). Insgesamt sind das 125% der bisher angenommenen Ölvorräte in der BRD.

Die Gier der Imperialisten zum Höchstprofit läßt sie immer gigantischere Pläne aushecken. 1 Milliarde DM an „Produktionswerten" (sprich Umsatz) erhoffen sich die BKB-Kapitalisten jährlich (nach einer Anzeige der BKB in BZ vom 31.10.77). Es ist der Profit, der sie treibt. Seit über 100 Jahren besitzen sie die Braunkohlereviere in Helmstedt. 1976 haben sie den Arbeitern einen Bilanzgewinn von 20,87 Mio. DM abgepreßt. Die Dividende ist von 1975 auf 1976 von 12 auf 14% gestiegen. Die Profite aus der Ölschieferverarbeitung lassen sich nur erahnen.

Weiter werden mineralische Rohstoffe von 1 Million Tonnen vermutet. Darunter Kupfer, Kobald, Nickel, Vanadium, Thorium und Uran. Die BRD-Imperialisten sind zu 9/10 abhängig von Rohstoffimporten. Diese erwarteten seltenen, aber wichtigen Rohstoffe würden sie ein Stückchen weiterbringen in der erstrebten Unabhängigkeit.

Augenblicklich finden mit einem Kostenaufwand von 4,5 Mio. DM Probebohrungen statt. Bisher wird nur auf staatlichem Boden, einem Truppenübungsplatz, gebohrt. Auf die Äcker der Bauern trauen sie sich nicht, da wissen sie, daß sie nicht rauf kommen.

Die Bauern, die Arbeiter, die dort wohnen, sind gegen die Ölschieferpläne. 45 Bauern würden mit Sicherheit ihre Existenz verlieren, 3005 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche würde vernichtet. Ob das Dorf Flechtorf (2000 Einwohner) vernichtet werden soll, darüber bewahren die BKB-Kapitalisten Stillschweigen. Waldbestände von 1340 ha würden umgewälzt. Allein 16 Tonnen giftiges Schwefeldioxid jährlich würde das geplante 600 Megawatt-Kraftwerk in die Luft blasen. Gegen die ehrgeizigen Pläne der Imperialisten, das Gebiet um Schandelah in eine riesige Müllhalde zu verwandeln, sind bisher über 20000 Unterschriften von der Bürgerinitative „Ölschiefer" gesammelt worden.

Die niedersächsiche Landesregierung und das Braunschweiger Verwaltungspräsidium schlagen die Taktik des Wir-Wissen-Noch-Nicht-Genau ein. Albrecht, von Redakteuren der „Braunschweiger Zeitung" dazu befragt: „Ich sehe nicht, daß zu meiner Regierungszeit hierzu aktuelle Entscheidungen zu treffen sein werden." (BZ, 14.3.78) Ravens: Die Sache müsse „mit Sorgfalt" geprüft werden (BZ, 16.3.) „Neutrale Gutachter" und wissenschaftliche „Beiräte" werden gefordert. Auf der anderen Seite werden aber vom niedersächsischen Wirtschaftministerium für 11,3 Mio. DM Untersuchungen über den Umfang des Vorkommens gemacht. In einer Presseinformation teilt das Ministerium am 3.3.78 mit: „In Teilgebieten Südniedersachsens wurden umfangreiche Ölschiefervorkommen mit wirtschaftlich interessanten Gehalten nachgewiesen. Die Gesamtvorräte sind mit Sicherheit beträchtlich höher als die bisher bekannten Vorkommen." Die Konkurrenzlage der Imperialisten wird schärfer, ihre Rohstoffbasen immer enger. „Das Öl aus Schandelah kann daher eines Tages zur Sicherung unserer Wirtschaft beitragen", schreiben die BKB-Kapitalisten. An der Verwirklichung arbeiten sie bereits heute. Die Bürgerinitiative hat angekündigt, daß sie eine Demonstration zum Verwaltungspräsidium plant, um die Verantwortlichen zu öffentlicher Stellungnahme aufzufordern. Man kann so – gerade im Wahlkampf – die Abwiegelungstaktik der bürgerlichen Politiker bekämpfen. – (Bezirk Südostniedersachsen)

Wer hoch steigt, kann tief gestoßen werden

Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Albrecht und der FDP-Innenminister Groß wurden am Freitag, dem 17.3., als Zeugen im Grohnde-Prozeß verhört. Viel hatten sie unternommen, um das zu verhindern: Der Richter schloß die Beweisaufnahme am 8.3., Begründung: Es gibt keine weiteren Zeugen! Albrecht erwies sich als das, was er ist: Ein Volksunterdrücker und Kriegstreiber, der selbst mit Innenminister Groß den Polizeieinsatz gegen die Demonstranten – der „verhältnismäßig" – gewesen sei – geplant hatte. Eine Frau aus Grohnde hatte besonders den Einsatz der Reiterstaffel gegen die Demonstranten geschildert als einen Vorgang, der sie an Darstellungen des zaristischen Rußlands erinnert habe. Albrecht: „Wenn die Bewohner Grohndes eine andere Einschätzung haben, so ist das eine Wertung, aber keine Tatsache".

Groß, der Polizeihund, fragt bei jeder Frage der Verteidigung zum weiteren Polizeieinsatz, zum Ausbau der Polizei, dem Todesschuß usw. immer den Richter: „Muß ich darauf antworten?" Natürlich nicht – ebenso wie Albrecht, alle Fragen zur Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms nicht beantworten brauchte.

Die Bourgeoisie kommt mit den Grohnde-Prozessen nicht zurecht. Sie schnell durchzuziehen und die angeklagten Demonstrationsteilnehmer abzuurteilen ist ihr nicht gelungen, ebensowenig eine Spaltung unter den Demonstrationsteilnehmern und den jetzt Angeklagten und gegenüber der Bevölkerung von Grohnde herbeizuführen. Sie ist nervös und will mit ihren Mitteln die Bewegung zersetzen: Gegen A. Hanke wurde am Freitag ein Tag Ordnungsstrafe verhängt, weil er zum Richter gesagt hatte, er hätte wohl eine Neurose, gegen den Angeklagten G. Schulz ist wieder Haftbefehl erlassen worden, weil er zu einem Prozeßtermin nicht erschien. Darüberhinaus nahm die Bourgeoisie eine nachgemachte Notausgabe der hannoverschen Tageszeitungen mit einer Todesanzeige vom beteiligten Staatsanwalt Borchers zum Anlaß, eine Hausdurchsuchung in den Räumen des KBW zu inszenieren. – (N-Red.)

Perfide Unterdrückung der Anwälte beim Croissant-Prozeß

Für das Gerichtsgebäude in Stuttgart-Stammheim soll jetzt gelten, daß Verteidiger und Zuschauer „durch Abtasten der Kleider . . . unter Zuhilfenahme eines Metalldetektors . . . zu durchsuchen (sind)". „Spricht der Metalldetektor an, so können die Verteidiger u.a. aufgefordert werden, die (betreffenden) Kleidungsstücke abzulegen oder zu öffnen." Die Angeklagten müssen sich gleich ganz ausziehen und neue Kleider anziehen, bevor sie zum Gericht transportiert werden.

Die Bourgeois sind nervös. Sie wissen, daß der Widerstand auch in den Gerichtssälen wächst. „Mißbrauch prozessualer Rechte" nennen sie es, begangen durch „einige schwarze Schafe unter den Anwälten", und machen ein Gesetz nach dem anderen in immer kürzeren Abständen, um wirksame Verteidigung zu verhindern. Sie wenden kleinlichste und gehässigste Unterdrückung an. Je schärfer sie aber die Unterdrückung betreiben, um so schärfer treten die Widersprüche hervor. Der klassischen bürgerlichen Rechtsauffassung entspricht der Grundsatz der Waffengleichheit zwischen Anklage und Verteidigung. Weil im Prozeß gegen den Rechtsanwalt Croissant einer der Verteidiger beantragt hatte, daß die Staatsanwälte denselben Kontrollmaßnahmen unterzogen werden sollten, sah die Staatsanwaltschaft Anlaß zur öffentlichen Klarstellung, daß „die staatlichen Organe der Rechtspflege . . . nicht den gleichen Kontrollmaßnahmen unterworfen werden (könnten), wie sie vom Gericht für Zuhörer und die ‚nicht hoheitlich tätigen' Verfahrensbeteiligten angeordnet wurden". (Frankfurter Rundschau, 11.3.78) Als das Gericht sich gar „erbot", sich selbst seinen eigenen Anordnungen zu unterziehen, ging der Staatsanwalt auf Angriff. Er sieht „die Würde des Gerichts . . . zutiefst verletzt".

Der Lack des „für alle gleichen Gesetzes", des Grundsatzes der „Waffengleichheit" springt ab. Was nach zweistündiger Verhandlung am ersten Tag des Croissant-Prozesses über die Frage, ob die Verteidiger bei der Kontrolle die Hose herunterziehen müssen, manchem schon obszön vorkommt, ist tatsächlich schiere Unterdrückung. Der Verteidiger soll schon beim Betreten des Gerichts zum Würstchen gemacht werden, welches sowieso nicht verteidigen kann. Diese Unterdrückung erfordert Geschlossenheit der Unterdrücker. Gerade die scheint nicht gesichert. „Hysterie ist allemal ein schlechter Ratgeber", tönt die „Frankfurter Rundschau", „ob dieser Griff den Terror an der richtigen Stelle packt?" fragt der Reaktionär Boenisch von „Bild am Sonntag". „Ich würde es auch ablehnen, mich untersuchen zu lassen", war die Meinung des Präsidenten der Stuttgarter Anwaltskammer. Unterdrückung ist richtig und notwendig, sagen sie alle. Wie sie durchgesetzt werden soll, darüber sind sie sich noch uneins. – (Z-Red.)

„Wir brauchen Lehrer, die hinausfahren in die Welt"

Stobbe will Westberlin zum Brückenkopf der westdeutschen Bourgeoisie ausbauen

Zu Beginn des letzten Jahres äußerte der Westberlin-Beauftragte des westdeutschen Finanzkapitals, Horst Elfe, seines Zeichens Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, große Unzufriedenheit mit dem politischen Personal in der Stadt. In ihrem Mitteilungsblatt „Berliner Wirtschaft" schreibt er: „Der Status Berlins läßt sich auf Dauer jedoch nicht defensiv verteidigen, sondern es bedarf einer Vorwärtsstrategie, um Berlin eine attraktive Zukunft zu sichern. (. . .) Politik muß entscheidende Impulse geben". Seitdem erschien keine Ausgabe des Blattes mehr ohne den mehr oder weniger offenen Hinweis auf eine notwendige Personalumstellung. „Berlin braucht die Umsetzung ehrgeiziger Pläne in praktische Politik." Zu verschlissen im Plünderungsfeldzug gegen die Massen und allzusehr in die Jagd nach Posten und Tantiemen verstrickt hatte sich der alte Senat unter Klaus Schütz, um dem Schrei nach verstärkter Expansion die „entscheidenden Impulse" zu geben. Schütz wurde nach Israel ab- und vorgeschoben und Dietrich Stobbe plumpste auf den Sessel des „Regierenden".

Stobbe, Preußenliebhaber ostpreußischer Herkunft, ausgebildet an dem für Kriegsvorbereitungen gegen das Einflußgebiet des Sozialimperialismus zuständigen Otto-Suhr-Institut (seine Diplomarbeit ist für die Öffentlichkeit gesperrt), eingearbeitet durch seine Tätigkeit als Bundessenator seit 1973, seitdem „insbesondere seine Kontakte zu Bundeskanzler Schmidt höher bewertet wurden als die von Klaus Schütz", wurde aufgebaut: treu, zielstrebig, filzfrei. Sofort geht er daran, Tempoverluste in der „Vorwärtsstrategie" aufzuholen. In ostpreußischer Art formuliert er die Aufgabe: „Wir brauchen Leute, die hinausfahren in die Welt und sich im Markt durchsetzen – in Westdeutschland und in Westeuropa und darüber hinaus". „Dies ist für Berlin, wenn ich so sagen darf von existentieller Bedeutung. (. . .) Wir haben nichts nötiger, als die Barrieren, die uns aufgezwungen sind, zu durchbrechen und zu überwinden." Folglich sind Washington und Paris seine nächsten Stationen.

Gleichzeitig forciert er in Westberlin die Bereitstellung der sachlichen Mittel für den verschärften Expansionskurs. Endlich wird die Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegründet, zusammengesetzt aus Vertretern einer Bank, der IHK, des Senats und dem „Regierenden" Stobbe als Vorsitzendem. Die „Anregungen" des Präsidenten der IHK, Elfe, verwandeln sich mittels der Regierungserklärung flugs in „Schwerpunkte der Senatspolitik", und bereits in einem Interview der „Berliner Stimme" im Oktober 1977 vermeldet Stobbe: „Schwachstellen der ersten beiden Jahre der Legislaturperiode sind bereinigt, der eingeschlagene Weg wird konsequent fortgesetzt." Im Februar 1978 meldet der Senat Erfüllung. Die IHK hatte gefordert: „Änderung des Erbpachtvertrages" (Berliner Wirtschaft, Februar 78). Der Senat beschloß: „Senkung der Erbbauzinsen von 6,5 auf 4,5 Prozent" (Landespressedienst, Februar 78). IHK: „Erweiterte Befreiungsmöglichkeiten von der Grunderwerbssteuer" (BW 2/77), Senat: „Erweiterte Befreiung von der Grunderwerbssteuer" (LPD 2/78), IHK: „Senkung oder sogar Abschaffung der Lohnsummensteuer" (BW 2/77), Senat: „Senkung der Lohnsummensteuer auf Null bis 1979" (LPD 2/78).

Aber: „Erstaunt ist die IHK darüber, daß der Senat eine Senkung der Lohnsteuer in Aussicht gestellt hat, ohne daß geklärt wurde, wie die damit entstehenden Einnahmeausfälle ausgeglichen werden können", Stobbe setzt vor allem Bürgermeister Lüder, der auch auf seinen Sitz im BEWAG-Aufsichtsrat gerutscht ist, in Bewegung, um das zu bereinigen. Der Senat beschließt die Erhöhung fast aller öffentlichen Tarife, Nahverkehr, Gas, Strom, Müllabfuhr bis hin zu den Friedhofsgebühren. Damit wurden den Kapitalisten nicht nur Kosten gesenkt, sondern auch Kapital zugeschossen.

Der Haushaltsplan 1978 sieht direkte Investitionshilfen von 2,9 Milliarden vor und – im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) und des Wertausgleichsprogramms (WAP) – 215,5 Millionen für die Erhaltung historischer Stadtkerne sowie 147,8 Millionen für die Erhaltung und den Wiederaufbau von Baudenkmälern.

Dieser Kurs scheint dem Finanzkapital erfolgversprechend. So wird die Berlinhilfe erneut angehoben und macht im Haushaltsplan '78 erstmals mehr als 50 Prozent des Gesamtetats aus. Die Forschungsmittel des Bundesforschungsministeriums wurden für Westberlin von 130 Mio. DM 1976 auf über 140 Mio. DM 1978 erhöht, nachdem sie im Jahre 1974 erst 85 Mio. DM betragen hatten.

Die Monopolbourgeoisie hat Stobbe eingesetzt, damit er ihren Expansionsdrang politisch in die Tat umsetzt. Er sieht nicht umsonst aus wie eine Bulldogge. Artig marschiert er an ihrer Leine. – (Bezirk Westberlin)

Die US-Imperialisten können jederzeit deutsche Staatsangehörige aus Westberlin ausweisen

Ein Gesetz aus dem Jahre 1950 berechtigt die USA zur jederzeitigen Ausweisung deutscher Staatsangehöriger aus Westberlin. Mit dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (Deutschlandvertrag) vom 26. Mai 1952 hatten die US-Imperialisten das „Besatzungsstatut" formell aufgehoben. Im Aufhebungsvertrag haben sie sich „im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages verhindert hat . . ., die bisher von ihnen ausgeübten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland" garantiert. In „Zusatzverträgen", die die US-Imperialisten der westdeutschen Finanzbourgeoisie auferlegt haben, sind diese „Rechte" im Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der BRD im Finanzvertrag und im Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Art. 8 des Deutschlandvertrages) fixiert.

Hinsichtlich Westberlins haben sie keines ihrer Besatzerrechte aufgegeben. Eine US-Söldnerarmee in Stärke von 5000 Soldaten steht in Westberlin, die US-Imperialisten können jederzeit die politische Macht in Westberlin durch Überführung der Befehlsgewalt über die Polizeikräfte in ihre Hand nehmen.

Mit dem Gesetz Nr. 8 „über die Kontrolle von und nach Groß-Berlin einreisender Personen und Ausweisung unerwünschter Personen" aus dem Jahre 1950, das nach wie vor Geltung hat, können die US-Imperialisten als Besatzungsmacht den Aufenthalt jedes Westdeutschen und Westberliners in Westberlin regeln, „die Alliierte Kommandantur . . . kann die dauernde oder zeitliche begrenzte Ausweisung jedes deutschen Staatsangehörigen, der nicht innerhalb des Gebietes von Groß-Berlin seinen gewöhnlichen Wohnsitz hat, und die Ausweisung eines jeden Nichtdeutschen aus dem Gebiet von Groß-Berlin verfügen, wenn er . . . durch ein Besatzungsgericht einer strafbaren Handlung für schuldig befunden wurde, oder sein Aufenthalt geeignet ist, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit der Alliierten Streitkräfte zu gefährden oder deren Ansehen zu schädigen." (Art. 3 des Gesetzes)

Sie haben sich damit ein Besatzerstatut geschaffen, aufgrund dessen jegliche Souveränität, den Aufenthalt von Westdeutschen und Westberlinern zu regeln, in die Hände der Besatzer übergeht. Was Wunder, daß sie das Gesetz geheimhalten.

Westberlin ist für die US-Imperialisten Brückenkopf ihrer Aggressionsbestrebungen, ihr vorgeschobener Posten gegen den Sozialimperialismus. Die Volksmassen in Westberlin wollen sie als „lebendes Schutzschild" nutzen. Gleichzeitig haben sie sich den Titel „Schutzmacht" gegeben, die die „freie Welt" verteidigt.

Das Gesetz hat noch eine weitere Variante: Jeder Streikführer, jeder revolutionäre Arbeiter in Westberlin kann zum „Schutz der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit der Alliierten Streitkräfte" in Haft genommen und gehalten werden. Bis zu seiner Ausweisung kann er in Haft verbleiben, wie lange, das entscheiden die Besatzer. (Art. 5 des Gesetzes) Das Gesetz ist gefährlich für die Arbeiterbewegung. Es muß fallen im Kampf für die Aufhebung aller Überreste des Besatzungsstatuts, Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt, Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt verleiht und die vollen Souveränitätsrechte beider deutscher Staaten und Westberlins garantiert. – (Z-Red.)

3,7 Prozent, Herr Maihofer, sind nicht Ihr letztes Wort!

Die Bedingungen für die öffentlichen Dienstherrn, mit 3,7% oder wenig mehr durchzukommen, sind nicht gut. Hat am ersten Verhandlungstag Kluncker Maihofer vor die gesamte Tarifkommission zitiert, damit dieser sich die Sache mal überlegt, so konnten am zweiten Verhandlungstag die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten die Vorbereitungen zum Lohnkampf schon soweit vorantreiben, daß sie selbständig in Aktion gehen konnten. Günstig ist dabei die Lage in Bezug auf die Verbindung der Kämpfe mit den Industriearbeitern. In Norddeutschland waren am 17. März Demonstrationen gegen die Druckkapitalisten in Hamburg, in Westberlin, in Münster und Osnabrück.

In Hamburg haben Lehrer und Schüler mitdemonstriert, in Westberlin hat die ÖTV die Demonstration der Drucker ebenfalls aktiv unterstützt und eigene Aktionen durchgeführt (siehe Bilder).

Zum Teil geht der Kampf gegen die Rationalisierer und Lohnstreicher direkt in den Lohnkampf über, das zeichnet sich ab.

In Hamburg haben am Dienstag, den 14. März, die Müllarbeiter ihre zweite Aktion gegen die Streichung von Prämienanteilen ihres Lohns durchgeführt. Bis zu 300 DM wollen die Dienstherren noch vor dem Lohntarifkampf den Lohn senken. Die Müllarbeiter sind mit ihren Wagen zum Gewerkschaftshaus gefahren. „Die Gewerkschaftsführung soll wissen, daß wir da sind. Das nächste Mal muß es zum Rathaus gehen, wenn die Kürzung nicht zurückgenommen wird", sagten sie.

Da wird es auch nichts nutzen, wenn der Termin für die nächste Verhandlung reichlich spät angesetzt ist, nämlich auf den 5. April. Da sind die Beschäftigten in öffentlichen Diensten dann fünf Wochen ohne Tarifvertrag. Kein Vertrag – keine Arbeit, sagen die US-Bergarbeiter. In den Einrichtungen des öffentlichen Dienstes wird die Arbeit bis dahin auch sehr, sehr schwer fallen. Überstunden, haben sich die Beschäftigten am Meereskundlichen Institut in Kiel vorgenommen, werden keine mehr geschafft, vor allem nicht im Dienste dieser Forschung. Daß damit Schluß ist, darüber haben sie sich untereinander abgesprochen.

Auf ihrer Personalversammlung haben die Beschäftigten der Universitätsnervenkliniken in Göttingen einstimmig erklärt: „Wir erklären uns solidarisch mit den US-amerikanischen Bergarbeitern, die trotz staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen ihre Kampffront geschlossen halten." Auf derselben Versammlung haben sich die Beschäftigten einstimmig für Urabstimmung und Streik ausgesprochen. In ihrer Resolution fordern sie die Verhandlungskommission der ÖTV auf, die Tarifverhandlungen für gescheitert zu erklären und die Urabstimmung für Streik einzuleiten. In der Resolution heißt es: „Niemand weiß, was für die Arbeitskraft bezahlt wird. Kein Wunder, daß es in dieser Situation besonders schwer fällt, Überstunden zu machen, und daß Mehrarbeit abgelehnt wird." Auf dieser Grundlage hat die Kontakt- und Beratungsstelle für Jugendliche es bereits abgelehnt, Überstunden und Sonntagsarbeit zu machen und die Teestube wird am Sonntag geschlossen bleiben.

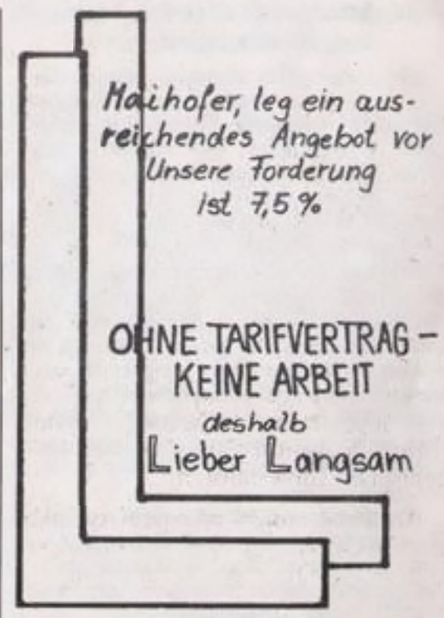
Schwierige Zeiten brechen an für die Klassenversöhnler. So haben im Amt für Jugend in Hamburg Beschäftigte der mittleren Dienstaufsicht, die eigens in Spalterabsicht auf die Mitgliederversammlung gelockt worden waren – es handelte sich hauptsächlich um Heimleiterinnen – einstimmig einen Brief an Maihofer mit verabschiedet, wo er aufgefordert wird, ein passables Angebot vorzulegen, und eine Solidaritätsadresse an die streikenden Druckarbeiter wurde ebenfalls einstimmig beschlossen. Im Bundeswehrkrankenhaus Detmold ist auf der Personalversammlung ein Stabsarzt für die Interessen der Belegschaft und gegen den geplanten Abschluß unter vier Prozent aufgetreten. 7,5% seien eigentlich schon das Mindeste. Er setzte sich für Streikvorbereitungen ein. Durch starken Beifall bekräftigten die zum Krankenhausdienst abgeordneten Soldaten und die Zivilisten diese Forderungen.

Am 2. Verhandlungstag: Etwa 45 Beschäftigte aus vier Zehlendorfer Betrieben führten vor dem Bezirksrathaus eine Kundgebung durch.

In Bremen mußte der Wissenschaftssenator die Suspendierung zweier Volkshochschulmitarbeiter aufheben, nachdem die Kursteilnehmer persönlich von dem Senator die Aufhebung gefordert hatten. Zwar wurden und werden auf der anderen Seite politische Disziplinierungen ständig versucht, wie gegen die Wirtschaftswissenschaftlerin an der Reformuniversität Bremen, Heidi Biesecker, gegen die eine Untersuchung eingeleitet ist, weil sie auf einer Veranstaltung des KBW gesprochen hatte – zu den Geschäften des Herrn Ehrenberg.

Die Bedingungen für eine gemeinsame Kampffront bis in die Reihen des als Dienstaufsicht vorgesehenen Personals sind gut, und die bürgerliche Presse wagt es heuer kaum, ihre Hetze gegen die Beschäftigten in öffentlichen Diensten zu entfalten. Im Moment ist sie ja auch etwas daran gehindert.

Doch der „Spiegel", nicht faul, versucht, von hinten anzugreifen. In seiner letzten Ausgabe: „Nach Streikrecht für die Beamten trieb Kanadas Post ins Chaos", hetzt das Blatt gegen die Kämpfe in öffentlichen Diensten im fernen Ausland. Die Beschäftigten verstehen schon, wie das gemeint ist. Ihre Solidarität mit den Metall- und Druckarbeitern hier sowie den Kämpfen der internationalen Arbeiterbewegung wiegen daher doppelt schwer, wenn die Bourgeoisie sich etwa daran macht, ihre Chancen auszurechnen zur weiteren Unterdrückung und Entrechtung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, um ihr Lohnraub- und Rationalisierungsprogramm weiter durchzusetzen. – (N-Red.)



Nach dem KOB der sozialarbeitende Postbote

Das Bundespostministerium hat beschlossen, im Main-Kinzig-Kreis, in Ludwigshafen und Wilhelmshaven den „Sozialdienst" der Briefträger „zu erproben". Im Juli 1977 hat die Regierung durch ihre sozialdemokratische Fraktion die Gewerkschaft mit dem Vorschlag des Postgewerkschaftsvorsitzenden Ernst Breit auszurichten versucht, „die Zusteller der Post mit Hilfeleistungen für alte und kranke Menschen zu betrauen. Auf der einen Seite verspricht dieser Vorschlag mehr Menschlichkeit in unserer Gesellschaft, auf der anderen Seite soll er zu Erhaltung von Arbeitsplätzen bei der Deutschen Bundespost beitragen" (Deutsche Post, 14/77). „Aus vollem Herzen" kann Stellenvorsteher Meyer vom Postamt, wie man hört, den Vorschlag „nur bejahen".

Kürzlich hat Innenminister Groß die KOBs in Göttingen mit den Worten eingeführt: „Die Kontaktbeamten sollen so zivil wie möglich sein." (Göttinger Tageblatt, 2.3.) Und doch ist bereits in der ersten Woche der erste KOB aus der Mensa rausgeflogen. Der Briefträger „im Sozialdienst" soll die Löcher im Spitzelnetz dicht machen. Die „Deutsche Post": „Bei der Erfüllung (ihrer) Aufgaben bedienen sich die Gemeindeverwaltungen der Postzusteller, die alles das zu beobachten und zu melden haben, was vermuten lassen könnte, daß einem Postkunden . . . geholfen werden muß." Bezahlt werden soll die Sache dann (so der Vorschlag der Deutschen Postgewerkschaft in der „Deutschen Post") vom Sozialamt, damit gleich die richtigen Beziehungen hergestellt sind.

„. . . mehr Menschlichkeit in unserer Gesellschaft", „Pillen und Tropfen in der Posttasche" (Hamburger Abendblatt): Hat die Bourgeoisie ihr Herz für die alten und kranken Menschen entdeckt? Wo sie doch durch Gebührenerhöhungen bei der Post von der Rente oder dem Lohn noch mehr wegplündern will. Stirbt eine Rentnerin, weil ihr die AOK Göttingen eine Kur abgelehnt hat, weil sie für die Kapitalisten nur noch Müll wert ist, soll es nicht den Schein haben, daß sie eben umgebracht worden ist, sondern man hat ja den Briefträger mit Tropfen und Pillen vorbeigeschickt. So leitet die Gewerkschaftszeitung den Plan der Regierung ein: „Unter der Überschrift ‚82jährige Frau tot aufgefunden' erschien im Lokalteil einer großen Tageszeitung folgende Meldung: ‚Unterernährung vermutet die Polizei als Grund für den Tod einer 82jährigen Frau' ". Und dann die Frage: „Wer könnte helfen?" – Der Briefträger.

Die Idee vom Briefträger als Dorftratschtante, die die Bourgeoisie dabei anwendet, ist so ziemlich hinüber. In Göttingen arbeiten die Briefträger 40/42 Stunden im Durchschnitt, ein Teil bis 48 Stunden in der Woche, weil anders die Bezirke, die im August neu eingeteilt worden sind, gar nicht zu schaffen sind. „Missionsgeist und Opferbereitschaft" soll den Briefträger noch mehr unbezahlte Arbeit abverlangen und sie am Lohnkampf hindern. Das wird schwer für die Bourgeoisie. So haben drei Briefträger und fünf Beschäftigte des Fermeldeamtes den Streik der Hafenarbeiter begrüßt und erklärt, Streik sei das einzige Mittel, mit dem man der Regierung beikommt. – (Bezirk Südostnds.)

Für die Reaktion ist dieser Professor nicht mehr zu gebrauchen

Rektor weigert sich, Berufsverbot zu vollziehen

Im Disziplinarverfahren gegen den kommunistischen Dozenten Dr. Götz Rohwer, Akademischer Rat am Fachbereich 1 der Universität Osnabrück, hat der Rektor, Professor Horstmann, jetzt folgende Entscheidung getroffen: „1. Sie werden nicht aus dem Beamtenverhältnis entlassen. 2. Ich verhänge gegen sie eine Geldbuße in Höhe von einem Monatsgehalt." Das ist das erstemal, daß ein Universitätsrektor – vom Staat gerade eingesetzt und hochbezahlt, um die Pläne der Regierung gegen Beschäftigte und Studenten durchzusetzen – sich offen weigert, die Berufsverbotepolitik zu betreiben. Horstmann führt aus: „Ich bin der Meinung, daß weder Ihre Mitgliedschaft im KBW noch Ihre Kandidatur für diese Partei Anlaß zu einer Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst sein kann und daß ihnen das Recht auf politische Betätigung für diese Partei zusteht."

Das ist ein Erfolg des Kampfes der Studenten und eines Teils der Dozenten an der Universität Osnabrück, die seit längerem und hartnäckig gegen die geplante und von allen Reaktionären betriebene Entlassung Rohwers den Kampf führen.

Schon die Suspendierung Rohwers konnte nicht wirklich durchgesetzt werden. Während des gesamten Wintersemesters wurden die Lehrveranstaltungen Rohwers trotz seiner Suspendierung durchgeführt, von Studenten und Dozenten breit unterstützt. Rohwer ist Mathematiker, sein Fach Statistik. Sucht man die Wahrheit in den Tatsachen, kann man aus dieser bürgerlich betriebenen Wissenschaft und der Untersuchung, wie es wirklich ist, ein nützliches Studium machen. Die Studenten, die an den Hochschulen mit bürgerlicher Ideologie vollgestopft werden, begrüßen es daher, wenn ein Revolutionär gerade dies Fach lehrt, und die Vorlesungen wurden deshalb breit unterstützt.

Der entschiedene Kampf der Kommunisten gegen die Verbotsdrohung der Reaktion im Oktober 1977 hat ebenfalls dazu beigetragen, den Raum zu schaffen, daß solche Entscheidungen wie die des Rektors möglich werden. Daß damit die Bedingungen, den Kampf gegen die Politik der offenen Reaktion, hier seitens der niedersächsischen Landesregierung, konkret verbessert wurden, erweist sich.

Seit die Studentenbewegung auf Grund ihrer Lage beginnt, den Kampf um Koalitionsrechte für Studenten gegenüber dem bürgerlichen Staat bewußt zu führen, spitzen sich die Widersprüche an den Hochschule beständig zu, allzumal dieser Kampf von den revolutionären Studenten und Professoren mit der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus unterstützt wird.

Der Widerstand gegen die kapitalistische Rationalisierung in öffentlichen Diensten sowie die Verkommenheit der bürgerlichen Wissenschaft und Forschung im Dienste des Finanzkapitals ist kein gutes Pflaster, auf dem sich die Gesamtheit oder auch nur die Mehrheit der Professoren und Dozenten auf die Seite der Reaktion gewinnen läßt. Die Entwicklung der Klassenkämpfe, die Entfaltung des Lohnkampfes und des Kampfes der Druckarbeiter gegen Rationalisierung und Degradation der Arbeit bringen selbst einen Professor im höchsten Rat, dem Sachverständigenrat der Bundesregierung, dazu, dieses Amt aufzugeben. Zwar hat die bürgerliche Presse beharrlich über die Gründe des Rücktritts von Prof. Scherhorn aus dem wissenschaftlichen Rat des Helmut Schmidt geschwiegen, wir können uns aber unser Teil aus der Tatsache *daß* denken.

„Die rechtliche Würdigung aller gegen Sie vorgebrachten Tatkomplexe läßt nach meiner Meinung aber deutlich erkennen, daß ihre politischen Aktivitäten in einer Reihe von Fällen nicht mit dem Recht vereinbar sind", damit begründet der Rektor seine Alibimaßnahme: „Um Sie künftig nachdrücklich daran zu erinnern, daß Sie als Beamter auch bei Ihren Aktivitäten für den KBW auf Ihr Amt Rücksicht zu nehmen haben, scheint mir eine spürbare Geldbuße die erforderliche Ahndung Ihrer Dienstpflichtverletzungen zu sein." Auch vom Grundgesetz ist die Rede: „. . . daß Sie sich nicht durch Ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekannt und Zweifel erweckt haben, ob Sie für deren Erhalt eintreten."

Das zeigt natürlich, daß Rektor Horstmann den Bruch mit dem Beamtenrecht, das im Grundgesetz verankert ist, nicht öffentlich vollzogen hat. Indessen, er hat sich weit vorgewagt. Für die Geschäfte der Reaktion ist er nicht mehr tauglich, und das muß man unterstützen.

Kultusminister Pestel hat sich seine Rektoren *nicht* dafür ernannt, daß sie die dreckigen Geschäfte der Unterdrückung *nicht* erledigen. Er hat sein Ziel nicht erreichen können. Will er dennoch, muß er zu verschärfter Reaktion greifen, dabei werden sich die Widersprüche zweifelsohne weiter entwickeln. Das Beamtenrecht stellt dafür schon die Mittel bereit: Die vorgesetzte Dienstbehörde kann die Disziplinarentscheidung des Rektors Horstmann jederzeit und ohne Begründung aufheben und durch eigene Maßnahmen ersetzen.

Daß Pestel die Entlassung Rohwers durchsetzen will, das hat sich nicht geändert, daß das Beamtenrecht und das KPD-Verbot dazu die Handhabe, steht auch schon fest, daß es aber wirklich durchsetzbar ist, steht nicht fest.

Was die jetzt angedrohte „Ahndung" betrifft, um den Genossen „nachdrücklich zu erinnern", wird man schon noch sehen. Genosse Rohwer kandidiert jetzt auf der Landesliste des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zu den Landtagswahlen in Niedersachsen am 4. Juni. (N-Red.)

Lehrer unterstützen Kämpfe der Industriearbeiter

25 Schüler der dritten Klasse der Grundschule in Großheide haben einen Brief an die Druckarbeiter geschrieben: „Unsere Klasse findet es richtig, daß ihr streikt. (. . .) Ihr solltet mehr Lohn haben, aber nicht rausfliegen." Daß dieser Brief der Schüler geschrieben wurde, hängt mit daran, was sie für Lehrer haben. Diese unterstützen die Lohn- und Tarifkämpfe in der Produktion. Das werden die Arbeiter begrüßen. Im Sinne der Dienstherren, der Schulaufsicht, ist das nicht, sie sehen schon, dies ist eine Vorstufe des Lohnkampfes im öffentlichen Dienst selber – die Lehrer werden sich nicht heraushalten lassen.

Auf der Kreisdelegiertenversammlung der GEW in Nienburg am 15. März wurden zur Unterstützung des Druckerstreiks 1 000 DM gespendet. 560 DM haben die anwesenden 60 Delegierten aufgebracht, der Rest ist aus der Gewerkschaftskasse. Eine gute Verwendung der Mitgliedsbeiträge der GEW, fanden die versammelten Lehrer.

Auf der Kreisdelegiertenversammlung der GEW in Goslar verabschiedeten die Delegierten eine Solidaritätsadresse an die streikenden Druckarbeiter und protestierten gegen die Angriffe auf das Streikrecht in der Presse.

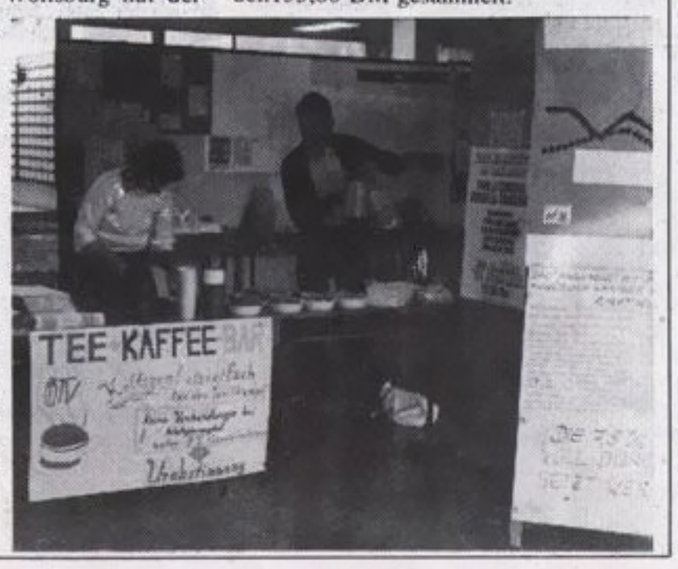
In der VW-Stadt Wolfsburg hat der GEW-Kreisvorstand sich solidarisch mit dem Streik der Drucker erklärt und 612 DM gespendet. Für seine nächste Sitzung hat der Kreisvorstand die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker in Afrika auf die Tagesordnung gesetzt.

In Osnabrück hat die GEW-Bezirksvertreterversammlung am 15.3. eine Resolution zur Unterstützung des Kampfes der Metallarbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden verabschiedet. 355 DM wurden zur Unterstützung der Druckarbeiter gespendet.

In Nordhorn haben die Lehramtsanwärter, deren Bezüge im vergangenen Jahr gesenkt, statt erhöht wurden, im Deutschseminar 50 DM zur Unterstützung der kämpfenden Druckarbeiter gesammelt; der Regionalvorstand der GEW hat 400 DM dazugetan.

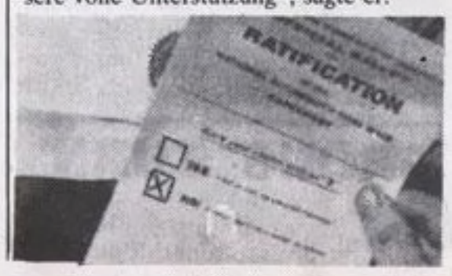
In Oldenburg haben die GEW-Mitglieder des Bezirksverbandes Oldenburg, Fachgruppe berufsbildende Schulen, ihre Mitgliederversammlung, auf der sie einen Brief an Innenminister Maihofer verabschiedeten und ihn aufforderten, „umgehend ein mindestens 7 prozentiges Angebot" vorzulegen, gleichzeitig genutzt, ihre Solidarität mit den Metallarbeitern im Streikgebiet zu dokumentieren. Zur Unterstützung der Druckarbeiter wurden153,60 DM gesammelt.

Die ÖTV-Bereichsgruppe am Fachbereich 15 (Otto Suhr-Institut) in Westberlin hat am zweiten Verhandlungstag mit Flugblättern und einem Stand mit Stelltafeln die Vorbereitung des Lohnkampfes in die Hand genommen. Um sich für den Lohnkampf zu stärken, gaben die Kollegen Kaffee und Kuchen aus. Für die streikenden Drucker wurden 68 DM gesammelt.



Britische Bergarbeiter unterstützen US-Bergarbeiter

Der Bezirksvorstand Yorkshire der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM hat eine Grußadresse an die streikenden Bergarbeiter in den USA geschickt und beschlossen, ihren Streik mit Spenden zu unterstützen. Die britischen Bergarbeiter hatten 1972 und 1974 in zähen Streikkämpfen gestanden und beide Male finanzielle Unterstützung durch die Bergarbeiter der USA erhalten. Der NUM-Bezirksvorsitzende von Yorkshire erklärte dazu, mit der Überweisung von 1000 Pfund Sterling (etwa 4 000 DM) werde die Tradition der gegenseitigen Unterstützung fortgesetzt. „Der großartige Kampf der amerikanischen Bergarbeiter hat unsere volle Unterstützung", sagte er.



Studenten solidarisch mit Metall- und Druckarbeitern

Hannover. „Die Vollversammlung der Studenten an der FH-Hannover (Elektrotechnik und Maschinenbau) unterstützt den Arbeitskampf der Metall- und Druckarbeiter für mehr Lohn und gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Wir Studenten sollen zu Ingenieuren ausgebildet werden, die neue Techniken entwickeln, mit denen dann die Arbeit intensiviert wird, anstatt die Arbeitsbedingungen zu erleichtern. Zum anderen werden die Arbeiter dadurch in niedrigere Lohngruppen eingestuft, was weniger Lohn bedeutet. Die meisten Studenten haben daran kein Interesse, sondern wehren sich gegen diese Ausbildung und die Gesetze, mit denen sie uns aufgezwungen werden soll.

Wir grüßen die Metall- und Druckarbeiter und wünschen Euch Erfolg in Eurem Streik. Wenn Ihr Eure Forderungen durchsetzt, nutzt das allen Arbeitern, Angestellten und Auszubildenden."

Mit großer Mehrheit beschlossen auf der Vollversammlung an der FH-Hannover am 14.3.78.

Braunschweig. 28 Kommilitonen unterstützten am 14.3. in der Mensa Braunschweig in einer Solidaritätsresolution den Metallarbeiterstreik, indem sie sich gegen die dauernden Lohnsenkungen und für ausreichenden Lohn der Metaller aussprachen. Ebenfalls die „Dienstgruppe" der Elektrotechnikstudenten an der TU Braunschweig hat eine Resolution an die streikenden Druckarbeiter verfaßt.

Göttingen. Am Mittwoch und Donnerstag unterstützten 119 Studenten in der Mensa Göttingen mit ihrer Unterschrift die Streiks der Metaller und Drukker. Die „Rote Bündnisliste Sowi" und ein gewerkschaftlicher Zusammenschluß am Fachbereich Geschichte haben ebenfalls Solidaritätserklärungen verabschiedet.

Amerikanische Studenten haben in der Mensa Göttingen die Bergarbeiterstreiks in den USA mit Aktionen gegen das Taft-Hardley-Gesetz propagiert, und für die gerechten Forderungen der Bergarbeiter wurde Geld gesammelt.

Mietkostenzuschuß nach BAFöG gestrichen

Hannover, Technische Universität. Das BAFöG-Amt hat jetzt einem Studenten nach der Geburt seines Sohnes den Mietkostenzuschuß nach dem BAFöG gestrichen. Begründung: „Dieser Bescheid ist falsch, da Ihnen ab 1.10.77 der Mietkostenzuschuß in Höhe von 18,75 DM nicht mehr zusteht. Sie bewohnen seit der Geburt Ihres Sohnes die Wohnung mit drei Personen, so daß ein Mietkostenzuschuß entfällt."

Den seit Geburt des Kindes gezahlten Zuschuß behält das BAFöG-Amt jetzt von der laufenden Förderung gleich ein. Berufen hat sich das Amt in seiner Ablehnung auf das BAFöG-Gesetz § 9.2: „Bewohnt der Auszubildende die Unterkunft gemeinsam mit anderen Personen, so ist davon auszugehen, daß die Kosten der Unterkunft auf alle Bewohner zu gleichen Teilen entfallen."

Studentenpfarrer untersagt Sammlung für die ZANU

Darmstadt. Der Studentenpfarrer der Evangelischen Studentengemeinde, Unterstützer des Russell-Tribunals, hat die Durchführung einer Veranstaltung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe und der Sammlung zur Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA durch den Kommunistischen Studentenbund zusammen mit griechischen Studenten in einem kirchlichen Studentenwohnheim untersagt. Eine Sammlung zuvor, die mit der Ankündigung der Veranstaltung verbunden war, hat bei 30 anwesenden Studenten 36,90 DM ergeben. Über die Durchsetzung der Veranstaltung wird beraten.

Ausbildung den Expansionsplänen angepaßt

Köln. Wir haben einmal 2 Zahlen verglichen. Der westdeutsche Kapitalexport nach Südafrika stieg von 1964 gleich 79,0 Mio. DM auf 1976 gleich 576,2 Mio. DM, also um 730%. Im dritten Bericht der Bundesregierung zur Entwicklungspolitik vom 14.11.77 heißt es: „Die Zusammenarbeit mit den Ländern des südlichen Afrika wurde im Berichtszeitraum 75–77 erheblich intensiviert." Die 2. Zahl bezieht sich auf die Vorlesungsverzeichnisse der Universität Köln von 1975 und Sommersemester 1978. Im Verzeichnis von 75 tauchten nur 6 Veranstaltungen auf, die sich im weitesten Sinne mit imperialistischer Politik in Afrika beschäftigten (ohne Afrikanistik). 3 Jahre später, 1978, eine Steigerung um 250%: 15 Veranstaltungen. So z.B. „Erdöl – OPEC – Arabien" in Wirtschaftsgeographie. In Jura gibt es ein „Planspiel in Unternehmensentscheidungen auf dem Gebiet des internationalen Wirtschaftsrechts". Direkt der ideologischen Ausrichtung des Kadernachwuchses der Bourgeoisie dient das Proseminar von Professor Schwarz: „Konfliktkonstellationen im südlichen Afrika". Schwarz ist zur Zeit Vorsitzender der reaktionären Konrad-Adenauer-Stiftung in Köln. Damit sich die Studenten auch die imperialistische Propaganda von vorne bis hinten in den Kopf hauen, wird all das auch im Examen gefragt. Aktuelle Frage in der Klausur Sozialpolitik: „Gibt es einen circulus vitiosus der Armut in Entwicklungsländern; wie ist er gegebenenfalls zu beschreiben und zu erklären".

Bundesdelegiertenversammlung des RCDS

Neuer Vorsitzender kündigt stärkere „allgemeinspolitische und moralische Orientierung des RCDS" an

„RCDS will den ‚demokratischen Dialog' – Bemühen um Zusammenarbeit mit den Juso-Hochschulgruppen", so lautet die Schlagzeile der „FAZ" vom 13.3.78 zur 29. Bundesdelegiertenkonferenz des RCDS in Göttingen vergangene Woche.

Schon im letzten Semester war der RCDS bemüht, mit sozialer Demagogie die Forderungen der Studentenmassen umzubiegen in Maßnahmen der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Studentenbewegung und der Arbeiterbewegung. Dies ist nicht ohne Wirkung geblieben, wie die Wahlergebnisse gezeigt haben.

Nachdem es den Studentenmassen im Streik nicht gelungen ist, ihre Forderungen durchzusetzen und auf der VDS-MV keine Einheit um das gewerkschaftliche Programm erreicht werden konnte, wenn auch einzelne Forderungen, wie das Streikrecht, verabschiedet wurden, unternimmt die Reaktion den verstärkten Versuch einer reaktionären Mobilisierung unter den Studenten. Die Reaktionäre wissen, daß sie sich dabei auf die Spaltung der Studentenbewegung durch Reformismus und Revisionismus stützen können:

„In der jüngsten Ausgabe der ‚Arbeitshefte' der Juso-Hochschulgruppen (JHG) bezeichnet Bindert die ‚Massenkämpfe' richtigerweise als ‚aufgesetzt'." (Demokratische Blätter 18/78). Der RCDS wittert „Chancen für eine Neuorientierung studentischer Politik": „Würden sich z.B. RCDS, JHG, SLH, gewerkschaftliche und unabhängige Studentengruppen, LHV und jene Mitglieder der Basisgruppen, denen es wirklich auf studentische Interessen ankommt, in einer ‚großen Studenten-Koalition' wiederfinden, so wäre damit eine wichtige Voraussetzung zum erfolgreichen Einsatz für die Freiheit des Studiums gewonnen." (ebenda) Der RCDS sei am besten für eine „emanzipatorische, reformfähige und international für die Achtung der Menschenrechte kämpfende Politik" (FAZ, 13.3.) geeignet.

Leitfaden der „stärkeren allgemeinpolitischen und moralischen Orientierung" findet man in einem Vortrag des ehemaligen Rektors, heute Konrektor, der Göttinger Universität, Professor Starck, über das Thema „Staatsbürger und Grundwerte", vorgetragen dem „Ring Göttinger Korporationen", entwickelt. Ihre feste Tradition fänden die Grundwerte von „Frieden, Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung" bereits in der Proklamation Wilhelms I. „An das deutsche Volk" zum Reichsgründungstag am 18. Januar 1871. Freilich könnten „wir Nachgeborenen" uns diese nicht mehr vergegenwärtigen, ohne an „Sozialistengesetze, Krieg, die wenig geliebte Republik, Wirtschaftskrise und politischen Extremismus, nationalsozialistische Diktatur, Völkermord und wieder Krieg" zu denken.

Das liegt daran, daß die Grundwerte, „nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an Gütern und Gaben des Friedens" (Wilhelm I.) teilzunehmen, damals wie heute nur den Rauchvorhang bilden für die Vorbereitung des imperialistischen Raubkrieges der Finanzbourgeoisie. Es war schon immer die Manier der herrschenden Kapitalistenklasse, ihre Ausbeuterordnung in die allgemein-menschliche Ordnung überhaupt zu kleiden.

Das Ganze durchgesetzt durch Spaltung: „Um das Geben zu organisieren, wurde ein gigantisches Umverteilungssystem ins Werk gesetzt. Wenn aber das System der sozialen Leistung dazu führt, daß es sich Bequeme auf Kosten der Rührigen wohl sein lassen, ist etwas faul im Staate." Rechtfertigung der Unterdrückung durch den imperialistischen Staatsapparat: „Je mehr sich der Staat um das Glück seiner Bürger kümmert, umso geringer wird die Freiheit." Insbesondere gegenüber der Jugend: „Die Erziehung der Jugend bedeutet ein Stück Anpassung. Erst auf der Grundlage dieser Anpassung kann man „sich selbst verwirklichen".

Unter dem Schlachtruf der „Chancen für eine Neuorientierung studentischer Politik" (Demokratische Blätter) in einer „Großen-Studenten-Koalition" als „Strategie des pluralistischen Forums" (RCDS) unternimmt die Bourgeoisie große Anstrengungen, die Studentenmassen ihren Interessen zu unterwerfen. Aufbau der Institutsgruppen als Massenorganisationen der Studentenbewegung, die alle Kämpfe führen, ist grundlegend für die Durchsetzung der Bezahlung der Arbeitskraft und des Koalitionsrechtes der Studentenmassen und für den Zusammenschluß mit der revolutionären Arbeiterbewegung. – (KSB Südostniedersachsen)

Stipendien zur Auslese der Bourgeoisiekader

Das Stipendiumprogramm der „Studienstiftung des deutschen Volkes"

Köln „Die Studienstiftung will die Hochschulbildung junger Menschen fördern, deren wissenschaftliche und körperliche Begabung und deren charakterliche Haltung besondere Leistungen im Dienst der Allgemeinheit erwarten lassen; sie ist bestrebt, zu einem über die Berufsausbildung hinausgehenden freizügigen und umfassenden Studium hinzuführen . . . ", so steht es im § 2 der Satzung der „Studienstiftung des Deutschen Volkes", die 1925 gegründet wurde und seit 1948 ihre Arbeit wiederaufnahm, um „mit der Förderung des akademischen Nachwuchses zur Erhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wissenschaft beizutragen".

Worum es geht, ist unschwer zu erkennen: Heranbilden von führenden Bourgeoiskadern, die die Geschäfte der Kapitalistenklasse zu führen verstehen sollen. Deshalb sind nicht allein gute Abiturzeugnisse ausschlaggebend, sondern vor allem „persönliche Integrität", „staatsbürgerliche Verantwortung im weiten Sinne" und die Bereitschaft, „seine Fähigkeiten in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen".

Mit „Allgemeinheit" meint die Bourgeoisie immer sich selbst und ihr Ausbeutersystem. Finanziert wird die Heranzüchtung von führenden Bourgeoisfunktionären durch die Ausplünderung der Volksmassen über Steuern und Gebühren. 21 Mio. DM betrug 1976 der Etat, wovon 84,5% vom Bund, 7,5% von den Ländern und 6,5% von den Kommunen getragen werden. „Bedeutende Spenden" machen verschiedene Kapitalistenverbände, darunter vor allem VW. Gefördert wurden damit 1970 0,76% aller Studenten in der BRD; 1976 ist die Zahl auf fast 2% gestiegen. Von diesen 2% geförderter Studenten entstammen 43,6% aus den besitzlosen Klassen und nur 28,7% sind Abkömmlinge der Kapitalistenklasse und ihres engsten Anhangs. Selbst bei der Heranzüchtung von hohen Bourgeoiskadern kann sich die Kapitalistenklasse nicht auf ihre eigene personelle Basis stützen. Also muß die Bourgeoisie versuchen, ihren führenden Kadernachwuchs aus den besitzlosen Studenten herauszuziehen.

Dabei macht sie sich die elende Lage der Studentenmassen zunutze. Nur 38% bekommen Bafög, was meist nicht zum Leben reicht, die meisten müssen sich durch Verkauf ihrer Arbeitskraft neben dem Studium bei übelsten Bedingungen durchschlagen. In solch einer Lage versucht es die Bourgeoisie mit finanziellen Ködern, d.h. Finanzierung des Studiums und des Lebensunterhalts. Damit aber auch die „richtigen" gefördert werden, hat das Kuratorium der Stiftung, in dem u.a. solche Galgenvögel wie Kultusminister a.D. Paul Mikat, Staatssekretär Hildegard Hamm-Brücher, die Kultusminister Girgensohn und Rau sitzen, die Empfehlung ausgeben nur höchstens „10% der Schüler des neuen Abschlußjahrgangs zu nominieren", die dann durch die Auswahltests geschleust werden, wo 1976 von 3211 Bewerbern 75,9% herausgesiebt wurden und nur 751 in den erlauchten Kreis der Geförderten aufgenommen werden. „Dabei spielt der erreichte Notendurchschnitt bei der Auswahl ebensowenig eine entscheidende Rolle wie die wirtschaftliche Lage der Abiturienten". Denn zu sehen, ob der Abiturient wirklich zum Bourgeoisfunktionär taugt, bedarf einer feineren Auslese. Bei der Entscheidung geht der Auswahlausschuß von den „biographischen Daten", „der Selbstdarstellung im Lebenslauf" und von „Aufschlüssen über das soziale Verhalten" aus, denn „die Überwindung sozialer, wirtschaftlicher oder edukativer Hindernisse stellt in diesem Sinne ebenso eine Leistung dar". Der besitzlose Student soll seine Klassenherkunft verleugnen und den Standpunkt der Bourgeoisie annehmen.

Monatlich erhalten die Geförderten 100,00 DM Büchergeld, unabhängig vom Einkommen der Eltern und Nebenverdiensten. Hinzu kommen maximal 550,00 DM Grundrate, wenn das eigene Einkommen 300,00 DM nicht überschreitet, bei Verheirateten 750,00 DM. Der Freibetrag für Eigenverdienst liegt schon um 50% höher als beim Bafög. Im Wintersemester 76/77 erhielten die Geförderten 355,00 DM durchschnittlich an Grundrate. Der niedrige Durchschnitt kommt nicht daher, daß die Bourgeoisie meint, von 355 DM könne man leben, sondern daher, daß die Grundrate elternabhängig ist und sich einige Bourgeoiszöglinge weniger des Geldes als der Knüpfung von „guten Beziehungen" wegen in den Stiftungen rumtreiben.

Außerdem werden Sonderbeihilfen gezahlt für ärztliche Behandlung, Krankenhausaufenthalt, Kleidung, Studienexkursionen und -reisen, sowie Prüfungsgebühren. Ebenso wird dem Geförderten im Hauptstudium ein Auslandstudium finanziert. Die Förderung erstreckt sich bis zum Abschluß durch Promotion, wo die Förderung 800 - 1000 DM (familienunabhängig) beträgt. Eine Rückzahlung des Stipendiums ist nicht vorgesehen. - (KHG-Köln/Rhein Sieg)

Professorales gegen den Lohnkampf der Arbeiter

Professor Rosenbaums Versuche, den Studenten den Bourgeoisiestandpunkt „näherzubringen"

Auf den Beitrag eines Studenten auf dem „Buback Kongreß" der Opportunisten in der vorletzten Woche, der aufforderte, den monatelangen Streik der amerikanischen Bergarbeiter zu unterstützen, antwortete Professor Erich Fried in Parasitenphilosophie: „Die leben doch nun relativ nicht schlecht."

Innig bestrebt sind die Professoren, die Studentenmassen gegen die Arbeiterklasse aufzuhetzen und unter fortschrittlichem Mäntelchen wie Professor Rosenbaum vom Sozialwissenschaftlichen Fachbereich den Studenten Methoden zur Spaltung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung beizubiegen.

Rosenbaum ist „Spezialist" für „Arbeitsrecht" und „Tarifpolitik". In einem Aufsatz „Arbeitsrecht und Arbeitskonflikte in der Bundesrepublik" will er die „Bedeutung des Arbeitsrechtes für den Ablauf von Lohnkonflikten" analysieren und stellt die Frage, „ob das große Ausmaß rechtlicher Normierungen eine wesentliche Ursache für die bekannte Tatsache der im Vergleich zu anderen kapitalistischen Gesellschaften so außerordentlich geringen Zahl von offenen Arbeitskonflikten in der Bundesrepublik ist."

Tatsächlich behindert die herrschende Kapitalistenklasse den Zusammenschluß der Arbeiter auf jede denkbare Weise und sucht die Konkurrenz zwischen den Arbeitern zu fördern. Die Durchsetzung eines bestimmten Mindestpreises für die Arbeitskraft in Tarifverträgen benutzen die Gerichte, es für einen Bruch des Tariffriedens und verboten zu erklären, wenn die Arbeiter für ihre Ware den Preis nehmen, den sie durchsetzen können. Unterstützt die Gewerkschaft einen solchen Streik, muß sie dem Kapitalisten Schadensersatz zahlen. Selbständige Streiks sind durch das Bundesarbeitsgericht von vorneherein für verboten erklärt, grad wie der politische Streik durch die Rechtsprechung als illegal gilt und durch die Notstandsgesetze dies auch in die Verfassung aufgenommen ist.

Im „Soziologendeutsch" des Herrn Professor nimmt sich dieser Widerspruch zwischen dem Staatsapparat und den Interessen der Arbeiter als „Verrechtlichung der Kollektivbeziehungen" aus und wird er – gestützt auf den tatsächlichen Widerspruch zwischen dem Klassenverrat der Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsspitze und den Arbeitern – in die Gewerkschaft allgemein hineinverlagert: Die „Verrechtlichung" führe zu „Zentralisierung in den Verbänden und in den Lohnauseinandersetzungen, *dieses* wiederum zu einer Verstärkung des Moments der Verhandlungen gegenüber dem des offenen sozialen Konfliktes". Z.B. gehe mit den „überbetrieblichen Tarifbewegungen . . . die Initiative in den Lohnauseinandersetzungen von den Betriebskollektiven der Arbeiter an die Gewerkschaftszentralen über", in anderen Fragen bis hin zum Gegensatz von „Zentralen" und „Mitgliedern".

Dieses „System der zentralisierten Verhandlung" sei mit den selbstständigen Streiks der Arbeiter 1969 in eine „Krise" geraten, freilich ist seitdem in eine Krise geraten die „Konzertierte Aktion" und die Lohnleitlinien der Regierung, denen die Gewerkschaftssozialdemokraten die Arbeiterklasse im verfügten Lohnstopp vor 1969 unterworfen hatten und auch heute mit Blick aufs „Gesamtwohl" nichts lieber in den Streiks der Metaller und Drukker täten. Professor Rosenbaum schreitet unter Berufung auf diese Aktionen der Arbeiter dann gegen die „Zentralisierung" als solcher: „Um die gewerkschaftliche Lohnpolitik selbst wieder wirksam zu machen, muß das System der Lohnauseinandersetzungen entzentralisiert werden" – „muß das offen kämpferische Element . . . gestärkt werden". Ganz schön radikal, der Herr Professor und hat doch nichts anderes vor, als Spaltung und Zersplitterung der Arbeiterklasse, den einzelnen Arbeitern vorzutäuschen, sie führen besser, wenn sie ihre Sache, ohne sich um die anderen Arbeiter zu kümmern, mit ihm direkt ausmachen, statt im Zusammenschluß als Klasse in der Gewerkschaft. Der Unterwerfung der Arbeiter unter die Interessen der Kapitalisten wird die Entwaffnung gegenüber dem Staatsapparat gleich hinzugefügt: „Man kann sie also (die staatlichen Eingriffe, d.Verf.) nicht einfach als Eingriffe „von außen" in die industriellen Konflikte begreifen, denn in der staatlichen Gesetzgebung drückt sich mehstens eine politische Offensive wirtschaftlicher und sozialer Gruppen aus. Aber diese wirtschaftlichen und sozialen Gruppen werden gebrochen durch die politischen Institutionen – Parteien, Parlamente, Bürokratie –, die eine relative soziale *Eigenständigkeit* und *Eigendynamik* gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Interessensgruppen haben". Warum dann nicht ein „Vermittlungsgespräch" jetzt im Druckerstreik mit dem „neutralen Mann", dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, oder dem Staatsminister Wischnewski oder einem der sieben Sachverständigen mit den 3,5% unterm Arm?

Und was sind die Ziele einer „wirksamen Lohnpolitik"? Endlich das erreichen, was die Gewerkschaftspolitik trotz aller Erfolge nicht erreicht hat: „eine Umverteilung des Volkseinkommens zu Gunsten der Unselbstständigen". „In einer wachsenden kapitalistischen Wirtschaft muß ständig neu um die Verteilung des zugewachsenen Teiles von den Gewerkschaften gekämpft werden, da dieser Teil *zunächst* den Unternehmern zufällt und weil darüber hinaus die Verteilung des Volkseinkommens . . . auch auf den Produktenmärkten über die Preisgestaltung . . . (entschieden wird)" (Kaufkraftschwund, d.Verf.). Gerechte Verteilung des Kuchens. Das Ziel ist illusorisch. Solange die Kapitalisten über das Privateigentum an Produktionsmitteln verfügen, können sie sich den von der Arbeiterklasse geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum aneignen, wird dieser Anteil wachsen gegenüber dem Anteil, den sie als Löhne wieder aus der Hand geben, und die bestenfalls zum Leben der Arbeiter reichen.

In seinem Seminar im letzten Semester „Tarifpolitik" wendet Rosenbaum dann seine „Verteilungstheorie" in Gleichsetzung von Arbeitslohn, Profit und hohem Beamtenschmiergeld folgendermaßen gegen den Streik der Hafenarbeiter: „Wie kann man behaupten, die Hafenarbeiter hätten hohes Klassenbewußtsein gezeigt? Mehr Geld will schließlich jeder, mehr Geld wollen die Arbeiter, mehr Geld wollen die Unternehmer, und ich will auch mehr." Mehr aus den Arbeitern rausholen und weniger zum Leben für sie – das ist der Gedanke des Professorenpacks, bei Rosenbaum von Haus aus – er ist Kapitalistenabkömmling. – (KSB Südostniedersachsen)

Staatsanwalt und Richter in der Defensive

Sofortige Einstellung des Prozeses gegen die fünf Mitglieder des SRK Munster

An der Kundgebung und Demonstration, zu der die Soldaten- und Reservistenkomitees aufgerufen hatten, nahmen 500 Soldaten, Arbeiter, Schüler und Studenten teil. Die Staatsmacht hatte fünf Hundertschaften aufgeboten, einsetzen konnte sie die Polizei nicht gegen die Demonstraten. Seit dem Vormittag zogen verschiedene Demonstrationszüge durch die Stadt und forderten die Einstellung des Strafprozesses gegen die Mitglieder des SRK Munster. Durch verschiedene Agitationstrupps wurden auf der Straße 211 DM für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA gesammelt, auf der Kundgebung noch einmal 780 DM. Soldaten aus verschiedenen Kasernen erklärten ihre Solidarität mit den Angeklagten. Die Teilnehmer der Veranstaltung einigten sich darauf, die Kämpfe der Arbeiter und der Volksmassen zu unterstützen, so sind gute Bedingungen für den weiteren Verlauf des Prozesses geschaffen.

Im Prozeß gegen fünf ehemalige Mitglieder des SRK Munster, die angeklagt sind, planmäßig auf die Bundeswehr eingewirkt zu haben, um sie zu zersetzen und dabei die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat vertreten haben, zielten die Richter auf eine rasche und glatte Durchführung des Prozesses. Damit sind sie am ersten Tag nicht durchgekommen.

Die Angeklagten und die Verteidiger stellten den Antrag, daß zusätzliche Zeugen geladen werden müßten und zwar solche vom MAD, von der politischen Polizei und Offiziere. Ebenfalls müßte der ehemalige Verteidigungsminister Leber geladen werden. Die Untersuchungsakten sind ersichtlich frisiert. Das gesammelte Prozeßmaterial ist vor allem durch Abhöraktionen des MAD gesammelt worden, die mit Billigung des Leber durchgeführt wurden. Bekanntlich hat das Finanzkapital das Bekanntwerden der Abhöraktionen genutzt, um den ohnehin nötigen Führungswechsel zu vollziehen. Die Angeklagten und Verteidiger enthüllten, daß erheblich mehr Material in den Ermittlungen verwendet wurde, dieses war der Verteidigung vorenthalten worden. Staatsanwalt und Richter sind in der Defensive. Mit diesem Angriff haben sie nicht gerechnet. Sie beantragen Pause. Der Staatsanwalt will die Anträge erst am Montag behandelt haben. Nach einer Beratung stimmt die Staatsanwaltschaft der Ladung weiterer Zeugen zu, das Gericht lehnt ab. Der Beweisantrag sei unerheblich. Über den Antrag zu den Abhöraktionen soll am Montag entschieden werden. Die Bagage braucht Zeit zu beraten, wie sie die Panne wieder wettmachen kann.

Danach werden vier Soldaten vernommen. Ihre Vernehmung ergibt: Der „Funke", die Zeitung des SRK Munster, ist allgemein unter den Soldaten verbreitet, er geht in den Kasernen rum, er wird von den Soldaten positiv aufgenommen, sie finden richtig, was darin über die Bundeswehr steht. Über die Forderungen des SRK wird viel diskutiert. Zeugen konnten nur durch scharfe Unterdrückung gewonnen werden. Nach den Stubendurchsuchungen mußte die ganze Kompanie antreten und bekam eine Belehrung: Jeder, der etwas verschweige, mache sich strafbar. Die Soldaten wurden abgeordnet und verhört. Die Aussagen der Soldaten sind kein deutlicher Gewinn für das Gericht.

Der Kampf gegen den Prozeß wird von der Bourgeoisie scharf bekämpft. Die Kundgebung des KBW wurde verboten. Ein Stand vor dem Gericht wurde abgelehnt. Das würde einen möglichen Einsatz der Polizei im Gericht behindern. Diese Unterdrückung nutzte nichts.

9 Soldaten gegen SRK-Prozeß in Lüneburg

Hamburg. Roettigerkaserne.
Wenn die Reservisten wegen dieses Kampfes und wegen der Zielsetzung des SRK nach allgemeiner Volksbewaffnung angeklagt werden, bedeutet dies einen Angriff auf die Soldatenbewegung insgesamt. Es soll unter Strafe gestellt werden, daß sich die Soldaten zusammenschließen und organisieren für ihre notwendigen Ziele. Wir sind dagegen und verlangen in der Bundeswehr politische und gewerkschaftliche Freiheiten. Wir sind für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht und fordern die sofortige Einstellung des Strafverfahrens gegen die fünf Mitglieder des SRK Munster.

Österreichische Panzergrenadiere und Landwehr üben, einen Panzervorstoß der UdSSR aufzuhalten

Manöver „Gegen den Panzerschreck" auf dem größten Truppenübungsplatz Mitteleuropas

Zur selben Zeit, in der NATO-Truppen im Norden Europas im Manöver „Arctic Express" üben, den Zugriff der sozialimperialistischen Macht auf die Atlantik-Verbindung der USA zu unterbinden, einen Sperriegel zu errichten und, sofern möglich, selber gen Osten zu rücken, werden in Österreich verschiedene Übungen von Panzergrenadieren und der Landwehr durchgeführt. Diese zwar ohne NATO-Beteiligung, aber Aufgabenstellung und Zweck der Übungen sind Bestandteil der „Vorneverteidigung" der westlichen imperialistischen Mächte unter Führung der Supermacht USA: mit dem blitzartigen Angriff der sozialimperialistischen Macht fertigzuwerden und selber den Gegenangriff einzuleiten.

In der „Wiener Zeitung", der amtlichen Tageszeitung der österreichischen Regierung, werden sie charakterisiert:

„Die Übungen der 9. Brigade verdienen die Bezeichnung ‚Manöver gegen den Panzerschreck'."

An den Übungen in Allentsteig, dem

An den Übungen in Allentsteig, dem größten Truppenübungsplatz Mitteleuropas, nehmen „alle Kompanie-, Zugs- und Panzerkommandanten der 9. Panzergrenadierbrigade" an einer „Spezialausbildung" teil. Im Zusammenhang mit „Arctic Express" wird also geübt, den Zangenangriff der UdSSR zu zerschlagen.

Die Übung geht vom Verteidigungsfall gegen einen massiv auf österreichisches Territorium vorgetragenen Panzerangriff aus. Ist doch die UdSSR gezwungen, von den äußersten Grenzen ihres Imperiums, den Grenzen der von ihr besatzten Länder Osteuropas, einen Blitzkrieg in Mitteleuropa zu führen. Ein Weg dazu ist, Österreich zu nehmen, um durch Österreich hindurch nach Westdeutschland, je nachdem nach Italien einzufallen. Das Donautal bzw. über Graz in Richtung norditalienische Tiefebene sind dafür geeignetes Gelände. Die österreichische Generalität geht davon aus, daß man gegen die weitaus überlegene imperialistische Macht, die Supermacht UdSSR, nicht zur Entscheidungsschlacht antreten kann. Vielmehr sollen die „Verbände und Einheiten nach der Maxime der *Abnützung* des Angreifers" kämpfen und

„dies derart tun, daß der Angreifer bei Überwindung dieses Widerstandes derart viel Zeit verliert, daß dieses Unternehmen

Überwindung dieses Widerstandes derart viel Zeit verliert, daß dieses Unternehmen operativ sinnlos wird, weil der österreichische Widerstand dem eigentlichen Gegner des Aggressors Vorteile bringt, die gerade vermieden werden sollen."

So Spannocchi, österreichischer Armeekommandant. Der „eigentliche Gegner" ist die andere Supermacht mitsamt den unter ihrer Führung in der NATO organisierten westlichen imperialistischen Staaten.

Im besonderen sind die Übungen darauf berechnet, die sozialimperialistische Macht an ihrer verwundbaren Stelle, dem *Nachschub*, anzugreifen, ihn zu stören, zu zerstören, sie davon abzuschneiden.

„In den Truppenhandbüchern ist der Aktionsradius fast aller Panzer der West- und Ostarmee mit 300 und mehr Kilometer angegeben. Wer von dem ‚Geschäft' nichts versteht, wird also glauben, daß feindliche Panzer mit einer einzigen Tankfüllung bis in die Zentren des Bundesgebietes vorstoßen könnten." (Wiener Zeitung)

Dann wird festgestellt:

„In Allentsteig wurde nicht nach Kilometern, sondern nach Panzerbetriebsstunden gerechnet."

Angesichts der Tatsache, daß der Angriffspanzer sich auf österreichischem Boden auf unübersichtlichem Gelände bewegen, beständiger Angriffe gewärtig sein, oft genug sichern muß, folgt:

„Bei einer (schon sehr hohen) Marschleistung von 20 Kilometern reduziert sich der Aktionsradius von 300 und mehr Kilometern auf 50 bis maximal 70 km, und auch das nur unter der Voraussetzung, daß auf dieser Strecke kein Bundesheerpanzer und kein Scharfschütze in Aktion getreten sind."

Infolgedessen ist der Brennstoffverbrauch hoch:

„Die Nachschubprobleme sind für den Angreifer im Gegensatz zum Verteidiger also enorm. Tagesgesamtbedarf 600 Tonnen für 200 Panzer. Und hier bietet sich ein weiterer Vorteil für den Verteidiger: Er muß sich zunächst einmal nur auf die Vernichtung der feindlichen Treibstoffnachschubkolonnen konzentrieren, denn ohne Dieselöl oder Benzin (ohne laufenden Motor) kann ein Panzer nicht schießen."

Ist soweit die Aufgabe der Panzergrenadiere definiert, „ein Verteidigungspanzer hat die Kampfkraft von vier Angriffspanzern", sollen sie teils getarnt im Gelände, teils eingegraben operieren, so kommt das Kalkül auf die Nachschublinien hinzu:

„Versucht der Angreifer – was bei Großangriffen der Fall ist – eine Pipeline zu legen, kann diese mit schwerer Artillerie zerschossen und von Nahkampfkommandos immer wieder zerstört werden. Daraus ergibt sich für einen Angreifer die Notwendigkeit, den Nachschub mit starken Infanterieverbänden zu sichern – mit Truppen also, die zwangsläufig vorne bei der Angriffsspitze fehlen würden."

Die Nahkampfkommandos werden durch die Landwehr gebildet, kleine, bewegliche Trupps. Solche Übungen der Landwehr werden gegenwärtig gleichfalls in Österreich durchgeführt; das Fernsehen berichtet wiederholt zu guter Sendezeit.

Selbstlosigkeit ist seitens der österreichischen Bourgeoisie dabei nicht im Spiel. Spannocchi, der es in der Hitlerarmee vom Leutnant zum Major gebracht hat, erläutert:

Es wäre lächerlich, wenn Österreich „seine Teilnahme am nächsten Krieg an den ohnehin mißglückten Prinzipien des vergangenen orientieren wollte."

Der herrschenden imperialistischen Bourgeosie ist schmerzlich bewußt, daß sie in zwei imperialistischen Weltkriegen zweimal an der Seite des Verlierers, der deutschen Reichsbourgeoisie, gestanden hat und vor allem im Ergebnis des Ersten Weltkrieges erhebliche Teile ihres Territoriums verloren hat; daß die von ihr so verachteten, geschundenen, unterdrückten Nationen der Donaumonarchie ihre Freiheit erkämpft haben. Im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges wurde ihr durch die Völker und den Kampf der sozialistischen Sowjetunion ein Neutralitätsabkommen aufgezwungen.

So werden in verdruckster Sprache die eigenen Ambitionen mitgeteilt. Spannocchi:

„Der Angegriffene muß sich die Chance wahren, ein politisches Subjekt im eigenen Land zu bleiben, um sein Interesse national wahrzunehmen. Operative Absichten und eigene Geographie müssen eine Antwort haben, wo das sein muß und wie das abzustimmen ist. Dieser Gedanke führt in Ablauf und Vorbereitung sozusagen von *innen* nach *außen*."

Von Wien aus sind die meisten Grenzübergänge in die CCSR und Ungarn im Radius von 70 Kilometern zu erreichen.

Außerdem wurde letzte Woche von der Landwehr zusammen mit Zoll und Gendarmerie das Manöver „Kristall 78" in Osttirol durchgeführt. Das Fernsehen berichtet:

„Annahme der Übung: In einem Nachbarstaat Österreichs sind Unruhen ausgebrochen." „Die Übung soll unter möglichst realistischen Verhältnissen ablaufen, deshalb wird – wie bei diesem Angriff – scharf geschossen. Auch eine Premiere. Bisher waren Übungen im scharfen Schuß nur auf den Schießplätzen des Heeres möglich".

Osttirol ist passend. Mit dem Verlust Südtirols hat Österreich den eigenen direkten Zugang zum Mittelmeer und Häfen verloren, „ein besonderes Handicap". Die gesamte Erdöleinfuhr läuft über die Adria-Wien-Pipeline.

Die Vorbereitung auf den imperialistischen Raubkrieg wird Bestandteil der Verfassung, die Staatsmacht durchorganisiert: Mit dem 1. März 1978 werden die „Aufgaben des Armeekommandos und des Heeresbeschaffungsamtes durch das Bundesministerium für Landesverteidigung" wahrgenommen zwecks „Erhöhung der Effektivität der militärischen Führung." Juni 1977 wurde das Wehrgesetz novelliert und ausdrücklich ein neuer Paragraf eingefügt, daß das Bundesheer auch zur „Hilfeleistung im Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen" bestimmt sei. – (Korrespondentenbericht Wien).

Die Besatzertruppen müssen restlos abziehen

Der US-Imperialismus stärkt sein militärisches Potential für den Krieg um Europa

„Die Verteidigung der Vereinigten Staaten beginnt am besten so weit vorne wie möglich. Unsere Truppen im Kommandobereich Europa (EUCOM) sind eine schlagkräftige Streitmacht, die die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten schützt", so US-General George S. Brown in „Commandos Digest", Washington DC.

Um ihre „nationalen Interessen" in Europa zu schützen, haben die US-Imperialisten 220000 Söldner in Westdeutschland stationiert. Gegenwärtig sind sie dabei, diese Truppen auf Vordermann zu bringen: „Jahrelang richteten die Militärs in Washington ihr Hauptaugenmerk auf Vietnam und auf den Nahen Osten. Jetzt haben sie umgeschaltet: Die neue Dienstvorschrift der US-Armee ist praktisch für den Krieg in Europa maßgeschneidert." (Die Welt, November 76)

Die Sowjetunion ist von einem sozialistischen Staat zu einem imperialistischen Räuber geworden. Fieberhaft rüsten die US-Imperialisten in Westeuropa, um sich ihre militärische Ausgangsbasis im Kampf um die Weltherrschaft zu sichern.

„Das Potential der US- und der NATO-Streitkräfte insbesondere im Hinblick auf die konventionelle Kriegführung ist in den vergangenen Jahren wesentlich verbessert worden ... Zu diesem Zweck wurden in den vergangenen beiden Jahren bei den Stäben und Unterstützungseinheiten 17000 Planstellen gestrichen, die zu 98% der Kampftruppe zugute kamen. Mit Beginn des Jahres 1975 wurden weitere 18000 ‚Unterstützungs'-Planstellen gestrichen und den Kampftruppen im Operationsgebiet zugeschlagen. Das Verhältnis der Personalstärke von Kampf- und Unterstützungstruppen bei den Landstreitkräften hat sich von 58 zu 42 im Jahre 1968 auf Ende 1977: 73 zu 27 verschoben. Wir beabsichtigen, zwei weitere Brigaden nach Europa zu verlegen. Diese Verstärkung der Anfangskampfkraft auf Kosten des länger andauernden Kampfvermögens kann nur mit einem gewissen Risiko durchgeführt werden, aber es ist ein auf der Grundlage der Bedrohung kalkulierbares Risiko." (US-General Brown)

In der „norddeutschen Lücke" – bisher von deutschen Verbänden und von der britischen Rhein-Armee nur ungenügend abgedeckt – wird bis Herbst 1978 zusätzlich die US-Brigade 75 mit 3800 Soldaten und 400 Panzern stationiert. Diese Brigade ist die „Vorhut eines operativen Großverbandes" (FAZ) von 50000 GI's, die im Spannungsfall nach Norddeutschland verlegt werden soll. Im Raum Wiesbaden, auf der Drehscheibe zwischen Süd- und Norddeutschland, ist seit Anfang 1976 die Brigade 76 fest als Eingreifreserve stationiert.

Versorgung und Nachschub der 7. US-Armee in Westdeutschland läuft über Bremerhaven. In Bremerhaven-Weddewarden liegt die „US Army Support Group Westdeutschland" mit 2000 Soldaten. Jetzt ist eine Ortungskompanie nach Weddewarden verlegt worden, mit einer Flugabwehr-Radaranlage speziell ausgerüstet für die Ortung von Tiefliegern über der Weser. Geschützt wird dieser Nachschubhafen noch durch einen Gürtel von FlaRak Batterien (Flugabwehrraketen) der Bundeswehr. Durch den Bau der neuen Autobahn Bremen-Bremerhaven, die bei Bedarf als Fluglandebahn benutzt werden kann, ist die direkte Verbindung nach Garlstedt hergestellt. Da die Tiefebene Norddeutschlands ein geradezu ideales Gelände für einen massiven Panzerdurchbruch bietet, ist in der jüngsten Planung das Einfliegen und Anlanden der US-Marineinfanterie (Marines) in Dänemark vorgesehen. 1976 ist dies zum erstenmal im Manöver durchexerziert worden.

Durchführen kann der US-Imperialismus diese Manöver gestützt auf sein Besatzerrecht als Folge des 2. Weltkriegs.

Seit der Mitgliedschaft Westdeutschlands in der NATO sind der NATO-Vertrag (4.4.49), das NATO-Truppenstatut (19.6.51) und die Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut (3.8.59) die vertraglichen Grundlagen der Besatzerpolitik auf westdeutschem Boden.

Im Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den drei Mächten, dem Generalvertrag, heißt es im Artikel 5:

(2) Wenn die Bundesrepublik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft außerstande sind, einer Lage Herr zu werden, die entstanden ist,
- durch einen Angriff auf die Bundesrepublik oder Berlin,
- durch eine umstürzlerische Störung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung,
- durch eine schwere Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung,
- oder durch den ernstlich drohenden Eintritt eines dieser Ereignisse, und die nach der Auffassung der Drei Mächte die Sicherheit ihrer Streitkräfte gefährdet, können die Drei Mächte, nachdem sie die Bundesregierung im weitestmöglichen Ausmaß konsultiert haben, in der gesamten Bundesrepublik oder einem Teil der Bundesrepublik einen Notstand erklären.

(3) Nach Erklärung des Notstands können die Drei Mächte diejenigen Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um die Ordnung aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen und die Sicherheit der Streitkräfte zu gewährleisten."

Der Kampf des westdeutschen Volkes gegen die Imperialisten hat eine lange Tradition. 1954 z.B. kämpften die Bewohner der Siedlung „Kleiner Blink" in Bremerhaven mit Unterstützung der Arbeiter von Rickmers und Seebeck hartnäckig gegen die Vertreibung aus ihrem Wohngebiet, auf dem US-Kasernen gebaut wurden. Die geplante Truppenstationierung in Garlstedt wird von der Bevölkerung an jedem einzelnen Punkt bekämpft. Die US-Söldner sind Besatzertruppen. Ihre Ansiedlung bedeutet jedesmal Vertreibung der Arbeiter aus ihren Wohnungen, die Vertreibung der Bauern von ihrem Land. Ihre Anwesenheit ist ein großes Hindernis im Kampf des westdeutschen Volkes gegen die westdeutsche Bourgeoisie.

Abzug aller fremden Truppen, Abschluß eines Friedensvertrages, der die Souveränität der beiden deutschen Staaten wie Westberlins garantiert, unter diesen Forderungen kann die Arbeiterklasse das einen und einen Schritt voranmachen zur proletarischen Revolution. – (SRK Bremen-Unterweser)

Spanien: Bauern gegen Ausplünderung durch Preisdiktat

Am 9. März setzten sich spanische Bauern gegen das Preisdiktat für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Abwertung der Peseta zur Wehr. Sie stellten Tausende von Traktoren entlang von Straßen in der nördlichen Provinz von Lidira auf, um für höhere Erntepreise zu demonstrieren. Grundlage für diese Seite der Ruinierung der kleinen Bauern ist bereits das Wirtschaftsprogramm der Regierung Arias, das im Februar 1976 mit einer Abwertung der Peseta um 11% auf Druck der EG zur Gewährung eines Kredits eingeleitet wurde. 1977 wurde der Amtsantritt der Regierung Suarez mit einer erneuten Abwertung der Peseta um 20% eingeleitet. Die Volksmassen hatten die Abwertung mit einer sofortigen Lebensmittelpreissteigerung plus einer jährlichen Inflationsrate von 30% zu zahlen. Für die Bauern bedeutete die Abwertung und das weitere Sinken des Pesetakurses eine indirekte Kürzung ihres bereits kargen Einkommens. Der Preis für ihre Produkte wird von den Großgrundbesitzern bzw. von den Monopolgesellschaften für den Ankauf von agrarischen Erzeugnissen diktiert. Die Ausplünderung über Kredite, Pacht, Monopolgesellschaften für den Verkauf von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, für Dünge- und Insektenvertilgungsmittel sowie für den Ankauf, Verkauf und die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten bedeutet für die Bauern den Zwang in die Lohnsklaverei.

Neuer Höhepunkt im Landraub in Australien

Die Imperialisten sind zum Großangriff auf das Reservatland angetreten, auf dem die Kolonialisten die eigentlichen Besitzer des ganzen Landes, von ihnen „Aborigines" (Ureinwohner) genannt, zusammengetrieben haben. Die Regierung von Queensland will ab dem 1.4. die Inseln *Aurukun* und *Mornington* zu direkt ihrer Eingeborenenbehörde unterstehenden Gebieten machen. Gegen die bisherige kirchliche Verwaltung hatten die Bewohner Selbstverwaltungsrechte durchgesetzt. Auf Aurukun ist Bauxit gefunden worden. 1975 hat der Direktor der Eingeborenenbehörde mit den imperialistischen Monopolen Tipperary (USA), Billiten (Tochtergesellschaft von Royal Dutch Shell) und Pechiney (Frankreich) einen Vertrag geschlossen, der ihnen die Förderrechte für 3% des Profits der Tochtergesellschaft übertrug. Die Imperialisten wollen ihre Tochtergesellschaften „ohne Profit" arbeiten lassen, indem diese ihnen das Bauxit billigst liefern. Die Bewohner haben deshalb einen neuen Vertrag gefordert. Im Februar hat der zuständige höchste Staatsgerichtshof in London der Regierung von Queensland die Gültigkeit des alten Vertrages bestätigt. Die Übernahme der Inseln unter dem Vorwand der „schlechten Gesundheits- und Erziehungssituation" dient der polizeilichen Zerschlagung des Kampfes gegen den Landraub.

Im Northern-Territorium verlangt die Vertretung der Aborigines für die Uranförderung in ihrem Gebiet 2,5% des Verkaufserlöses und eine Summe entsprechend 30% der Förderkosten von der Bergwerksgesellschaft, 2 Millionen australische Dollar jetzt und jährlich 1 Million von der Regierung. Die Regierung von Westaustralien hat den Bewohnern des Kimberley-Gebietes alle Rechte über ihr Land abgesprochen. Dort sind Diamanten gefunden worden. Begründung der Siedlerregierung: Diese „Reichtümer gehören dem ganzen Volk, nicht einer einzelnen Gruppe."

Zusammenarbeit Ägypten/Sudan zur Entwicklung einer unabhängigen Wirtschaft

Ende Februar hat der Oberste Ausschuß für Integration zwischen Ägypten und dem Sudan getagt. Er hat eine Reihe von Projekten für die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern beschlossen:

- Verbesserung der gemeinsamen Verkehrsverbindungen und Erleichterung des Handelsaustausches, Bildung einer gemeinsamen Investitionsgesellschaft
- Gemeinsame Projekte bei Kanalbau, Bewässerung, landwirtschaftlicher Bebauung
- Gemeinsame Planung in Landwirtschaft, Luftfahrt, Düngemittel, Eisenbahn und Straßen
- Gründung eines gemeinsamen Gesundheitsfürsorgeverbands mit gemeinsamen Arzneimittelprojekten
- Eröffnung einer Schiffsverbindung Suez–Djidda–Port Sudan
- Gründung einer gemeinsamen Bergbaugesellschaft
- Ausweitung der Luftbild- und Satellitenaufnahmen des ägyptischen Weltraumforschungszentrums zum beiderseitigen Nutzen
- Gemeinsame Forschung auf dem Gebiet von Landwirtschaft, Zuckerindustrie, Lederverarbeitung und Traktorenproduktion.

Die Kommission erklärte, daß das gemeinsame Vorgehen der Solidarität der arabischen Staaten gegen imperialistische Einmischung nützt. Sie bekräftigte die Unterstützung beider Länder für die kämpfenden Völker von Zimbabwe, Azania und Namibia und forderte einen gerechten Frieden im Nahen Osten auf Grundlage des völligen Rückzugs der Zionisten aus den besetzten Gebieten und des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes.

Imperialistische Störmanöver gegen griechisch-türkische Verständigung

Ecevit und Karamanlis: Zypern ist eine Angelegenheit des zypriotischen Volkes

Zypern – 400 km nordöstlich des Suez-Kanals gelegene Mittelmeerinsel, seit mehr als einem Jahrhundert umkämpfter strategischer Punkt im Kampf um die Beherrschung des östlichen Mittelmeeres, des Wegs nach Asien und der Reichtümer des Nahen Ostens – war eines der Gesprächsthemen zwischen dem griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis und dem türkischen Ministerpräsidenten Ecevit am 10. und 11. März in Montreux.

Ziel dieses Treffens war, bestehende Widersprüche zwischen beiden Staaten gemeinsam zu einer Lösung zu bringen bzw. den Weg für eine Lösung zu bereiten. Dazu gehört auch die Frage der Verfügung über die vor einiger Zeit entdeckten Erdölvorkommen in der Ägäis sowie die Sicherung des Luftraumes und der Seemeilenzonen.

In einer gemeinsamen Erklärung zum Abschluß der Beratungen begrüßten Karamanlis und Ecevit die freundschaftliche und offene Atmosphäre des Gesprächs und gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß in der Fortsetzung der Gespräche auf Regierungsebene praktische Einigungen erzielt werden können. Bezüglich Zypern haben beide erklärt, es sei die Aufgabe der beiden Volksgruppen in Zypern, sich darüber zu verständigen.

Die Bedeutung dieser Erklärung wird erst in vollem Umfang klar, wenn man die unermüdlichen Versuche der Imperialisten, allen voran der Supermächte, untersucht, die griechisch-türkische Verständigung zu hintertreiben, die Widersprüche zwischen den beiden Staaten in den Strudel ihrer imperialistischen Konkurrenz um die Weltherrschaft hineinzureißen und unaufhörlich neue Spaltungslinien zu ziehen.

Im September 1977 inszenierten die US-Imperialisten im Rahmen der NATO ein Manöver im Mittelmeer mit Namen „Display Determination" (Demonstration der Entschlossenheit, d. Red.), das als kombinierte Übung von Luftwaffe, Marine und Bodentruppen in der Schlußphase den Angriff auf „feindliche Verbände" (der Sozialimperialisten) im östlichen Mittelmeer probte und mit der Anlandung von mehr als 6000 Mann US-Truppen an der türkischen Mittelmeerküste endete. „Diese Übungen gewannen besondere Bedeutung durch die erneute gemeinsame Teilnahme türkischer und griechischer See- und Luftstreitkräfte", schreibt die „Österreichische Militärische Zeitschrift". Diese griechisch-türkische „Gemeinsamkeit" im Rahmen der imperialistischen Raubinteressen des NATO-Bündnisses ist nichts anderes als der direkte Zwang der Imperialisten, den sie durch wirtschaftliche Unterwerfung dieser Länder erpressen. Griechenland wünscht den Anschluß an die EG; dafür verlangen die westeuropäischen Imperialisten unter der Direktive der USA seit über einem Jahr fortwährend „Zugeständnisse", die darauf abzielen, durch verschärfte Ausplünderung und Ausbeutung der griechischen Volksmassen den Tribut an das ausländische Finanzkapital abzupressen, das Land für den imperialistischen Waren- und Kapitalexport zu öffnen und die politische Reaktion mit der Hülle der parlamentarischen Demokratie zu umgeben, nachdem die faschistischen Diktaturen vom Kampf der Volksmassen gestürzt worden sind.

In den „Nachrichten für Außenhandel" peilen die westdeutschen Imperialisten die Lage in Griechenland: Unter dem Stichwort „Investitionserfahrungen deutscher Unternehmer in Griechenland" fordern sie, daß die Einfuhrzölle (von 30%) verschwinden müssen, weil das auf ihren Profit drückt.

„Die Ersparnis bei den Lohnkosten (!) wird deshalb bei kapitalintensiven Produktionszweigen häufig durch höhere Material- und Maschinenkosten zumindest teilweise ausgeglichen." (NfA, 25/78)

Die niedrigen „Lohnkosten" im Vergleich zu Westdeutschland sind ihnen keineswegs niedrig genug. Die Ausbeutung der griechischen Arbeiter soll durch Akkordsysteme verschärft werden. Allerdings: „Die Bezahlung im Akkordsystem bedarf der Genehmigung durch die Arbeitsbehörden, unterliegt aber heftigen Angriffen der Gewerkschaften, deren öffentliche Kampagnen in der Presse vor allem gegen einzelne multinationale Unternehmen gerichtet sind" (in denen die Ausbeutung am weitesten vorangetrieben ist, d.Red.).

Die Massenstreiks der griechischen Arbeiter, wie bei ITT, für 30% Lohnerhöhung, Fünftagewoche und Steuerbefreiung für die unteren Einkommen sind eine passende Antwort auf die profitgierigen „Erwartungen" der Monopole.

Um sich aus dem Zugriff der westeuropäischen Imperialisten zu lösen, hat Griechenland in der letzten Zeit verstärkt Handelsabkommen mit Ländern der Dritten Welt, darunter arabischen Staaten abgeschlossen, aber auch mit den Ländern des RGW und mit den Sozialimperialisten. Wie die Sowjetunion gerade über Handelsabkommen ihre Hegemonialpläne in die Tat umsetzt, läßt sich am Beispiel der Türkei zeigen. Nach dem „Zypern-Konflikt" von 1974 hat die Türkei die Konsequenz gezogen und die US-Imperialisten vor die Tür gesetzt, d.h. ihre Stützpunkte in der Türkei aufgelöst. Sofort haben sich die Sozialimperialisten angebiedert. Die Türkei ist (wie Griechenland) vor allem Agrarland. Hauptexportgüter sind Zitrusfrüchte, Rosinen, Feigen, Haselnüsse, Pflanzenöle sowie Baumwolle und Tabak. Die „Nachrichten für Außenhandel" vermelden am 15.3.: „Türkischer Außenhandel 1977 noch tiefer in den roten Zahlen", „Handelsbilanzdefizit Ende 77 4,061 Mrd. Dollar!" Der Export ist nicht gestiegen, sondern zurückgegangen. Der Grund soll sein, daß die traditionellen Ausfuhrgüter Baumwolle, Rosinen, Tabak wenig Abnehmer fanden, da sie auf dem Weltmarkt „zu überhöhten Preisen angeboten wurden". Sowohl hier als auch vor allem bei den Industriegütern „übten ausländische Abnehmer Zurückhaltung" ... „angesichts einer zu erwartenden umfamgreichen Abwertung der türkischen Pfundes." (NfA)

Zu dem ungeheuren Handelsbilanzdefizit ist es nicht zuletzt deshalb gekommen, weil die Sozialimperialisten sich zunächst angeschlichen haben als Handelspartner, indem sie höhere Preise boten als durchschnittlich auf dem Weltmarkt, dann Warenlieferungen zu Vorzugsbedingungen und in großem Umfang ergaunert haben, um dann die Preise der Agrarprodukte von Jahr zu Jahr unter Weltmarktniveau zu drücken. Sie erzwingen das darüber, daß sie sich den Großteil des Exports an bestimmten Agrarprodukten sichern und dann die Preise drücken, wobei die Türkei die Verträge einhalten muß, weil die Ware verderblich ist und keine anderen Lieferverträge bestehen.

Die geringen Restbestände versucht die Türkei dann unter großen Schwierigkeiten zu höheren Preisen auf dem internationalen Markt zu verkaufen, um den enormen Verlust aus dem Exportgeschäft mit der Sowjetunion zumindest teilweise auszugleichen. Schon 1975 haben die Sozialimperialisten auf diesem Weg der Türkei ca. 108 Mio. Türkische Pfund gestohlen.

Die katastrophale Verschuldung des türkischen Staatshaushalts versuchen nun wiederum die US-Imperialisten zu nutzen, indem sie die Vergabe eines IWF-Kredits zur politischen Erpressung einsetzen. (siehe KVZ 11/78)

Was die Sozialimperialisten über den Handelsbetrug und die Kompensationsgeschäfte betreiben, ergänzen die US-Imperialisten durch ihren Kreditwucher. Beide spekulieren darauf, sich die Türkei zu unterwerfen; im Kampf um den „unsinkbaren Flugzeugträger" Zypern – nach dem zynischen Wort der US-Imperialisten – soll die Türkei als Spielball der Supermächte eingesetzt werden, nicht zuletzt gegen Griechenland.

Im Nordteil Zyperns, wo 40% der Rohstoffe der Insel liegen, soll das Kapital, das die türkischen Arbeiter produziert haben, dazu benutzt werden, die Infrastruktur zu entwickeln, um den internationalen Kapitalexport anzulocken. 1977 wurden zwei Drittel aller Investitionen in Zypern von ausländischen Kapitalen angelegt. Die Produktion ist durch die Teilung der Insel seit 1974 auseinandergerissen, viele Produktionsstätten sind vernichtet worden, tausende Arbeitskräfte zwangsverfrachtet, vom Norden in den Süden und umgekehrt.

In der Logik eines Imperialisten spiegelt sich die strategische Bedeutung Zyperns für das Hegemoniestreben der Supermächte so wider:

„Überhaupt lebt und profitiert die Insel von Krisen im Nahost und Afrika, da sie Hauptumschlagsplatz für Waffen und Munition geworden ist." (Spiegel)

Wer von der Schürung der Widersprüche zwischen den Völkern Arabiens und Afrikas profitiert, ist gleichzeitig der erbittertste Gegner der Unabhängigkeit des zypriotischen Volkes. Mit jedem Störmanöver schaffen sich die Imperialisten weitere Feinde bei den Völkern der Dritten Welt. – (Z-Red.)

Die KPF-Revisionisten sind die besseren Gaullisten

Daß die Größe Frankreichs wiederhergestellt werden müsse, war die übereinstimmende Ansicht aller bürgerlichen Parteien im Wahlkampf. Das hat Marchais, der Generalsekretär der revisionistischen KP Frankreichs, schon 1974 in einer Rede auf dem XXI. außerordentlichen Parteitag der KPF klargemacht und seine intimen Bande zur französischen Bourgeoisie dargelegt: „Gleichzeitig haben wir die positiven Aspekte der Außenpolitik de Gaulles unterstützt, seinen Willen, Frankreichs Unabhängigkeit wiederherzustellen ... Wir haben das getan, zumal es dabei um Ziele ging, für die wir schon immer kämpfen."

Der Streit um Frankreichs Größe hat sich in den Wochen vor den Parlamentswahlen dann auch auf die Frage zugespitzt, von der die Stellung des französischen Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten wesentlich abhängt: auf den Lohn. Reformisten der Sozialistischen Partei und Revisionisten von der KPF forderten die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns (SMIC) von 1740 Francs auf 2400 Francs (etwa 1000 DM) im Monat, was eine Steigerung um 38% bedeuten würde. Rund 700000 Arbeiter und Angestellten würden davon profitieren, etwa 4% aller Lohnabhängigen, vor allem in der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie. Chirac, der Führer der Gaullisten, wollte auch erhöhen, aber so, daß „Kleinbetriebe nicht in ihrer Existenz gefährdet werden". Giscard d'Estaing schlug einen „Familienmindestlohn" bei drei Kindern von 3500 Francs vor, praktisch eine Regelung über die Sozialhilfe. Marchais, durch den Hinweis auf die Existenz der Kapitalisten herausgefordert, wollte daraufhin den Kapitalisten so an die 200 Francs zum Sozialversicherungsbeitrag zuschustern.

Die Sorge um die gedeihliche Entwicklung des Kapitals ist den KPF-Revisionisten in allen Fragen eine Herzensangelegenheit. Als im Januar 1978 200 meist portugiesische Arbeiter der von Deutschen betriebenen Textilfirma „Confection Lothar's" streikten und die Fabrik besetzten, um die Auszahlung des vorenthaltenen Lohns und eine Lohnerhöhung von 2100 auf 2300 Francs zu erzwingen, wollten die revisionistischen Gewerkschaftsführer der CGT die Forderung auf die Auszahlung des Lohns beschränken, „um Arbeitsplätze zu sichern". Die Gebrüder Lothar hatten von 1970 bis 1977 ihr Startkapital von 500000 Francs auf 2 Mio. Francs vermehrt. Wie, beschrieb eine Arbeiterin so: „Wir arbeiten für ein Butterbrot, aber die Kleidungsstücke, die wir herstellen, werden immer komplizierter. Am Fließband haben wir eine Vorgabezeit von 25 Minuten für einen Hosenanzug mit Innenfutter und aufgenähten Taschen. Um gute Arbeit zu machen, bräuchten wir wenigstens 40 Minuten." Weitere Rationalisierungen und Intensivierung der Arbeit sind im „Gemeinsamen Programm" von Sozialisten und KPF festgelegt: „Der berechtigte Schutz dieses Wirtschaftssektors (Klein- und Mittelbetriebe, Anm. d. Red.) erfordert ... die Ankurbelung der notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen."

Die Forderungen der Arbeiterklasse sind im „Gemeinsamen Programm" entstellt worden, um ihre Interessen den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals und der Ausdehnung der staatlichen Kontrolle zu unterwerfen. Die Nachtarbeit soll angeblich begrenzt werden, aber nur „soweit sie sich technisch durchsetzen läßt". Daß die Arbeiter darüber zu entscheiden haben, steht wohlweislich nicht im Programm. Die Renten sollen 75% des Lohns der zehn besten Verdienstjahre betragen und nicht unter dem gesetzlichen Mindesteinkommen liegen, aber die staatliche Kontrolle der Versicherungen wird aufrechterhalten und damit Raum für Manöver à la Ehrenberg geschaffen. „Der Unternehmeranteil (bei den Sozialversicherungsbeiträgen, Anm. d. Red.) wird erhöht", um aber sogleich wieder den Kapitalisten durch den Staat zugesteckt zu werden.

Rohstahlproduktion in Mio. Tonnen

	1974	1975	1976
BRD	53,2	40,4	42,4
Frankreich	27,0	21,5	23,2
Großbritann.	22,3	19,8	22,4

Währungsreserven in Mrd. Sonderziehungsrechten

BRD	13,6	13,5	13,1
Frankreich	5,5	3,8	3,7
Großbritann.	2,4	1,6	3,7

Stromerzeugung in Mrd. KWh

BRD	312	302	334
Frankreich	180	178	195
Großbritann.	254	254	258

Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1977

Kapitalanlagen der BRD in Mrd. DM

	31.12.75	31.12.76	30.6.77
in Frankreich	4,3	4,6	4,8
in Großbrit.	1,7	1,9	2,1

Kapitalanlagen in der BRD in Mrd. DM

aus Frankreich	2,3	2,6	2,7
aus Großbrit.	4,2	4,4	4,5

Quelle: Bundesanzeiger

Ein Blick auf die Tabellen zeigt, worum es geht. Der französische Imperialismus muß große Anstrengungen unternehmen, um sich gegenüber seinen beiden Hauptkonkurrenten in der EG, der BRD und Großbritannien, zu behaupten. Besonders im Maschinenbau, der Energieversorgung und der Stahlindustrie sind große technologische Umwälzungen und Rationalisierungen im Gange oder müssen beschleunigt werden. Zentraler Hebel dabei ist die Konzentration von Kapital in der Hand des Staates, die Verstaatlichung von Banken und Versicherungen sowie 15 großer Holdings. Streit im Lager des „Gemeinsamen Programms" gibt es noch, bei welchen Prozentbeteiligungen auch die Filialen dieser Holdings verstaatlicht werden sollen. Legt man den Vorschlag der Revisionisten zugrunde, dann werden Betriebe mit einem Umsatz von 240 Milliarden Francs und 1,4 Millionen Beschäftigten unter staatliche Regie gestellt. Die KPF-Revisionisten haben der Bourgeoisie schon oft dieses Geschäft besorgt. 1936 wurde die Eisenbahn (SNCF) verstaatlicht, in den Jahren 1944 bis 1946 vier große Banken, darunter Crédit Lyonnais und Société Générale, vier Versicherungsgruppen, SNECMA (Motorenbau) Renault. Ideologische Begleitmusik dazu war und ist der „friedliche Übergang zum Sozialismus", politisches Mittel ist die Mitbestimmung. Ein Verwaltungsrat, zusammengesetzt aus einem Drittel Vertretern der Regierung, einem Drittel „Arbeitervertretern" und einem Drittel Vertretern der Verbraucher und Lieferanten, soll die Arbeiterklasse mit dem bürgerlichen Staatsapparat verschweißen.

„Wir sind und bleiben Revolutionäre", beschwört Marchais diesen Vorgang und hetzt in einem großangelegten Ablenkungsmanöver gegen den gaullistischen Vorschlag einer „Participation", einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter, die das gleiche Ziel mit anderen Mitteln verfolgt.

„Die Marseillaise ist keine gaullistische Hymne, sondern das nationale Lied des französischen Volkes, und die Trikolore gehört dem französischen Volk", faßte Waldeck-Rochet, der Vorgänger Marchais', seine Erfahrungen aus dem Generalstreik der Arbeiter im Mai 1968 zusammen. Wer ist der bessere de Gaulle? – (Z-Red.)

BRD-Imperialisten im Kampf um das Energiemonopol in Brasilien

Die Gespräche zwischen dem brasilianischen Staatspräsidenten Geisel und Bundeskanzler Schmidt wurden von einem „kritischen Zaungast" beobachtet, bemerkt die bürgerliche Presse anläßlich des Staatsbesuchs des brasilianischen Präsidenten in Westdeutschland.

„Die USA haben sich nur scheinbar damit abgefunden, daß die Bundesrepublik mit dem größten Exportgeschäft ihrer Geschichte Brasilien eine komplette Atomindustrie liefert."

Den US-Imperialisten, die Brasilien als ihren „Hinterhof" betrachten, liegt das Kernreaktor-Geschäft ihres Rivalen noch schwer im Magen.

„Mit besondere Genugtuung nehmen wir von dem hohen Stand der Zusammenarbeit Kenntnis, die bei der Durchführung des Abkommens über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 27. Juli 1975 verwirklicht wird",

hat Schmidt frech in das gemeinsame Kommuniqué schreiben lassen, was einige Herren im Weißen Haus in Rage versetzt haben wird.

Die BRD-Imperialisten haben den Kampf um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären in Brasilien gewaltig intensiviert. Am gesamten Außenhandel Brasiliens sind die westdeutschen Kapitalisten heute mit über 10% beteiligt. Die Ausfuhren des BRD-Imperialismus nach Brasilien stiegen von 1966 bis 1976 von 596 Mio. DM auf 2737 Mio. DM; die Einfuhren erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 832 Mio. DM auf 2415 Mio. DM. Eisenerz, Ölfrüchte, Zucker, Kaffee, Baumwolle und andere Rohstoffe und Nahrungsmittel werden vor allem aus Brasilien in die BRD exportiert, während die westdeutschen Kapitalisten insbesondere elektrotechnische Erzeugnisse, Werkzeugmaschinen und Walzwerkstraßen nach Brasilien verkaufen.

Auf dem „deutsch-brasilianischen Unternehmertreffen" in Köln konnte der BDI-Präsident Fasolt stolz verkünden, daß das insgesamt nach Brasilien exportierte Kapital auf 7 Mrd. DM angewachsen und seit 1973 verdoppelt worden ist. Der Anteil des westdeutschen Kapitals an sämtlichen Auslandsinvestitionen in Brasilien stieg von 1969 bis 1977 von 10,4 auf 12,4%, während der US-amerikanische Anteil von 47,8% auf 31,8% zurückging.

„Brasilien erhielt in den letzten 14 Jahren mehr deutsches Privatkapital als jedes andere Land der Hemisphäre", schreiben die „Nachrichten für Außenhandel" und stellen beruhigt fest, daß die westdeutschen Monopole sich in allen wichtigen Industrien Brasiliens und dem gesamten Handel sowie im Bereich der Dienstleistungen festgesetzt haben, insbesondere in der Grundstoffchemie, der Kfz-Industrie, in der Elektro- und Nachrichtenindustrie, im Maschinenbau und der Bergbau- und Energieindustrie.

Die Konkurrenzschlachten, die die westdeutschen Monopole der US-amerikanischen Supermacht geliefert haben, zeigt die Steigerungsrate des Kapitalexports der US-Imperialisten, die mit 26,5% unter der der westdeutschen Imperialisten liegt.

Das gesamte ausländische Kapital, das die Imperialisten nach Brasilien exportiert haben, um es durch die Ausbeutung der brasilianischen Arbeiter profitabel zu verwerten, betrug im Dezember 1976 9 Mrd. US-Dollar. Die Auslandsverschuldung Brasiliens stieg von Januar 1977, als sie 28,6 Mrd. betrug, auf 30 Mrd. US-Dollar im Dezember 1977. Allein 7 Mrd. US-Dollar muß Brasilien 1978 für Zinsen und Tilgung von Schulden als Tribut für das Finanzkapital aufbringen, was der Hälfte des Werts des gesamten Exports Brasiliens entspricht.

Der wachsenden Abhängigkeit vom ausländischen Kapital ist Brasilien mit Beschränkungen des Kapitalexports entgegengetreten. Bei der Ausbeutung von Bodenschätzen und der Gewinnung von Elektrizität, der Erdölgewinnung und -verarbeitung, bei den inländischen Fluglinien, der Küstenschiffahrt und der Fischerei sowie bei Presse, Rundfunk und Fernsehen sollen die ausländischen Kapitalanteile an den Aktiengesellschaften die Minderheit bilden. Auf dem Gebiet des Nachrichten- und Fernmeldewesens strebt die staatliche Holding-Gesellschaft „Telebras" den Aufbau einer rein brasilianischen Fernmeldeindustrie an. Außerdem hat die brasilianische Regierung etliche Subventionsprogramme gestrichen und die staatliche Unterstützung auf die Steigerung der Erdölproduktion, der Stahlerzeugung sowie der Programme zur Selbstversorgung mit Rohstoffen und zur regionalen Entwicklung der Gebiete im Nordosten des Landes und im Amazonasgebiet beschränkt.

Gleichzeitig hat sie die Vergabe von Aufträgen an ausländische Konzerne für hochwertige Maschinerie und elektronische Ausrüstung an deren Zusage gebunden, einen Teil dieser Maschinerie in Brasilien zu produzieren und der brasilianischen Industrie die technischen Verfahren zu ihrer Herstellung zur Verfügung zu stellen. Durch diese Maßnahmen werden die westdeutschen Kapitalisten in ihrer Bewegungsfreiheit auf dem brasilianischen Markt eingeschränkt, was sie auf dem „deutsch-brasilianischen Unternehmertreffen" angriffen, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 9. März berichtet:

„Zu den deutschen Wünschen gehört gegenwärtig eine weniger starre und bürokratische Handhabung des brasilianischen Imports."

Andererseits wittern insbesondere die großen Banken und Konzerne, die selbst Fabriken in Brasilien besitzen, in diesen Maßnahmen der brasilianischen Regierung eine Chance, die US-Konkurrenz auszustechen. So sitzen z.B. in dem Firmenkonsortium, das die besten Chancen hat, den Auftrag für die Ausrüstung des Wasserkraftwerks Itaipu an dem brasilianisch-paraguayischen Grenzfluß Paraná mit Turbinen und Aggregaten im Wert von 2,5 Mrd. Dollar einsacken, Konzerne wie Siemens München und BBC Mannheim, die die Auflagen der brasilianischen Regierung – „hoher nationaler Fertigungsanteil", „Bereitschaft zum Technologie-Transfer" – erfüllen wollen, um damit den US-amerikanischen Konkurrenten General Electric, der sich gegen diese Maßnahmen sperrt, aus dem Feld zu schlagen.

1983 soll das Kraftwerk den ersten Strom liefern, woran die westdeutschen Kapitalisten beteiligt wären und somit den US-Konzernen den Strompreis diktieren könnten. Zusammen mit den Einflußmöglichkeiten, die sie sich über den „Vertrag zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" auf die Energieerzeugung Brasiliens geschaffen haben, hoffen sie, weiter gegen die US-Supermacht voranzukommen. Bei seinen „Gesprächen" mit dem brasilianischen Minister für Bergbau und Energie hat Bundesforschungsminister Hauff großen Wert auf den „Gedankenaustausch über Fortschritte und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der Energieforschung und -entwicklung, der Hochspannungs- und Gleichstromübertragung sowie der off-shore-Technik (Ölbohrtürme auf See) und der Kohlevergasung" gelegt. Dabei nutzen die BRD-Imperialisten die Tatsache, daß Brasilien seinen Rohölbedarf bisher nicht selbst decken kann und wegen der jährlichen Kosten für die Einfuhr von Rohöl in Höhe von 3,7 Mrd. US-Dollar bestrebt ist, so rasch wie möglich die eigenen Vorkommen im Festlandsokkel der Atlantikküste zu fördern. Durch Beteiligung an der Förderung dieses Öls will der BRD-Imperialismus gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: 1. will er sich damit den Zugriff auf das brasilianische Öl sichern und dabei kräftig Profite scheffeln, 2. die Kosten für Rohöl der westdeutschen Konzerne in Brasilien drükken und 3. einen Teil seiner Forschungskosten von Brasilien zahlen lassen. So hat z.B. Mercedes Benz do Brasil auf Kosten des brasilianischen Staates Forschungen über den Ersatz konventioneller Treibstoffe für Dieselmotoren betrieben. In dieselbe Richtung läuft ein Forschungsprogramm im Zentrum für Luftraumtechnik in Sao Jose dos Campos, wo auf einem Versuchsgelände Höhenforschungsraketen des Typs Sonda 3 erprobt werden.

Über eine Reihe von Abkommen über die wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit und die dazugehörigen zahlreichen „deutsch-brasilianischen Kommissionen" (die Wirtschaftskommission wird vom ehemaligen Wirtschaftsminister Friederichs geleitet) hat der BRD-Imperialismus sich weitere Einflußmöglichkeiten in Brasilien geschaffen.

Die scharfe Kampfansage an die amerikanische Supermacht und ihre Monopolstellung in Brasilien und in anderen Ländern Lateinamerikas muß der US-Imperialismus seinerseits mit einer schärferen Gangart beantworten. Völlige Hegemonie über dieses Gebiet und diese Länder stellt ein politische Interesse des US-Imperialismus von hohem strategischen Rang dar, weil er in einem Krieg mit der sozialimperialistischen Supermacht um die Weltherrschaft Kämpfe in seinem strategischen Vorfeld – als das er diese Länder begreifen – vermeiden will. Deswegen wird er seine dortige Monopolstellung mit Zähnen und Klauen verteidigen. Daß der BRD-Imperialismus seinen Kurs in Lateinamerika aufrechterhalten will, trotz der strategischen Interessen der amerikanischen Supermacht, hat Schmidt bei dem Besuch des brasilianischen Staatspräsidenten in Westdeutschland festgehalten:

„Beide Seiten wollen ebenfalls die Entwicklung der Zusammenarbeit auf Drittmärkten fördern, insbesondere bei der Errichtung von Industrieanlagen und bei Vorhaben für die wirtschaftliche Infrastruktur."

Kann das westdeutsche Finanzkapital den Auftrag für das Wasserkraftwerk Itaipu an der Grenze zu Paraguay ergattern und damit die Beteiligung an dem Projekt sichern, hat der BRD-Imperialismus den nächsten Schritt auf dem von Schmidt vorgezeichneten Weg der Expansion in ganz Lateinamerika schon getan. – Z-Red.)

Carter geht mit dem „internationalen Energieprogramm" gegen Konkurrenz vor

Am 10. März unterzeichnete Carter das Gesetz über die Nicht-Weiterverbreitung von nuklearen Brennstoffen. „Einige unserer Freunde müssen ihre Politik wieder in Ordnung bringen", kommentierte er befriedigt und mit unmißverständlich drohendem Unterton.

In „Unordnung" war für die US-Imperialisten einiges geraten: Zwei ihrer stärksten westeuropäischen Konkurrenten, die BRD und Frankreich, hatten sich durch erpresserische Verträge über die Lieferung von Kernreaktoren nach Brasilien bzw. Pakistan, die ihnen zahllose „Nachfolgegeschäfte" und verstärkte Einmischungsmöglichkeiten verschaffen, erfolgreich und mit beträchtlichem Anteil in die Ausbeutung und Unterdrückung dieser Länder eingekauft – und damit den US-Imperialisten kräftig in die Suppe gespuckt, die solche Geschäfte sich selbst vorbehalten möchten. Gleichzeitig werden die US-Imperialisten immer wieder damit konfrontiert, wie Carter bei seinem letzten Besuch in Indien, daß zahlreiche Länder der Dritten Welt sich allen Drohungen zum Trotz weigern, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, auf den Bau von Atomwaffen zum Schutz gegen die beiden Supermächte zu verzichten und „internationale Inspektoren" für ihre Schnüffeleien ins Land zu lassen.

Mit dem neuen Gesetz wollen die US-Imperialisten die Kontrolle über die Uranlieferungen verstärken, nehmen sie sich das Recht heraus, jedem Land, das sich den Bedingungen des Atomwaffensperrvertrages nicht unterwirft, alle Lieferungen sofort zu sperren. Nicht zuletzt wollen sie damit zukünftige „Brasilien"- oder „Pakistan"geschäfte ihrer europäischen Konkurrenten verhindern. Ausdrücklich wird das Gesetz auf bestehende Verträge angewandt, und damit vor allem auf den 1960 geschlossenen und bis 1985 laufenden Vertrag zwischen den USA und der EG. Wenn sich die EG-Imperialisten nicht innerhalb von 30 Tagen nach Unterzeichnung des Gesetzes bereit erklären, über diesen Vertrag neu zu verhandeln und ihn in den nächsten zwei Jahren entsprechend den diktierten Bedingungen zu ändern, droht ihnen sofortiger Lieferstopp. Unter dem Druck der US-Imperialisten mußten Kanada und Australien, die beide über erhebliche Uranreserven verfügen, ebenfalls ihre Bereitschaft zu verstärkten „Sicherheitsmaßregeln" bei ihren Lieferungen an die EG erklären.

Ein schweres Geschütz, das Carter gegen seine leidigen Konkurrenten auffährt: Die USA, Kanada, Australien und Südafrika verfügen zusammen über 80% der bekannten Uranreserven in der für die Förderung bevorzugten Preisklasse bis zu 80 Dollar Abbaukosten pro Kilo (außerhalb der Volksrepublik China und der RGW-Staaten). Ihr Uranmonopol ist der Grund, warum die US-Imperialisten sich stark genug zur Erpressung ihrer gesamten verbündeten Konkurrenz fühlen. Aber es ist längst noch nicht entschieden, ob ihnen dieser Schuß nicht nach hinten los geht. Frankreich und die BRD haben scharf protestiert, die französischen Imperialisten drohen, die von Carter vorbereitete „Internationale Konferenz über den Gebrauch von nuklearen Brennstoffen" zu boykottieren. Unter der Drohung des Uranlieferstopps scheinen die EG-Imperialisten um so eher entschlossen, ihre Bemühungen, die einseitige Abhängigkeit von den USA zu lockern, zu forcieren. Begonnen haben sie damit bereits in den vergangenen Jahren: Heute importieren sie nur noch 55% anstatt wie ehedem 95% ihres Bedarfs an angereichertem Uran aus den USA; einen wachsenden Teil beziehen sie aus der Sowjetunion. Gleichzeitig erweitern sie ihre eigenen Kapazitäten: Das englisch-niederländisch-westdeutsche Urenco-Konsortium baut zwei Anreicherungsanlagen in den Niederlanden und in Großbritannien, das französisch-italienisch-spanisch-iranische Eurodif-Konsortium eine Anlage in Frankreich. Ab 1979 sollen diese drei Werke 25% des benötigten angereicherten Urans für die EG-Imperialisten liefern. Unmittelbar nach Carters Gesetzesunterzeichnung gab ein britisches Gericht dem Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Windscale statt. Um sich auch von Rohuranlieferungen unabhängiger zu machen, forcieren die EG-Imperialisten, von denen bisher nur Frankreich eine nennenswerte eigene Produktion hat, ihre Uransuche und sind dabei kürzlich in Grönland auf größere Vorkommen gestoßen.

Carter bezeichnete die Unterzeichnung des Gesetzes als wichtigen Schritt zur Durchsetzung eines „internationalen Energieprogrammes". Zweifellos haben die EG-Imperialisten andere Vorstellungen darüber, welches Energieprogramm *ihren* imperialistischen Interessen am besten nützt. Die Konkurrenz zwischen ihnen und den US-Imperialisten verschärft sich und nimmt teilweise drastische Formen an: So versuchen die US-Imperialisten z.B. über ihren Generalstaatsanwalt in Europa „Kriminaluntersuchungen" über ein europäisches Uran-„Preisfestsetzungskartell" durchzuführen und unter Verletzung der Souveränität der EG-Staaten ihre Bestrebungen zu größerer Unabhängigkeit zu behindern. Und lamentieren dann noch verwundert, daß die EG-Imperialisten ihren Herren Untersuchungsrichtern die Tür gewiesen haben. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Ausbeuterklasse der DDR will besser ins Geschäft kommen

Leipziger Frühjahrsmesse: DDR-Produkte nur bedingt exportfähig

„Was wir dringend nötig haben, das sind mehr verkaufsfähige Exporterzeugnisse ... um erfolgreich in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet zu exportieren", führte Honnecker auf einer Konferenz der Kreissekretäre im Februar aus (Der Spiegel Nr. 11/1978). Die Antreiber sollen in die Stiefel kommen, um zu gewährleisten, daß die bitter notwendige Exportoffensive endlich ins Laufen kommt.

Auf der Leipziger Frühjahrsmesse, getreu dem Motto „Für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt", will die Ausbeuterklasse der DDR besser ins Geschäft kommen.

„Die Werkzeugmaschinen- und Werkzeugindustrie der DDR (WMW) ist mit 51 Einzelmaschinen, sechs Maschinen in Verkettung, 15 Modellen und mit einem umfangreichen Sortiment von Werkzeugen vertreten. Von diesen Exponaten sind 20 als Sondermaschinen anzusehen. In ihrer Gesamtheit vermitteln die gezeigten Maschinen und Produktionslinien einen optimalen Querschnitt des gesamten, alle Sparten der Metallverarbeitung umfassenden Fertigungsprogramms von WMW, das auch komplette Industrieanlagen mit einschließt ... Die Futterteildrehmaschinen DF2NC, DF3NC-S und DF3NC-B entsprechen nach Weltstandsvergleich in ihren technischen Parametern und ihrer konstruktiven Konzeption dem internationalen Stand." (Die Maschine, „dima", Nr. 2/1978)

Eine davon ist mit numerischer Bahnensteuerung ausgestattet, d.h. die in Bahnen ablaufende Materialzufuhr wird ebenfalls numerisch gesteuert.

Ein einheitliches Niveau des Maschinenbaus in der DDR ist jedoch noch nicht erreicht.

„Es zeigt sich aber auch, daß bei einigen Erzeugnissen in bestimmten Kennziffern noch bessere Ergebnisse erzielbar sind. Gemeinsam mit der Zulieferindustrie sollen jetzt in der DDR weitere Möglichkeiten genutzt werden." (dima Nr. 2/1978)

Große Probleme hat die DDR mit der Elektronik. Sie ist nicht in der Lage, Mikroprozessoren zu bauen, und muß sich daher für die Maschinenelektronik noch auf einfachere Elektronik stützen (Robotron-Technik), was den Nachteil hat, daß vielfältige Programme für die verschiedensten Arbeitsabläufe nicht gespeichert werden können. Aus hochwertigen Werkzeugmaschinen werden so mit der veralteten Elektronik „anspruchslose Massenware mit solider Technik" (Der Spiegel Nr. 11/1978). So werden Maschinen ohne Robotron-Technik in die Bundesrepublik geliefert. Je nach Bedarf der westdeutschen Kapitalisten werden sie dann mit Siemens-, AEG- oder SAAB-Steuerung ausgerüstet. Dazu läßt der „Spiegel" Kapitalistenvertreter sprechen:

„Mit ihrem Robotron können die wohl gut vor den Russen bestehen, hier nicht ... Was unsere Leute brauchen, ist nicht der Konfektions-, sondern der Maßanzug."

Laut „Spiegel" ist die DDR der größte Maschinenbauer des RGW. Trotzdem fällt es der DDR schwer, sich gegen die internationale Konkurrenz durchzusetzen, weil die anderen RGW-Länder, vor allem aber die CSSR, Ungarn, Polen und die UdSSR, zur DDR stark aufgeholt haben, ihr arge Konkurrenz machen und drohen, ihr fette Happen im Geschäft mit den westlichen Imperialisten abzunehmen. So ragen z.B. aus dem Angebot der CSSR Werkzeugmaschinen wie die numerisch gesteuerte Kreuzschiebetisch-Fräsmaschine FC5ONC mit Revolverkopf, die mehrere Arbeitsfunktionen mit einer einzigen Aufspannung des Werkstücks erledigen kann und große Zeiteinsparung bringt, heraus.

„Kräne beispielsweise, lange Jahre ein DDR-Exportschlager, bauen nun auch die Polen, Werkzeugmaschinen vergleichbarer Qualität die Ungarn und in manchen Bereichen anspruchsloser Technik bremsen bereits die relativ hohen DDR-Löhne den West-Export. So war für den schwedischen Möbelkonzern Ikea ... die DDR lange Zeit ein wichtiger Lieferant, der größte innerhalb des Ostblocks, nunmehr auf Platz vier abgerutscht – andere Ost-Staaten schreinern billiger." (Der Spiegel Nr. 11/1978)

Die DDR will und muß mit den westlichen Imperialisten, vor allem aber mit den BRD-Imperialisten, ins Geschäft kommen. Sie brauchen Devisen, Technologien zur Modernisierung der Industrie, um den Vorsprung im Maschinenbau gegenüber den anderen RGW-Ländern aufrechtzuhalten und in anderen Branchen weiter voranzukommen. Der Exportdruck verstärkt sich vor allem durch die ständig steigenden Rohstoffpreise der Sowjetunion. Honecker:

„Hinter jeder Tonne Rohstoff steht ein angewachsener Wert, den wir durch mehr Exporte finanzieren müssen." (Der Spiegel Nr. 11/1978)

Den Preis für die Rohstoffe und die Erhöhungen legen die Sozialimperialisten fest. Das hat dazu geführt, daß die DDR bei den RGW-Staaten, vor allem aber bei der UdSSR ständig in der Kreide steht. So im vergangenen Jahr mit rund 3 Mrd. Valuta-Mark (1 Valuta-Mark gleich 0,68 DM). Festgelegte Preise werden über den Haufen geworfen und so wächst der Preis noch während der „Geschäftsabwicklung". Immer mehr Maschinen müssen für eine bestimmte Menge von Rohstoffen als Gegenleistung geliefert werden. Immer mehr sollen die Arbeiter in der DDR schuften für den Export. Der Gang der kapitalistischen Produktionsweise muß sich auch in der DDR Bahn brechen, wenn die neue Bourgeoisie was werden will. Lohnsenkung über Preissteigerung steht auf dem Programm. Die Schichtarbeit wird eingeführt. Die Akkordarbeit wird über das Prämiensystem verschärft. Überstunden und Nachtarbeit sollen fester Bestandteil der Ausbeutung werden. Der Mutterschutz wird angegriffen und die verdeckte Arbeitslosigkeit wird offen aufbrechen. Der Löwenanteil geht an die Sozialimperialisten.

„Der Zwang zu höheren Ausfuhren in die RGW-Länder aber blockiert die Produktion für den West-Export, und zwar so stark, daß DDR-Betriebe, die mit ihren bundesdeutschen Handelspartnern Kompensationsgeschäfte – Ware gegen Ware – vereinbart haben, nicht liefern können." (Der Spiegel Nr. 11/1978)

Die westdeutsche Kapitalistenklasse läßt nicht locker. Sie hat den Köder ausgelegt. Über Kompensationsgeschäfte und Gestattungsverträge haben sie die DDR an der Angel und lassen ihr noch Luft mit dem vereinbarten Überziehungskredit (Swing). Sie lauern auf den Kapitalexport. Die westdeutschen Imperialisten wollen rein in die DDR und weit mehr. Kooperationen in Drittländer sollen ins Rollen kommen, die bisher an den fehlenden „erforderlichen praktischen Voraussetzungen", laut Rohwedder scheiterten. (Tagesspiegel, 8.9.77) Auf der laufenden Leipziger Frühjahrsmesse sollen Kooperationsverträge, die Algerien, Äthiopien und den Irak betreffen, eingeleitet werden. Damit will die westdeutsche Kapitalistenklasse zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: über die Kooperation den DDR-Markt erobern und gleichzeitig in Länder, deren Märkte bisher hauptsächlich die Sozialimperialisten beherrschen, vorstoßen. – (Z-Red.)

UdSSR arbeitet an „weltweiter Bewegung" gegen die Neutronenwaffe

Ob die Neutronenbombe jetzt in Westeuropa stationiert wird oder nicht, ist nicht entschieden. Alle Stellungnahmen, alle Pressekommentare aus dem Einflußbereich der UdSSR stellen als größten Feind der Neutronenwaffe wie auch als größten Feind des „Krieges", die Sowjetunion heraus. Sie erscheint als prinzipiell friedliebend, mehr noch als Garant des Weltfriedens überhaupt. In der DDR-Zeitschrift „Horizont" 10/78 wird auf die „Harmlosigkeit" der UdSSR so hingewiesen: „Wen will man denn (mit der Neutronenbombe) abschrecken? Ein Land, das niemand angreifen will? Ein Land, das erklärt, die Hauptbedingung seiner Existenz sei der Friede, das gerade deshalb auf dem Gebiet der Abrüstung die konkretesten und radikalsten Vorschläge unterbreitet hat?"

In dieser Weise sozusagen als „Friedensstreitmacht Nr. 1" auf der Welt ausgezeichnet, unternehmen die Sozialimperialisten gewaltige Anstrengungen, eine weltweite Bewegung unter ihrer Führung auf die Füße zu stellen, die gegen den US-Imperialismus und für die „Friedensstreitmacht" UdSSR zu Felde zieht.

Die Hauptparole für diese Bewegung lautet: „Im Namen des Lebens – ächtet die Neutronenbombe!" Stolz berichten die Sozialimperialisten in ihrer Presse, daß es ihnen jetzt gelungen sei, in den USA selber über ein sogenanntes „ad-hoc-Komitee für Abrüstung und Entspannung" sich zu einem Kongreß einladen zu lassen. Manfred Feist von der SED erklärt: „Was zählt ist einzig und allein die Tatsache, daß von Washington, der Hauptstadt der imperialistischen Führungsmacht, ein Ruf friedliebender Kräfte an die Völker der Welt erging." Verabschiedet worden ist eine sogenannte „Washingtoner Friedensproklamation", in der die Stärke der Bewegung so gekennzeichnet wird: „Nie zuvor hat es eine derart mächtige, umfassende Bewegung gegen den Krieg und für den Frieden, für die Beendigung des Wettrüstens und für Abrüstung gegeben."

Der SED-Vertreter Feist erklärt die Bedeutung des Kongresses: „Von vielen Rednern wurde der Appell aufgegriffen, das Jahr 1978 in einer weltumspannenden Aktion zum Jahr des Kampfes für das Verbot der Neutronenwaffe zu machen. Die ‚Washingtoner Friedensproklamation', das Hauptdokument des Treffens, ist natürlich in erster Linie eine Aufforderung zum Handeln, zur weltweiten Aktion."

Es soll also zu weltweiten Aktionen kommen. Der sowjetische Sozialimperialismus baut dabei auf seine Agenturen, die revisionistischen Parteien insbesondere in den imperialistischen Ländern, wie es die DKP für Westdeutschland ist.

Tatsächlich ist es den Sozialimperialisten in gewissem Umfang gelungen, aus der ideologischen Defensive, in die sie aufgrund der weltweiten Carter-Menschenrechtskampagne geraten waren, herauszukommen. Sie haben also wieder ein wenig Oberwasser, obwohl sie derzeit mehr als je in Aggressionshandlungen gegen fremde Völker, wie am Horn von Afrika, begriffen sind.

Die führenden Politiker des US-Imperialismus sprechen bereits von einem „toten Punkt" bei der Entscheidung über die Neutronenwaffe. Ihr neuester Coup besteht nun darin, der UdSSR ein „Austauschgeschäft" vorzuschlagen. Die UdSSR soll darauf verzichten, das neuentwickelte „Substantial Weapons System" (SS 20) in Stellung zu bringen, während die USA auf die Stationierung der Neutronenwaffe verzichten würden. Damit soll der „Schwarze Peter" wiederum der UdSSR zugeschoben werden. Die denkt natürlich nicht im Traum daran, ihre Kriegsrüstung zurückzuschrauben. Die sowjetische Zeitung „Kransnaja Swesda" schreibt: „Sollten jedoch solche Waffen (Neutronenbombe) im Westen produziert werden, muß die UdSSR die entsprechenden Maßnahmen zum Schutze ihrer Sicherheit ergreifen. Die verantwortungslosen Versuche, eine Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen, können nur zu einer erneuten Forcierung des Wettrüstens führen."

Das ganze ist eine elendige Schacherei der beiden Supermächte, wobei zwar viel über Frieden und Entspannung geredet wird, aber im Gegenteil der Krieg vorbereitet wird. Es ist völlig ausgeschlossen, irgendetwas im Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu erreichen, indem man sich auf die Seite einer der beiden Supermächte schlägt. Der Kampf gegen die Stationierung der Neutronenwaffe wie überhaupt gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte muß geführt werden unter den Losungen nach Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen, Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse wie NATO und Warschauer Pakt, Abzug aller fremden Truppen. – (Z-Red.)

Raumfahrtprogramm der UdSSR – Imperialistisches Expansionsprogramm

Letzten Donnerstag sind die sowjetischen Kosmonauten Romanenko und Gretschko nach 96 Tagen Aufenthalt auf der Salut-6-Orbitalstation wieder auf die Erde zurückgekehrt. Sie haben den US-amerikanischen Aufenthaltsrekord im All um 12 Tage überboten. „Und wieder sind wir die ersten in der Welt", jubelt die „Prawda" regelmäßig, wenn es den russischen Sozialimperialisten gelungen ist, die andere Supermacht zu übertrumpfen.

Das Raumfahrtprogramm der Sowjetunion ist Teil ihres imperialistischen Expansionsprogramms. Es dient in allen seinen Bereichen dem Streben der Sozialimperialisten nach der Weltherrschaft, die sie gegen die andere Supermacht erringen wollen. So wurde in den Beschlüssen des XXV. Parteitages der KPdSU festgehalten: „Die Erforschung und Erschließung des Weltraumes sind fortzusetzen. Zu erweitern sind Untersuchungen über den Einsatz von Mitteln der Raumfahrttechnik zur Erforschung der Naturschätze der Erde, in der Meteorologie, der Ozeanologie und der Navigation, im Nachrichtenwesen und für andere volkswirtschaftliche Zwecke."

80% der sowjetischen Satelliten sind Spionagesatelliten bzw. werden zu militärischen Zwecken eingesetzt. Sie kreisen rund um die Erde, fotografieren die strategisch wichtigen Territorien und registrieren sämtliche militärischen Bewegungen der anderen Supermacht und ihrer Verbündeten zu Wasser und in der Luft. Fällt gelegentlich ein solcher urangefüllter Satellit runter, wie unlängst in Kanada, ist der Protest der anderen Supermacht gedämpft, hat sie doch selbst eine Reihe solcher Satelliten auf Umlaufbahn.

Die Vorteile der Raumfahrt für die Kriegsvorbereitung und -führung hob A. Kowal, Vizepräsident der Internationalen Astronautischen Föderation, bereits 1969 in der „Iswestija" unter dem Titel „Nutzen der Kosmonautik für die Volkswirtschaft" hervor: „Groß ist die Bedeutung der künstlichen Erdsatelliten und der bemannten Raumschiffe. Sie ermöglichen es, große Territorien *global* zu erfassen und notwendige Angaben operativ zu gewinnen." Daß die Zeit drängt, die *globale Erfassung* auch praktisch werden zu lassen, erklärte der Kosmonaut Leonow in einem Streitgespräch über Für und Wider Leben im Kosmos im April 1977: „Auf der Erde wartet ja so viel Land darauf, daß jemand zupackt!" und ergänzt: „Ich wage zu behaupten, daß der natürliche Wunsch der Menschheit, ihren Lebensbereich auszuweiten, unaufhaltsam ist."

Abgesehen von der oben geschilderten „friedlichen Nutzung der Raumfahrt für die Volkswirtschaft" sichern die Satelliten und Orbitalstationen durch die *„Erforschung der Naturschätze"* vom Weltraum aus, daß diese auch alsbald „erfaßt" werden können. Von den Satelliten aus werden Aufnahmen gemacht über bisher unerschlossene Rohstoffvorkommen wie Erdöl- oder Erzlager. Flugs nach Funkübermittlung machen sich dann sozialimperialistische Geologen in die Länder der Dritten Welt auf, um die „nationale Entwicklung der Wirtschaft zu fördern" und bei der Suche nach Rohstoffen „behilflich" zu sein, gegen entsprechende Entdeckerrechte, versteht sich. Werden von den Satelliten aus Fischbestände geortet, ist auch hier gleich die sozialimperialistische Fischereiflotte zur Stelle, um die Meere weiter leerzufischen.

Noch bevor sie die Erde ausgepowert haben, sehen sie sich nach höheren Gefilden um. „Auf der Erde sind die *Energiequellen* knapp, im Kosmos dagegen im Überfluss vorhanden", erklärte der sowjetische Journalist Bubnow in dem obigen Streitgespräch. Gegenwärtig wird an einem Programm zur Gewinnung der Sonnenenergie im Kosmos gearbeitet.

Kosmonaut Leonow: „Auf der Erde wartet ja so viel Land darauf, daß jemand zupackt!"

Neben dem „kurzfristigen Programm" der Energiegewinnung aus dem All soll im 10. Planjahrfünft mit der Metallverarbeitung im All begonnen werden. In dem hohen Vakuum des Alls sollen neue Schmelztechnologien und Legierungsprozesse entwikkelt und angewandt werden. An einem „längerfristigen Programm" lassen die Sozialimperialisten noch forschen, nämlich wie die eisen- und nickelhaltigen Asteroiden zwischen dem Jupiter und Mars ausgebeutet werden können. Jüngst haben sowjetische Wissenschaftler ihre ersten Ergebnisse veröffentlicht. Danach sollen die Metalle mittels Sonnenenergie in Rohblöcke von 600 Tonnen gegossen werden, die dann raketenangetrieben in eine immer engere Erdumlaufbahn geschossen werden sollen, sodann unter Hinzufügung von Gasen zum Wassern gebracht und dann von Schiffen an Land geschleppt werden sollen. Aber das, so sagen die Sozialimperialisten bedauernd, liegt noch „in weiter Ferne".

Weil „die Sache aber nicht ganz einfach und billig ist", haben die Sozialimperialisten die von ihnen abhängigen Länder des RGW 1967 in ihr „Interkosmos-Programm" gezwungen. Seitdem mußten diese sich verpflichten, nahezu alle Ausrüstungen der Satelliten und Orbitalstationen zu stellen. Die hochentwickelten Fotoausrüstungen müssen zum Beispiel von der DDR aus dem Carl-Zeiss-Werk in Jena geliefert werden, die CSSR muß Röntgenphotometer und optische Photometer liefern, Polen hat unter anderem Laser-Apparaturen zu stellen. Dafür sind die RGW-Länder dann am „Interkosmos-Programm" auch beteiligt, insofern, daß von ihren Territorien genaue Satellitenaufnahmen gemacht werden.

1976 schlugen die Sozialimperialisten vor, daß sich die „Bruderländer im Rahmen des Komplexprogramms des RGW" auch an der bemannten Raumfahrt beteiligen. Vor wenigen Tagen war nun der erste Kosmonaut aus der CSSR mit im All. Ihm folgen sollen Kosmonauten aus der DDR, Polen und Kuba. Radio Prag mußte am 11. März in seinem Wochenkommentar das „großzügige und uneigennützige Angebot der Sowjetunion . . ., die der CSSR den Schlüssel zum Weltraum in die Hände gelegt hat", lobpreisen.

Genauso „uneigennützig" wie die militärische Okkupation der CSSR im Jahre 1968 durch die Sozialimperialisten ist auch ihr Raumfahrtprogramm. Es ist ein Programm der imperialistischen Expansion. – (Korrespondentenbericht Wien)

„Keine Großmacht darf sich einbilden, Jugoslawien einnehmen zu können"

Maßnahmen Jugoslawiens gegen Ausplünderung durch USA und EG

Keine Großmacht dürfe sich einbilden, daß sie Jugoslawien einnehmen könne. Sie stehe dann dem ganzen Volk gegenüber. Dies erklärte der jugoslawische Staatspräsident Tito während seines Besuches in den USA. „Die allgemeine Volksverteidigung, die bei uns im Gesetz verankert ist, umfaßt einige Millionen Menschen. Heute haben wir schon fast eine Million Mann unter Waffen im Rahmen dieses Systems, die zusammen mit der regulären Armee Übungen machen. Kurz gesagt, bei uns wird, falls notwendig, das ganze Volk, alle, die fähig sind, ins Feld rücken." (Tito im Interview gegenüber der New York Times; nach Tanjug)

Jugoslawien steht gegenwärtig unter starkem Druck beider Supermächte. Die USA-Imperialisten sind mit beträchtlichem Kapital an der Ausbeutung der jugoslawischen Arbeiter beteiligt und wollen die Versuche Jugoslawiens, die wirtschaftliche Unselbständigkeit zu überwinden, zunichte machen. Die Supermacht UdSSR will beständig Jugoslawien in ihr Wirtschaftsimperium eingliedern und es sich gefügig machen, da es unentbehrlich als Flotten- wie Luftstützpunkt im Kampf um das Mittelmeer und Sprungbrett in den Nahen Osten und Nordafrika ist.

Mit dem Monat März hat Jugoslawien Bestimmungen erlassen, um die drastisch gestiegenen Importe in den Griff zu bekommen. Ab sofort sind alle Importeure verpflichtet, den Zollbehörden gegenüber die Rechtmäßigkeit des Imports zu beweisen durch Bestätigung der jugoslawischen Nationalbank. Das ist ein erster Schritt, nachdem mit den Gesetzen über die Außenwirtschaft vom 1. März 1977 sich die imperialistischen Monopole praktisch ungehindert in Jugoslawien tummeln konnten. Der Erlaß ist noch keine starke Maßnahme, aber die Imperialisten reagieren gereizt: „Papierkrieg".

Im Jahr 1977 haben die westlichen Imperialisten den Anstrengungen Jugoslawiens, die Ausplünderung zu begrenzen und Schritte zur wirtschaftlichen Selbständigkeit zu machen, in einem eiskalten Manöver einen drastischen Rückschlag zugefügt. 1976 war das erste und jenes Jahr, in dem es Jugoslawien erstmalig gelungen war, sein großes Handelsbilanzdefizit ihnen gegenüber zu verringern. Dies über Drosselung des Imports und vermehrte Anstrengungen, die eigene Produktion zu fördern. Der Zwang zum Import von Konsumgütern, der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, konnte durch eigene Anstrengungen erheblich reduziert werden. Jugoslawien wurde bei Getreide Selbstversorger.

Das Außenhandelsbilanzdefizit wurde um 1,1 Mrd. Dollar (1974: 3,7 Mrd. Dollar) verringert. Betrug die Deckung der Einfuhr durch den Export Jugoslawiens 1975 31 Prozent, so 1976 51%. Im Warenaustausch mit den USA gelang es Jugoslawien 1976 im ersten Halbjahr erstmalig, anstatt eines Defizits einen Überschuß zu erzielen. 1977 holten die westlichen imperialistischen Mächte zum Gegenschlag aus: das Handelsbilanzdefizit wurde drastisch in die Höhe getrieben allein dadurch, daß Jugoslawien seinen Export kaum steigern konnte. Gegenüber der Sowjetunion ist es Jugoslawien gelungen, das Defizit gering zu halten. Neunzig Prozent des Defizits und damit der Verschuldung entfallen auf die westlichen imperialistischen Mächte, hier wiederum knapp über die Hälfte auf die EG. „Die Lücke im Export Jugoslawiens wächst", wird triumphierend von der imperialistischen Presse festgestellt. Für September 1978 stehen die Verhandlungen zwischen der EG und Jugoslawien über ein neues Wirtschaftsabkommen an. Die Marschroute haben die Imperialisten schon festgelegt: sie wollen die „wirtschaftliche Annäherung Jugoslawiens an die westliche Welt" weiter befördern.

Angesichts dieser Lage festigt Jugoslawien in zwei- und mehrseitigen Abkommen mit den anderen Balkanländern die gegenseitige Zusammenarbeit. Dies dient der Herausbildung einer gemeinsamen Front gegen die sozialimperialistische Macht und ist für Jugoslawien zugleich Mittel, gegen die wirtschaftliche Ausplünderung und politische Erpressungsversuche der westlichen imperialistischen Mächte anzukämpfen. Im letzten halben Jahr wurden Handelsverträge mit Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien abgeschlossen. Sie sehen jeweils eine beträchtliche Steigerung des Warenaustausches vor und hier insbesondere in den Wirtschaftszweigen, die für den selbständigen Aufbau der Wirtschaft notwendig sind: Maschinenbau, Energieversorgung etc. Mit Rumänien wurde für das Jahr 1978 der Beginn der koordinierten Produktion im Schiffbau vereinbart.

Es ist für das Hegemoniestreben der beiden Supermächte schlecht, wenn sich die Balkanländer auf der Grundlage der Achtung der Prinzipien der „Gleichberechtigung, Unabhängigkeit, Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" (Kommuniqué Jugoslawiens mit Ungarn) zusammenschließen. Jugoslawien unterstützt zugleich entschieden die Forderung, daß das Mittelmeer ein „Meer des Friedens" werden muß. Derzeit besucht eine jugoslawische Regierungsdelegation den Sudan, Somalia und Äthiopien. Sie vertritt den Standpunkt, daß die afrikanischen Völker ihre Angelegenheiten ohne jeden Druck und ohne jede Einmischung von außen selber regeln und die bestehenden Grenzen in Afrika respektiert werden sollen. Jetzt hat der ägyptische Präsident Sadat den jugoslawischen Staatspräsidenten Tito zu einem Besuch nach Ägypten eingeladen. In einer Situation, in der die sozialimperialistische Macht alle Anstrengungen macht, um Ägypten zu isolieren und die arabischen Staaten zu spalten, ist die Festigung der Beziehungen zwischen Ägypten und Jugoslawien, dieser beiden Länder, die für die UdSSR beiderseits des Mittelmeeres Stützpunkte abgeben sollen, ausgesprochen nützlich. – (Z-Red.)

Aus dem Inhalt:
Bürgerliche Ideologie vom Kriege • Nutzanwendung der bürgerlichen Ideologie vom Kriege in der Politik • System der bürgerlichen Ideologie vom Kriege • Das System der bürgerlichen Ideologie vom Kriege in Aktion • Kriegsziel Frieden • Die kapitalistische Konkurrenz führt zum imperialistischen Krieg • Material zur geschichtlichen Bewegung der imperialistischen Konkurrenz • Zur strategischen Lage der imperialistischen Konkurrenten • Strategische Interessen der imperialistischen Konkurrenten • Kann der imperialistische Krieg verhindert werden?

Buchvertrieb Hager
Postfach 119151, 6000 Frankfurt/Main

Beide Supermächte, USA und UdSSR, raus aus Afrika!

Gespräch mit Genossen Gqobose, Mitglied des Zentralkomitees des Pan Africanist Congress (PAC) von Azania

Der Aufstand in Soweto begann mit dem Kampf gegen die zwangsweise Einführung der Siedlersprache Afrikaans in den Schulen. In den letzten Monaten haben wir von neuen Kämpfen der Schüler gehört. Was sind jetzt ihre Forderungen?

Es geht immer noch um die Sprachenfrage, mit der die Aufstände begannen. Die Schüler fordern, daß Afrikaans, die Sprache der Unterdrükker, an den Schulen abgeschafft und durch eine nicht minderwertige richtige Sprache ersetzt werden muß. In den letzten paar Monaten ist über diesen speziellen Kampf hinaus der Kampf um die Landfrage geführt worden. Das Volk von Azania, besonders das afrikanische Volk, muß mehr Land kriegen. Denn die ganze Zeit hat es nur einen winzigen Teil des Landes gehabt. Alle Gesetze, die den Landbesitz beschränkt haben, müssen abgeschafft werden, damit wir genug Land kriegen. Dieser Kampf wird nicht nur auf dem Land geführt, wo die Bauern leben, sondern auch in den Städten, weil bei uns die Afrikaner kein Land in den Städten kaufen oder besitzen dürfen. Schließlich gibt es die Forderung der Arbeiter, Bauern und Schüler, daß das Bantustansystem abgeschafft werden muß. (...)

In welchen Formen wird der Kampf für die Forderung nach mehr Land geführt?

Das allgemeine Konzept ist das des bewaffneten Kampfes. Der bewaffnete Kampf hat zwei Seiten, den Kampf der Bauern und des Volkes auf dem Land und den Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen in den Städten. In den Städten nimmt er die Form der Sabotage an, Sabotageakte gegen die wichtigsten Organe der Unterdrückung, Sprengen von Polizeistationen, von Fabriken, von großen Geschäftsgebäuden wie Supermärkten. Auf dem Land nimmt er die Form von Bauernorganisationen an, vor allem in den Bantustans, wo sich das Volk gegen das Marionettenregime der Häuptlinge zusammenschließt.

Welche Fortschritte habt Ihr in der letzten Zeit bei der Vorbereitung des bewaffneten Kampfes gemacht?

Nach der Befreiung der Nachbarländer Mocambique, Angola usw. sind wir jetzt in der Lage, mit ausgebildeten Kadern von außen ins Land zu gelangen. In den letzten ein bis zwei Jahren haben wir zwei Mitglieder unseres Zentralen Komitee ins Land geschickt. Unglücklicherweise wurden sie verhaftet und warten jetzt auf ihren Prozeß vor den rassistischen Gerichten dort. Zusätzlich also zu der „ruhigen" Art Untergrundarbeit, die Massen zu mobilisieren, sind wir jetzt aktiver geworden darin, Kader von außen ins Land zu schicken, um die Massen auszubilden.

Was ist das Haupthindernis für den bewaffneten Kampf in Azania?

Das Haupthindernis ist, daß wir nicht genügend Waffen haben, um die Volksmassen zu bewaffnen. Politische Erziehungsarbeit und gegenseitige Verständigung haben wir bis zu einem gewissen Punkt erreicht ... aber jetzt ist das Hauptproblem, wie die Massen des Volkes bewaffnet werden können.

Wir haben auch einige Schwierigkeiten mit Nachbarländern gehabt auf Grund des Einflusses, den die Imperialisten ausüben. (...) Auf Grund dessen haben wir Schwierigkeiten, einige Frontstaaten zu überzeugen, daß wir nur mit dem bewaffneten Kampf die Befreiung erreichen können und daß sie uns dabei unterstützen müssen.

Du sprachst von dem Druck der westlichen Imperialisten, um die Frontstaaten zu einer „friedlichen Lösung" zu zwingen. Wie ist die Position der Sowjetunion?

Die Position der Sowjetunion ist ganz klar. Sie ist, in Afrika Hegemonie zu erringen, nicht nur in bestimmten Teilen des südlichen Afrika. Sie unterstützt den bewaffneten Kampf in dem Maß, wie sie ihr eigenes Interesse durchsetzen kann. (...) Wir haben gesehen, was in Angola passiert ist, wir sehen, was jetzt am Horn von Afrika passiert, wo die Sowjetunion drinhängt, und wie sie die Somalis verraten haben. (...) Wir sagen nicht, daß eine Supermacht weniger gefährlich als die andere ist. Sie sind beide gefährlich, weil z.B. die USA und die westlichen Mächte in unserem Land physisch präsent sind, auf wirtschaftlichem Gebiet, im Handel, militärisch usw. helfen sie dem rassistischen Regime dort, geben ihm Waffen, töten unsere Menschen, wenn sie demonstrieren. Sie bauen Fabriken dort, geben ihnen militärisches know-how. (...) Daher sagen wir, daß wir gegen beide Supermächte kämpfen müssen. Beide Supermächte, USA und Sowjetunion, raus aus Afrika. Das ist unser Kampf.

Heute berichten die Zeitungen, daß Gatsha Buthelezi (1) eine sogenannte „Allianz der Unterdrückten" zusammen mit Organisationen der Inder und der sogenannten Mischlinge gegründet hat. Was haltet Ihr davon?

Wir glauben nicht, daß das wirklich seine Absicht ist. Grundsätzlich wäre es eine gute Sache für die Afrikaner, die Mischlinge und die Asiaten, sich solidarisch zusammenzuschließen gegen das rassistische Regime. Das wäre korrekt. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist natürlich, daß, wenn diese Initiative von Gatsha Buthelezi ergriffen wird, wir denken, daß Opportunismus dahintersteckt. Wir glauben nicht, daß er es ehrlich meint, weil er die Bantustans akzeptiert hat. (...) Die positive Seite ist, daß er nicht bereit ist, soweit zu gehen wie Matanzima und Manope, die die sogenannte Unabhängigkeit der Transkei und von Bophutatswana akzeptiert haben, was reiner Bankrott ist. Er hat sich dagegen gestellt. Er will kein „unabhängiges" Kwazulu, er will die Unabhängigkeit für alle Schwarzen dieses Landes. Und wenn er jetzt so etwas sagt, ist das natürlich gut, weil es Widersprüche im feindlichen Lager schafft.

Welche Fortschritte sind in der letzten Zeit gemacht worden, um die verschiedenen Organisationen der nationalen Befreiungsbewegung zu vereinigen oder eine Einheitsfront zu bilden?

Zunächst und vor allem: Schon 1967, vor mehr als zehn Jahren, haben wir den Vorschlag gemacht zur Bildung einer Einheitsfront mit dem ANC, dem revisionistischen ANC. Damals hat der ANC abgelehnt, mit uns eine Einheitsfront zu bilden, wegen der entgegenstehenden Interessen der Revisionisten, und sie lehnen es immer noch ab. Aber andere Organisationen wie die Unity Movement, eine kleine, 1976 gegründete Organisation, sind mit uns übereingekommen, eine Einheitsfront zu bilden. Ebenso der ANC/African Nationalists. Drittens ist auch die Black Consciousness Movement, Organisationen wie SASO, BAWU, Black People's Convention usw. (2) ... bereit, mit uns eine Einheitsfront zu bilden. Das war einer der Gründe, warum sie im letzten Jahr verboten wurden. (...) Und was noch wichtiger ist: Organisationen wie SASO, BPC, BAWU usw. stellen wir unsere Möglichkeiten zur militärischen Ausbildung zur Verfügung. Weil wir eine von der OAU anerkannte Befreiungsorganisation sind und die OAU uns diese Möglichkeiten gibt, geben wir sie an diese Organisationen weiter. Ihr seht also, obwohl wir formell noch keine Einheitsfront gebildet haben, arbeiten wir informell schon in jeder Weise zusammen.

Welche Bedeutung haben die Vereinten Nationen für Euren Kampf

Die UNO als solche mag unseren Kampf nicht ohne Einschränkung unterstützen, weil sie durch die westlichen Imperialisten manipuliert wird, die den bewaffneten Kampf zerstören wollen, damit die Volksmassen keine wirkliche Befreiung erringen. So sehen wir es. Aber wir nutzen die UNO natürlich als eine Tribüne, um die Rassisten zu verurteilen und ihre Greueltaten ans Licht zu bringen. Die UNO ermöglicht uns das, und wir tun es.

Aber in der UNO gibt es auch die Afrikanische Ländergruppe, die mit unserem Kampf sympathisiert und mit uns solidarisch ist. Wenn es eine Ländergruppe wie die der afrikanischen Länder in der UNO gibt, die den Befreiungskampf unterstützt, dann beeinflußt sie die anderen Länder der Dritten Welt, die dann in der ganzen Welt unseren Kampf unterstützen. Das ist für uns die positive Seite der UNO. Und von dieser Solidarität der Afrikanischen Gruppe und der Länder der Dritten Welt in der UNO geht ein Einfluß auf die Arbeiterklasse, das Proletariat der Industrieländer aus. (...) Es ist sehr, sehr wichtig, daß Solidarität und Verständnis und Unterstützung durch die Länder der Dritten Welt und die Arbeiter der Industrieländer noch enger und stärker werden müssen, so daß wir eine weltweite Solidarität der Arbeiterklasse und des Proletariats gegen alle imperialistischen Mächte, einschließlich der Supermächte selber, entwickeln können.

Wir fordern das Proletariat Europas und Nordamerikas nicht auf, physisch nach Azania zu gehen und dort für uns zu kämpfen. Sondern die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse in den Industrieländern, in Westeuropa und Nordamerika ist es, gegen ihre eigene Bourgeoisie zu kämpfen, gegen ihre eigenen Kapitalisten ... Ihre Siege gegen ihre eigenen einheimischen Reaktionäre und Kapitalisten helfen unserem Kampf, ohne daß sie dazu physisch in unserem Land anwesend sein müßten.

(1) Gatsha *Buthelezi*, ein bürgerlicher afrikanischer Politiker, hat sich dazu hergegeben, den Kolonialisten als schwarzer „Ministerpräsident" ihres Bantustans Kwazulu zu dienen.

(2) *SASO* (South African Student Organisation) ist eine fortschrittliche afrikanische Studentenorganisation, *BAWU* (Black Allied Workers Union) eine afrikanische Gewerkschaft. Beide wurden zusammen mit anderen Organisationen der *Black Consciousness Movement* (Schwarzes-Bewußtsein-Bewegung) im letzten Herbst verboten.

Sofortige Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!

Am 14. März hat der UN-Sicherheitsrat die „interne Lösung" von Ian Smith, Muzorewa, Sithole und Chirau als „illegal" zurückgewiesen. Für diese Resolution gestimmt haben Gabun, Mauritius, Nigeria, Kuwait, Bolivien, Venezuela, Indien, die Volksrepublik China, Tschechoslowakei und Sowjetunion. Der Stimme enthalten haben sich die USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und die BRD. Die Durchsetzung der Resolution ist ein Schlag gegen die Versuche neokolonialer Lösungen in Zimbabwe und im ganzen südlichen Afrika, ein Erfolg des bewaffneten Befreiungskampfes und der Länder der Dritten Welt. Die fünf westlichen imperialistischen Haupträuber haben sich der Stimme enthalten. Dagegenzustimmen, was ein Veto bedeutet hätte, haben sie nicht gewagt. Sie mußten ihre völlige Isolierung befürchten. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben für die Resolution gestimmt und Solidarität mit dem Befreiungskampf geheuchelt. Tatsächlich setzen sie auf die Spaltung des Befreiungskampfes über die Spaltung der Patriotischen Front, die ihn führt. Wie herb für sie, daß in New York neben Robert Mugabe auch Joshua Nkomo auf die Behauptung, er rufe kubanische Truppen zu Hilfe, betonte: „Wir führen unseren eigenen Krieg. Wir bitten nicht andere, uns zu helfen."

Die US-Imperialisten und die britischen Imperialisten hatten mit Unterstützung der Bundesregierung versucht, die Verabschiedung der Resolution zu verhindern. Carter und der britische Außenminister Owen hatten nach Unterzeichnung der „internen Lösung" die Patriotische Front zu einer Konferenz aufgefordert, bei der auch Smith und die afrikanischen Verräter anwesend sein sollten. Der entscheidende „Schönheitsfehler" der „internen Lösung", daß die Patriotische Front als entscheidende politische und militärische Kraft nicht daran teilnimmt, sollte so beseitigt werden. Die Patriotische Front hat abgelehnt. Robert Mugabe: „Wir sind gegen Versuche, uns mit den internen Marionettenführern zu verheiraten." Die Patriotische Front werde den Kampf gegen das Smith-Regime fortsetzen, solange nicht der Übergang zur Mehrheitsregierung mit der Patriotischen Front ausgehandelt sei, was auch die sofortige Ersetzung der Söldnerarmee durch die Volksbefreiungsstreitkräfte beinhaltet. Am 12. März haben Guerillaeinheiten mit Raketen und Mörsern die größte Kohlenmine des Siedlerregimes bei Wankie im Nordwesten angegriffen. Das militärische Oberkommando der Siedler konnte keinen einzigen Verlust der Guerillaeinheit melden. Nur Großbritannien als die Kolonialmacht wird von der Patriotischen Front als Verhandlungsgegner akzeptiert.

Die westdeutschen Imperialisten verstärken die Anstrengungen zur Sicherung ihrer Profitinteressen im Südlichen Afrika. Der VW-Konzern, der im letzten Jahr 24 960 Pkw nach Südafrika exportierte, will in diesem Jahr 8,4 Mio. Rand an Kapital nach Südafrika exportieren. Das sind 20,16 Mio. DM, mit denen die VW-Kapitalisten billige Arbeitskraft der südafrikanischen Arbeiter ausbeuten wollen. Die Bundesregierung geht auf Unterwerfung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, in Zimbabwe der Patriotischen Front und der ZANU. In dieser Absicht hat sie den Vorschlag der Gesamtkonferenz unterstützt und der Resolution im Sicherheitsrat die Zustimmung verweigert. In der Bundestagssitzung am 10. März zur „Mitwirkung der BRD in den Vereinten Nationen" haben Regierung und Opposition ihre Vorschläge unterbreitet, wie mit der Lage im südlichen Afrika am besten fertig zu werden sei. Genscher und die Sprecher von SPD und FDP vertraten ein Vorgehen nach den amerikanisch-britischen Vorschlägen. Auch die Sprecher der CDU haben „interne Lösungen" für das südliche Afrika verlangt. Darüberhinaus die Aufhebung der von der UNO verhängten Wirtschaftssanktionen gegen das Siedlerregime. Schließlich auch, daß z.B. in Namibia nicht nur die SWAPO für das Volk sprechen soll, wie die UNO festgelegt hat, sondern auch Organisationen, die mit dem Kampf für die Unabhängigkeit nicht das Geringste zu tun haben.

Graf Huyn von der CDU/CSU-Fraktion erkärte: „In welcher Gesellschaft diejenigen sind, die sich gegen eine friedliche Lösung wenden, zeigt ein Aufruf des Kommunistischen Bundes Westdeutschland für Waffenlieferungen und Munitionslieferungen an die ZANU, die Zimbabwe African National Union, die überall in der Welt Veranstaltungen durchführt, um für eine militärische Lösung zu werben." Wie sehr ist den westdeutschen Imperialisten das ein Stachel im Fleisch: Der bewaffnete Befreiungskampf, der ihre Hoffnungen im südlichen Afrika durchkreuzt, die Sammlungen und Veranstaltungen, mit denen die Arbeiterklasse und die Volksmassen hier den Befreiungskampf unterstützen und eine feste Einheit mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern herstellen.

Bis zum 16. März sind auf dem zentralen Konto für die Sammlung zur Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA, Volksbank Mannheim 1068326 Beträge über insgesamt 400 134,99 DM eingegangen. Die Bundesregierung muß die Patriotische Front als einzige rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Zimbabwe anerkennen! Dazu kann man sie zwingen. – (Z-Red.)

Kämpfe der Länder der Dritten Welt gegen die Monopolisierung des Nachrichten- und Presseagenturwesens durch die Imperialisten

Im November dieses Jahres findet die 20. UNESCO-Generalversammlung statt. Wesentlicher Punkt ist die Beschlußfassung über den Aufbau einer selbständigen Presse- und Nachrichtenagentur der Länder der Dritten Welt. Auf der letzten UNESCO-Generalversammlung 1976 in Nairobi war eine Resolution verabschiedet worden, in der die Forderung der Länder der Dritten Welt für „einen freien und gleichgewichtigen Informationsfluß" gegen das Informationsmonopol, Auslese und Kontrolle durch die Imperialisten erhoben wurde.

Die Vorbereitung der UNESCO-Konferenz ist gekennzeichnet vom harten Ringen der Länder der Dritten Welt mit den Supermächten und den anderen imperialistischen Mächten. Die Imperialisten versuchen mit allen Mitteln, den Aufbau des eigenständigen Nachrichtenwesens der Länder der Dritten Welt zu verhindern. In zahlreichen Konferenzen wollen sie die Marschrichtung festlegen und versuchen, Teile der Dritten Welt auf ihre Seite zu ziehen. Unter der Führung der US-Imperialisten trafen sich Anfang März in Australien rund 200 Verleger und leitende Redakteure zur 27. Generalversammlung des International Press Institute (IPI) und legten fest, „jeden Unesco-Beschluß zu verhindern, der dem freien Nachrichtenfluß schädlich werden könnte". (Neue Zürcher Zeitung, 9. 3. 78) Die Imperialisten hassen jede Bestrebung auf den Tod, die „ihrer Presse- und Informationsfreiheit" entgegensteht. Die Sozialimperialisten ihrerseits versuchen, die Länder der Dritten Welt für den Aufbau einer Nachrichtenagentur „zur Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung und zur Bekämpfung von Kriegspropaganda, Rassismus und Apartheid" zu bewegen. Die Hauptwidersprüche in der Welt weggewischt, wollen sie von ihren eigenen kriegerischen Plänen ablenken, den Völkern der Welt die Berichterstattung über ihre Befreiungskriege verbieten und sich selbst zum Oberherrn machen.

Im Dezember 1977 trat in Paris die „Internationale Kommission für die Untersuchung von Kommunikationsproblemen", die im Anschluß an die Nairobi-Konferenz eingerichtet wurde, zum ersten Mal zusammen. In ihr haben die imperialistischen Mächte sich mit „unabhängigen Experten auf dem Gebiet der Kommunikation" eingenistet und wollen für die Konferenz im November ein Papier erstellen, was sie unter „freiem und ausgewogenem Nachrichtenfluß" verstanden wissen wollen. Im April findet in Stockholm eine Konferenz von Vertretern der Nachrichtenagenturen der Imperialisten mit Vertretern der Dritten Welt statt, auf der über die „Infrastruktur der Nachrichtengeber" verhandelt werden soll.

Während die Imperialisten alle möglichen Manöver üben, wie sie den Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt verhindern können, beraten diese darüber, wie sie sich vereinheitlichen können. Anfang März fand in Bogota eine Konferenz der Länder der Dritten Welt statt, auf der über eine neue Weltordnung im Bereich der Information beraten wurde. In der letzten Woche wurde in Bagdad eine Konferenz der blockfreien Länder über die Zusammenarbeit ihrer Rundfunk- und Fernsehanstalten erfolgreich abgeschlossen.

Der Kampf der Länder der Dritten Welt für den Aufbau eines gemeinsamen Presse- und Nachrichtenwesens ist Bestandteil ihres Befreiungskampfes vom Imperialismus. Die Imperialisten und Sozialimperialisten haben das Nachrichtenwesen monopolisiert, unterdrücken und verfälschen die Berichterstattung über die Entwicklung des Zusammenschlusses und des Befreiungskampfes der Völker der Dritten Welt vom Imperialismus. Zu diesem Zweck halten sie sich ein Riesenheer von Lumpenjournalisten und einen riesigen technischen Apparat. 99% sämtlicher Nachrichten werden von den „Großen Fünf", den Nachrichtenagenturen UPI und Associated Press (USA), TASS (UdSSR), der britischen Agentur Reuter und der französischen Agence France Press verbreitet. Zwei Drittel sämtlicher Kommunikationen stammen aus den Quellen der US-imperialistischen Nachrichtenagenturen. Eine Untersuchung des „Lateinamerikanischen Institutes für transnationale Forschung" ergab, daß in 16 lateinamerikanischen Zeitungen 80% aller Auslandsnachrichten von den vier Nachrichtenagenturen der westlichen Imperialisten stammten. Weiter wurde festgestellt, daß in den Berichterstattungen der drei größten amerikanischen Fernsehgesellschaften im Abendnachrichtenprogramm nur 20% auf internationale Themen entfallen, von denen sich lediglich 2,1% mit Lateinamerika befassen. Während die Imperialisten in die Länder der Dritten Welt eine Flut ihrer imperialistischen Ideologien ergießen, wollen sie das Bündnis der Arbeiter und Volksmassen in den imperialistischen Ländern mit den Völkern der Dritten Welt, die Verwirklichung des proletarischen Internationalismus, durch Unterdrückung der Nachrichten vom bewaffneten Befreiungskampf, vom Kampf um wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit und Selbständigkeit, von den tatsächlichen Entwicklungen in den Ländern der Dritten Welt, bekämpfen.

Seit Jahren arbeiten die Länder der Dritten Welt hartnäckig daran, diese Pläne der Imperialisten zu durchkreuzen und ein eigenes Nachrichten- und Presseagenturwesen aufzubauen. Auf der 4. Gipfelkonferenz der blockfreien Länder im September 1973 in Algier beschlossen zehn Länder die Zusammenarbeit ihrer Nachrichtenagenturen. Das Gipfeltreffen beschloß die Ausarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans auf dem Gebiet des Nachrichtenverkehrs. Im Januar 1976 gründeten 26 Länder der Dritten Welt einen Nachrichtenpool und schlossen ein Kooperationsabkommen über das Sammeln, Verbreiten und den kostenlosen Austausch von Nachrichten. Auf dieser Grundlage fand im Juli 1976 eine Ministerkonferenz der blockfreien Staaten in Neu Delhi statt, auf der 58 Länder den Aufbau eines Nachrichtenpools beschlossen. Eine Woche später beschlossen die lateinamerikanischen und karibischen Länder auf einer Konferenz in Costa Rica, gegen das „von Ausländern beherrschte Nachrichtenwesen der Region" die Zusammenarbeit in der Nachrichtenübermittlung via Satelliten. Sie hielten in ihrer Resolution fest: „Es ist die Pflicht der Länder der Region, sich mit eigenen Nachrichtensystemen auszurüsten, um das existierende ernsthafte Ungleichgewicht der Kommunikation auszugleichen und der Welt ein wahres, objektives und vollständiges Bild ihrer eigenen Wirklichkeit zu geben." Der Aufbau eines gemeinsamen Nachrichtensystems der Länder der Dritten Welt versetzt den Imperialisten einen empfindlichen Schlag. – (Z-Red.)

Das Bundesversicherungsamt – Zentrale Steuerungsinstanz zur Plünderung der Sozialversicherungskassen

4. Artikel aus der Serie: Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales

Das Bundesversicherungsamt (BVA) ist eine der beiden Nachfolgebehörden des Reichsversicherungsamtes. Nach der Stillegung des RVA durch die Besatzungsmächte 1945 übernahmen zunächst die Länder die Aufgaben der ehemaligen Reichsbehörde. Mit der Restauration des Kapitalismus in Westdeutschland konnte die Bourgeoisie zunächst 1954 das Bundessozialgericht als höchste und zentrale Rechtssprechungsinstanz auf dem Gebiet der Sozialversicherung und 1956, im Jahr des KPD-Verbots, dann auch das Bundesversicherungsamt als oberste Aufsichtsbehörde einrichten. Vom Aufgabengebiet des RVA ist für das BVA „nur" die reine Verwaltungstätigkeit geblieben. Diese Verwaltungstätigkeit umfaßt in der Hauptsache die Aufsicht über die bundesunmittelbaren Träger der Sozialversicherung und die damit zusammenhängenden Aufgaben, mit Ausnahme der Unfallverhütung und der Überwachung der Betriebe, die unter der direkten Aufsicht des Bundesarbeitsministeriums (BMA) geblieben sind, während über die landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger die zuständigen Landesbehörden die Aufsicht führen. Heute beaufsichtigt das BVA von den insgesamt über 1.600 Sozialversicherungsträgern ca. 230, darunter die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), die Bundesknappschaft, die Bundesbahn-Versicherungsanstalt, 149 Betriebskrankenkassen, 11 Ersatzkrankenkassen und 5 landwirtschaftliche Kassen. In diesen Kassen sind etwa die Hälfte aller Versicherten konzentriert. Mit den Landesversicherungsämtern, die die übrigen Sozialversicherungsträger kontrollieren, steht das BVA in intensivem Kontakt.

In den ersten Jahren nach Gründung wurde das BVA stark erweitert. Eine organisatorische Erweiterung des Amtes um 80% wurde vorgenommen. Die Rentenreform von 1957 mußte bewerkstelligt werden. Das BVA mußte eine Flut von Beschwerden und Eingaben bearbeiten (jährlich bis zu 12000).

Bearbeiten bedeutet: ein Maximum ablehnen. Das ist noch heute eine wichtige Aufgabe des Amtes. Von 1975 bis 1976 stieg die Zahl der Petitionen und Eingaben von rund 4000 auf 5000, abgelehnt bzw. negativ beschieden wurden 1976 87%.

Vollständige Unterwerfung der Versicherungsträger unter die Staatsaufsicht

Zwanzig Jahre lang galt das BVA als „das stille Amt an der Spree". In diesem Zeitraum bestand ein wesentlicher Teil seiner Tätigkeit darin, Änderungen des Satzungs- und Dienstordnungsrechtes der Versicherungsträger zu prüfen, zu erörtern und über ihre Vereinbarkeit mit dem jeweils geltenden Recht zu entscheiden. In diesem Rahmen führte das BVA von 1966 bis 1976 über 200 Prozesse durch, die es fast sämtlich gewann. Diese Prozesse dienten in erster Linie dazu, das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst auf die Beschäftigten der Sozialversicherungsträger auszudehnen.

Das war ein Baustein in der systematischen Zerstörung der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen. Der satzungsmäßigen Anpassung der Sozialversicherungsträger an das geltende Recht und die darin festgeschriebenen Zwecksetzungen der Bourgeoisie widmet das BVA nach wie vor große Aufmerksamkeit. Ein Mitarbeiter des BVA 1976 zur Linie seines Amtes in dieser Frage: „Da die Leistungen (der Sozialversicherungen) in der Regel dem Anspruch wie dem Inhalt nach gesetzlich geregelt sind, können die Satzungen somit auch nichts autonom festsetzen und damit ihren Zweck, hier zu ‚bestimmen', nicht erfüllen." Jetzt macht das BVA „Mustersatzungen" und oktroyiert sie den Sozialversicherungsträgern.

Indessen, in der Überwachung der Sozialversicherungsträger erschöpft sich die Tätigkeit des BVA nicht. Sie ist nur Bedingung dafür, daß es sich seiner eigentlichen Aufgabe widmen kann: das Finanzgebaren der Sozialversicherungen daraufhin zu durchforsten, wo „Kosten" gedämpft und Einsparungen vorgenommen werden können. „Verbesserung der Transparenz im Haushaltsgebaren" (Artikel 17, Haushaltsstrukturgesetz) ist dafür eine entscheidende Voraussetzung, die das BVA schafft. Durch das 4. Buch des Sozialgesetzbuches (Juli 1977) gibt es jetzt eine weitere Grundlage dafür: alle Sozialversicherungsträger sind jetzt gezwungen, ihre Haushaltspläne dem BVA unaufgefordert bzw. auf Verlangen zur Prüfung vorzulegen.

Kassen werden geprüft, um Planmäßigkeit und Zweckmäßigkeit in die Verwendung der Gelder zu bringen. Prüft die Bourgeoisie – und dazu hat sie das BVA – , so also, um ihre Zwecke und Pläne gegenüber den Sozialversicherungskassen der Lohnabhängigen durchzusetzen. Um sich die Gelder der Versicherten anzueignen, gibt es für die Bourgeoisie langfristig nur einen entscheidenden Weg: Senkung der Ausgaben, Einschränkung der Leistungen für die Versicherten.

Ihr Schlagwort ist „Kostendämpfung". Beitragserhöhungen sind für die organisierte Finanzbourgeoisie nur nützlich, wenn sie langfristig dazu führen, daß sie sich umso mehr aus den Kassen wiederholen kann. Sonst haben sie nur den Effekt, das Bruttolohnniveau zu erhöhen und somit die Profitspanne tendenziell zu verringern. So folgt schon aus der politischen Ökonomie der Bourgeoisie selbst, daß ihre Hauptmethode in der Einschränkung der unproduktiven Ausgaben der Sozialversicherungen, also Leistungen an die Versicherten, bestehen muß.

Kostendämpfung in allen Bereichen

Diese Kunst des Betruges und der Verelendung der Arbeiterklasse und der Volksmassen wird von Ehrenberg auf ein neues Niveau gehoben. Das BVA fungiert dabei als direkter Erfüllungsgehilfe und als Wegbereiter: „Im Jahre 1976 sah das Bundesversicherungsamt eine seiner vordringlichen Aufgaben darin, im Rahmen der Aufsichtsführung über die bundesunmittelbaren Sozialversicherungsträger die vielfältigen Bemühungen der Selbstverwaltungsorgane der Versicherungsträger und ihrer Verbände um Kostendämpfung in allen Bereichen aktiv zu unterstützen." (Jahresbericht des BVA, 1976)

Wie funktioniert das? Ein Beispiel, mit dem sich das BVA selbst, exemplarisch, brüstet: „Auf dem Leistungssektor hat das BVA Einsparungsmöglichkeiten, insbesondere beim Zahnersatz angeregt. 29 bundesunmittelbare Krankenversicherungsträger, die bislang Zuschüsse zwischen 100% und 80% gewährt hatten, setzten diese teilweise bis auf 70% herab." (Jahresbericht 1976) Das bringt Geld. Ein anderes Beispiel, betreffend die Krankenversicherung der Studenten. Das BVA schreibt am 19.12.1975 an den Verband der privaten Krankenversicherungen: „Nach Abwägung aller Umstände ... ist das BVA zu dem Ergebnis gekommen, daß der Bundeszuschuß gemäß § 8 Abs. 1 KVSG nur dann gezahlt werden kann, wenn die Eigenleistung des privatversicherten Studenten mindestens 25 DM monatlich beträgt."

Für die Bourgeoisie zählt, was sich in klingender Münze für sie auszahlt. Auch das BVA muß sich rentieren.

Dafür wird auch innerhalb des Amtes kräftig rationalisiert. Von 1977 auf 1978 sollen die Personalausgaben um 450000 DM sinken, aber die Zahl der Beschäftigten wird anwachsen. An den Schmiergeldern der Dienstaufsichtsfunktionäre wird beileibe nicht gespart. Der Gesamthaushalt des Amtes bewegt sich bei gut 9 Mio. DM. Die Einsparungen, die das Amt zum Nutzen der Bourgeoisie erreicht, machen ein Vielfaches aus. Einige Zahlen vermitteln einen Eindruck: In der Arbeiterrentenversicherung stiegen die Einnahmen von 63 Mrd. DM 1975 auf 70 Mrd. DM 1976. Die Aufwendungen für die Heilbehandlung von allgemeinen Erkrankungen sanken in dem Zeitraum um 40 Mio. DM, für Heilbehandlung wegen TBC um über 13,5 Mio. DM, für sozialmedizinische Dienste um 3,5 Mio. DM. Gleichzeitig ist die Zahl der Rentenfälle gestiegen. Das wirft schon ein Licht darauf, wie die Versorgung verschlechtert wird. Bei den Personal- und Verwaltungskosten konnten über 3,5 Mio. DM eingespart werden. Gleichzeitig wurden die „Kosten für die Rechtsverfolgung" um 250000 DM heraufgeschraubt. Kapitalistische Rationalisierung und volle Ausschöpfung des Rechtsweges" sind die Methode, das hohe Ziel der Ausplünderung und Beseitigung der Rentner durchzusetzen.

In der gesetzlichen Krankenversicherung wurde – im Gegensatz zur Vermögensentwicklung in der Rentenversicherung – das Eigenkapital von 1975 auf 1976 um 158,3% erhöht.

Darin drückt sich die Senkung der Ausgaben unter die Einnahmen aus.

Das Pro-Kopf-Vermögen ist gestiegen, also ist die Ausplünderung pro Versicherten gestiegen.

Der Gewinn der VW-Betriebskrankenkasse ist von 4 Mio. DM 1975 auf 6,4 Mio. DM 1976 gesteigert worden. Der Beitragssatz ist allerdings in dieser Zeit nicht erhöht worden und die Mitgliederzahl im wesentlichen gleichgeblieben. Wo kommt also der zusätzliche Gewinn her? Aus der Einschränkung der Leistungen an die Versicherten. „Kostendämpfung"! Andere Kassen bieten ein entsprechendes Bild. So erweist sich zumindest ein Teil der „Lohnnebenkosten" für die Kapitalisten als durchaus profitabel. BMA und BVA schaffen die Bedingungen, daß auch die Betriebskrankenkassen voll mitziehen können.

Ihre volle Wirksamkeit entfalten alle diese Maßnahmen erst im Zusammenhang. Bis 1980 soll in der kumulierten Wirkung eine Wende eintreten. Dann sollen auch die Defizite der Rentenversicherungen beendet sein – vornehmlich durch Einschränkung der Leistungen – und eine neue Etappe der Expansion der Sozialversicherungsvermögen insgesamt beginnen. So die Vorausberechnungen Ehrenbergs in seinem jüngsten Rentenanpassungsbericht. In diesem Zusammenhang stellt sich ein weiteres wesentliches Betätigungsfeld des BVA.

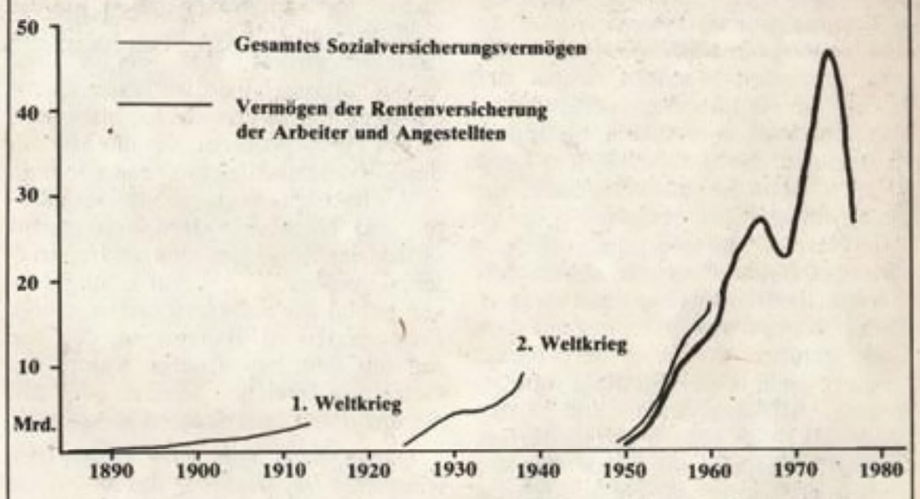
Organisierung der Aneignung des Sozialversicherungsvermögens durch das Finanzkapital

Damit sich die Früchte der gewaltigen Kapitalaufhäufung der Sozialversicherungen für die Bourgeoisie wirklich auszahlen, bedarf sie einer zentralen Steuerungsinstanz. Sie muß zentralen Einfluß nehmen auf die Verwendung der Gelder aus den Versicherungskassen, und sie muß verhindern, daß ihr in den Sozialversicherungsträgern ein selbständiger Konkurrent mit riesiger Kapitalpotenz entsteht. Hebel für die Kontrolle auch auf diesem Gebiet ist wiederum das BVA. Das Amt ist sich dabei seiner Verantwortung für die Bourgeoisie bewußt: „Von allgemeiner über den Bereich der Sozialversicherung hinausgehender Bedeutung ist die Investitionsfunktion des Vermögens der Sozialversicherungsträger. Schon die Vermögensmasse der Sozialversicherungsträger, die der Aufsicht des Bundesversicherungsamtes unterstehen, in einer Größenordnung von mehr als 30 Mrd. DM (zum 31.12.1973) läßt erkennen, daß die Vermögenswirtschaft der Träger der Sozialversicherung einen nicht unerheblichen Anteil am Geschehen auf dem allgemeinen Geld- und Kapitalmarkt hat. Die Investitionstätigkeit der Sozialversicherungsträger nimmt deshalb zu Recht das Interesse aller wirtschaftlich interessierten Kreise in Anspruch ..." (Tätigkeitsbericht, BVA, 1974)

Die Aufgabe des BVA ist es, in Abstimmung mit der Bundesregierung (Ehrenbergministerium) und der Bundesbank (durch „freiwillige Vereinbarungen") über den Verwendungszweck und die Ertragsbedingungen der Kapitalanlagen der Sozialversicherungsträger zu entscheiden. Dies gilt zumindest für einen Teil (die „genehmigungspflichtigen") Kapitalanlagen seine Beratungsfunktion übt das BVA insgesamt aus. Daß das Amt dabei für durchaus günstige Kreditbedingungen für die Kapitalisten gesorgt hat, zeigt sich etwa daran, daß die durchschnittliche Verzinsung des Rentenversicherungsvermögens seit Gründung des Amtes kaum mehr als 6% betragen hat.

Ein Teil des Vermögens der Sozialversicherungsträger dient direkt der Staatsfinanzierung. Mit Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen wird direkt der imperialistische Staatsapparat kreditiert. Weitere Beispiele: 1967 wurden die gesetzlichen Zahlungen an die Sozialversicherungsträger gekürzt, 1972 gab der Bund für eine Milliarde DM Zahlungen statt in bar in Form von Bundesschatzbriefen, 1973 läßt es sich 2,5 Mrd. DM unverzinslich stunden, 1974 und 1975 weitere 3,2 Mrd. DM mit minimalen Zinsen. (Wirtschaftswoche, Nr.8/78, Seite 18) Als zentrale Schaltstelle des Finanzkapitals konzentrieren die Banken die Milliardengelder aus den Kassen der Lohnabhängigen, verwalten sie und verfügen insoweit darüber. – (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bezirk Münsterland-Emsland)

Entwicklung des Vermögens der Sozialversicherungen



Quelle: W.G.Hoffmann, Wachstum der deutschen Wirtschaft (1956), Bundesbankbericht, verschiedene Jahrgänge

Das Schaubild zeigt die langfristige Entwicklung des Vermögens der Sozialversicherungen, ab 1950 die des Vermögens der gesamten Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten. Die Bourgeoisie eignet sich dieses Vermögen an, zweimal in den beiden Weltkriegen zur Finanzierung ihrer imperialistischen Kriege. Stets erneut hat sie aus der Ausplünderung der Lohnabhängigen das Vermögen der Sozialversicherungen wieder auf enorme Höhen gebracht. Seit 1975 erleidet dieses Vermögen wesentliche Einbrüche. Diese Entwicklung aufzuhalten und die Sozialversicherungen wieder zu sprudelnden Kapitalquellen für die Bourgeoisie zu machen, ist Ehrenberg angetreten. Für seine strategischen Planungen schafft das Bundesversicherungsamt (BVA) in West-Berlin wesentliche Grundlagen.

Das Reichsversicherungsamt, geschaffen durch die Bourgeoisie des Kaiserreiches ...

„Die Unfallversicherung an sich sei ihm Nebensache, die Hauptsache sei ihm, bei dieser Gelegenheit zu korporativen Genossenschaften zu gelangen, welche nach und nach für alle produktiven Volksklassen durchgeführt werden müßten, damit man eine Grundlage für eine künftige Volksvertretung gewinne, welche anstatt oder neben dem Reichstage ein wesentlich mitbestimmender Faktor der Gesetzgebung werde, wenn auch äußerstenfalls durch das Mittel des Staatsstreichs." (Thomas Lohmann, Reichsamt des Innern, über Äußerungen Bismarcks in Zusammenhang mit der Unfallversicherung in Vogel 'Bismarcks Arbeiterversicherung', Seite 158/159 Braunschweig 1951) Der Inhalt der Sozialgesetzgebung wird deutlich: Unterdrückung einer einheitlichen Sozialversicherung. Diese wäre in den Händen der Arbeiterklasse eine starke Waffe gewesen. Diese Gesetze zeigen: „Ein solcher Feind (wie das klassenbewußte Proletariat, d. Verf.) zwingt zur Beachtung und zu Zugeständnissen, die, wenn sie auch immer unaufrichtig, immer nur halbschlächtig, oft ganz verlogen und trügerisch sind und gewöhnlich mehr oder minder gut verhüllt als Falle dienen, dennoch Zugeständnisse, Reformen sind, die der ganzen Zeit das Gepräge geben." (Lenin in: „Über die Gewerkschaften von 1899 bis 1917", Berlin 1955, Seite 34)

Um ein einheitliches Vorgehen der Bourgeoisie gegen den Kampf der Arbeiter um die Sozialversicherungen zu gewährleisten, wurde 1884 das Reichsversicherungsamt (RVA) gegründet, die erste Oberbehörde des Reiches, oberste Aufsichts- und Spruchinstanz zuerst für die Unfallversicherung, 1889 auch für die Invalidenversicherung. Eine erste Maßnahme des Amtes war seine äußerst restriktive Festsetzung der Erwerbsunfähigkeitsvoraussetzungen. Ständig versuchte die Behörde, ihr Aufsichtsrecht auszuweiten (1895 und 1896 durch förmliche Gesetzentwürfe). In den Jahren vor 1911 verschärfte das RVA die Kontrolle über die Arbeiterrentenversicherung und bereiste zu diesem Zweck zahlreiche Landesversicherungsanstalten mit der Wirkung einschneidender Leistungsminderung.

Grundlegende Fortschritte machte die Bourgeoisie mit dieser Einrichtung gegenüber den Rechten, die die Arbeiterklasse sich in diesen Versicherungen erhalten hatte, nicht, solange die Sozialdemokratie nicht den Weg der Klassenversöhnung als Generallinie verfolgte. Erst unmittelbar vor der Einleitung des ersten imperialistischen Weltkrieges mit der Reichsversicherungsordnung (RVO) von 1911 hat die Bourgeoisie zugunsten des RVA wichtige Einbrüche erzielt: Die Krankenkassen, deren AOK-Zentralverband 1905 die Bestreitung aller Beiträge durch die Kapitalisten forderte, wurden ebenfalls dem RVA unterworfen. Diese Kompetenz wurde zwischen 1922 und 1927 auf weitere Kassen ausgedehnt. Die Bourgeoisie griff 1913 zur Unterstützung ihrer Kriegsvorbereitungen offen in die Versicherungskassen ein: § 1342 RVO legte fest, daß die Invalidenversicherung mindestens ein Viertel der Arbeiterrentenversicherung in Anleihen des Reiches anlegen mußte. Eingeleitet war damit eine Politik der deutschen imperialistischen Bourgeoisie, die 1923 zur Verpflichtung aller Sozialversicherungen führte, ein Viertel in Staatsanleihen anzulegen.

In der Weltwirtschaftskrise geht das RVA erneut planmäßig an die Ausplünderung der Kassen heran. 1931 setzt es durch, daß seine Aufsicht sich auf alle Fragen nicht nur des Rechts, sondern auch des Ermessens in Finanzangelegenheiten erstreckt. Seit 1930 hat es durch weitere Einschränkung des Invaliditätsbegriffs einen ständigen Rückgang der Neuzugänge von Rentnern erzwungen.

... auf die Höhe des Klassenkampfes gegen die Arbeiter gebracht von der faschistischen Reichsbourgeoisie

Die Faschisten zerschlugen 1933 die letzten Reste der Selbstverwaltung durch die Auflösung der Selbstverwaltungsorgane und die Einsetzung von Parteibeamten. Mit dem Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherungen wurde die Aufsicht über sämtliche Sozialversicherungsträger mit Ausnahme der Krankenversicherung beim RVA zentralisiert. Die Landesversicherungsanstalten mußten eine gemeinsame Geschäftsstelle beim RVA einrichten. Mit demselben Gesetz wurde dem RVA auch die Aufsicht über die Zweckmäßigkeit in der Verwendung der Mittel übertragen. „Die Mittel der Sozialversicherung und der allgemeinen Wohlfahrtspflege sind bisher in übertrieben großem Umfang für hoffnungsvoll Sieche und unzweifelhaft Minderwertige verausgabt worden." (Informationsdienst der Deutschen Arbeitsfront, 9. Oktober 1935)

Den Rentnern wurde mittels Nachuntersuchungen, die nun halbjährlich durchgeführt wurden, die Rente entzogen. Kranke oder verletzte Arbeiter wurden von den „Vertrauensärzten" rücksichtslos gesundgeschrieben.

In der unmittelbaren Vorbereitung des zweiten Weltkrieges wurde 1938 die Anlagepflicht von mindestens 50% des Vermögens eingeführt. Ab Ende 1939 mußten die Versicherungskassen alle Überschüsse in Staatsanleihen anlegen. Bei Kriegsende führte dies zum Verlust von fast drei Vierteln des Vermögens der Sozialversicherungen (rund 16 bis 17 Milliarden)

In der nächsten KVZ:
Der zivile Ersatzdienst – ausgerichtet nach dem Vorbild des Reichsarbeitsdienstes